

Jahresbericht 2021

Berliner Register

zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Berlin



Inhalt

Einleitung	03
Berlin im Jahr 2021	04
Untererfassung der Gewalttaten	06
Charlottenburg-Wilmersdorf	10
OFEK - Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung	13
Friedrichshain-Kreuzberg	14
Lichtenberg	17
Antifeminismus als neue Kategorie	20
Marzahn-Hellersdorf	22
Mitte	26
Neukölln	29
Die Zahlen im Detail	32
LGBTIQ*-Feindlichkeit bleibt Alltag in Berlin	37
L-Support stellt sich vor	38
Pankow	39
Reinickendorf	43
Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung, Chronische Erkrankung	46
Spandau	47
RIAS - Antisemitische Vorfälle 2021	51
Steglitz-Zehlendorf	54
Tempelhof-Schöneberg	57
Treptow-Köpenick	60
Links und Literatur	63

Impressum

Koordination der Berliner Register

Post: pad gGmbH
Kastanienallee 55, 12627 Berlin
Mail: info@berliner-register.de
Tel.: 0152 - 04 42 57 46

Die jeweiligen Artikel wurden von den bezirklichen Registerstellen oder der Koordinierungsstelle verfasst.

Layout: Michael Mallé
Auflage: 1.000 Stück
Stand: September 2022
Fotos: Berliner Register

V.i.S.d.P.: Andreas Wächter, Kastanienallee 55, 12627 Berlin



Gefördert durch das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung.



Einleitung

Das ist die vierte Ausgabe des Jahresberichts der Berliner Registerstellen. In diesem Heft geht es um das Jahr 2021. Aus Sicht der Registerstellen gab es zum einen Entwicklungen, die die Registerstellen und deren Struktur selbst betrafen, zum anderen wurden mit fast 5000 so viele Vorfälle wie noch nie erfasst. Und das ist keineswegs nur Anlass zu Sorge, sondern kann auch positiv bewertet werden.

Zunächst zu den Entwicklungen innerhalb der Registerstellen: Durch eine zusätzliche finanzielle Förderung aus dem Fonds des Landes Berlin für die Unterstützung von Betroffenen extremistischer Gewalt konnten die bestehenden Teilzeitstellen aufgestockt oder zusätzliches Personal in allen Bezirken eingestellt werden. Zudem wurde viel in Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit investiert. Das zusätzliche Personal half dabei, die Arbeit der Registerstellen bekannter zu machen, in den sozialen Netzwerken präsent zu sein und die alltägliche Arbeit zu erleichtern, zu der das Recherchieren und Eintragen von Vorfällen in die Datenbank gehört. Die Menschen, die 2021 bei einer Registerstelle beschäftigt waren, der steigende Bekanntheitsgrad der Register und vereinfachte Möglichkeiten, Vorfälle zu melden, trugen zu einem Anstieg der Zahlen im Vergleich zu den Vorjahren bei. Seit Anfang 2022 ist die neu gestaltete Internetseite öffentlich. Neu an ihr ist, dass sie barrierefrei und mehrsprachig ist und dass über ein Meldeformular Vorfälle direkt an die Register gesendet werden können.

Die Auswertung der Vorfälle zeigte, dass ein großer Teil in Zusammenhang mit der Pandemie stand. Darunter waren Demonstrationen und Autokorsos gegen die Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19, Chatgruppen mit antisemitischen Verschwörungserzählungen, Aufkleber und Parolen, bei denen sich Impfverweiger*innen als Widerstandskämpfer*innen ansahen und eine Vielzahl an Gleichsetzungen mit dem Nationalsozialismus. Die „Corona-Proteste“ und das Superwahljahr in Berlin

führten dazu, dass die Propagandavorfälle deutlich anstiegen. Auch die Zahl antisemitischer Vorfälle erreichte mit mehr als tausend im Jahr 2021 ihren bisherigen Höchststand in Berlin. Mit über 1400 Vorfällen bleibt Rassismus das Motiv mit den meisten Vorfällen, trotz hoher Dunkelziffer. Hier waren es die strukturellen Benachteiligungen, die vermehrt dokumentiert werden konnten, d.h. Diskriminierungsfälle in der Schule, am Arbeitsplatz, am Wohnort, bei der medizinischen Versorgung oder im Umgang mit Ämtern. Der Ausbau von Beratungsangeboten in Berlin führt dazu, dass die Beratungsstellen ihre dokumentierten Diskriminierungsfälle an die Register weiterleiten können.

In diesem Heft werden in einem Überblicks-Artikel zunächst die Entwicklungen des Jahres 2021 in Berlin vorgestellt. Danach folgen Artikel, in denen für jeden einzelnen Bezirk die Schwerpunkte des Vorjahres benannt werden. Es gibt zwei zusätzliche Artikel, einen zu LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen und einen anderen zur neu eingeführten Kategorie „Antifeminismus“. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin bereichert den Jahresbericht um eine Auswertung des Jahres 2021 und darüber hinaus stellen sich drei Beratungsstellen vor: L-Support, OFEK und die Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung und chronische Erkrankung. In der Mitte des Heftes gibt es erstmalig Tabellen, die die Arten von Vorfällen und deren inhaltliche Zuordnung in den vergangenen fünf Jahren in allen Bezirken zeigen. Damit werden Vergleiche zwischen Bezirken auf einen Blick möglich.

Und weil es keine passendere Stelle gibt als diese, hier das Dankeschön an alle, die uns unterstützen als Anlaufstelle und die ihre Vorfälle an uns schicken. Ihr seid super!

[Die Berliner Registerstellen, September 2022](#)

Inhaltliche Kategorien:

- Rassismus mit den drei Unterkategorien
 - Antiziganismus (z.B. Feindschaft gegen Romnija)
 - Antimuslimischer Rassismus
 - Rassismus gegen Schwarze Menschen/ Anti-Schwarzer Rassismus
- Antisemitismus (z.B. Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden)
- LGBTIQ*feindlichkeit (richtet sich gegen Lesben, Schwule, bi-, trans-, intersexuelle und queere Menschen)
- Antifeminismus
- Sozialchauvinismus (Sozialchauvinismus (z.B. Feindschaft gegen Obdachlose)
- Feindschaft gegenüber Menschen mit Behinderung/ Ableismus
- Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus
- Rechte Selbstdarstellung (z.B. Propaganda die für extrem rechte Gruppen wirbt)
- Politische Gegner*innen (der extremen Rechten)

Berlin im Jahr 2021

Die Pandemie ist nicht vorbei

Im Jahr 2021 wurden in der gesamten Stadt fast 5000 Vorfälle dokumentiert. Das sind ca. 1000 Vorfälle mehr als im vorherigen Jahr. Aus den erfassten Vorfällen gehen zwei Entwicklungen hervor, die bereits 2020 zu erkennen waren und sich 2021 weiterentwickelt haben. Zum einen trugen Protestaktionen und Propagandavorfälle im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie zum Anstieg der Vorfallszahlen bei und zum anderen nahm die Zahl der Menschen zu, die im Jahr 2021 zum ersten Mal einen Vorfall meldeten. Auch der Austausch von Fallzahlen mit verschiedenen neuen Beratungsstellen aus der Antidiskriminierungsarbeit trug zum Anstieg der Vorfälle bei.

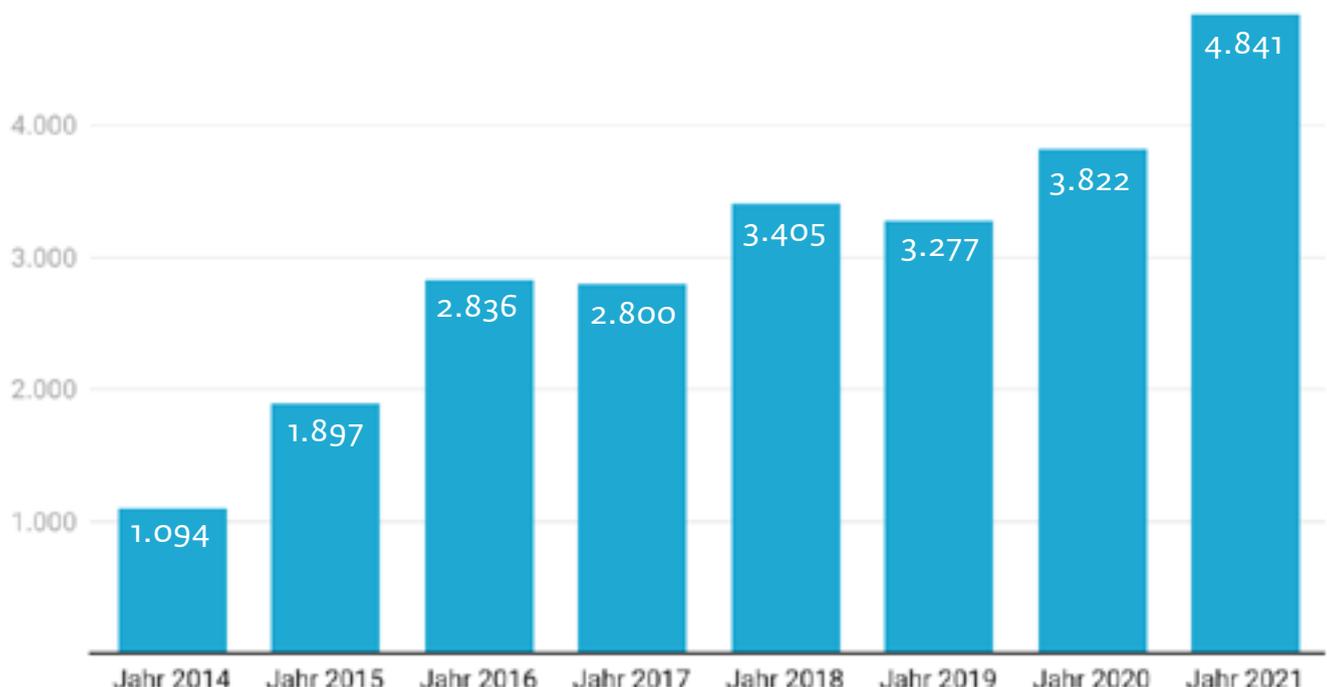
Was wir aus den letzten Jahren wissen

Wenn man sich die Registervorfälle ansieht, gleicht kein Bezirk dem anderen. Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Anzahl – die Spanne der dokumentierten Vorfälle reicht von ca. 100 bis über 700 Vorfälle pro Jahr und Bezirk. Die Verteilung der Vorfälle unterscheidet sich je nach Bezirk auf bestimmte Arten. Dabei macht Propaganda einen Großteil der Vorfälle in allen Bezirken aus, berlinweit sind es 60 Prozent. Hinsichtlich der Gewalttaten, der dokumentierten Veranstaltungen und der Zahl der Propagandafälle unterscheiden sich die Bezirke deutlich voneinander. Bei den inhaltlichen Schwerpunkten hingegen liegen die Bezirke dicht beieinander, weil sie stark von der inhaltlichen Ausrichtung der Propagandavorfälle geprägt sind. Zum Beispiel haben im Wahlkampf alle Bezirke einen Anstieg in der Kategorie „Rechte Selbstdarstellung“ zu verzeichnen. Zudem ist Rassismus seit vielen Jahren in fast allen Bezirken das Motiv mit den meisten Vorfällen. Dabei verzeichnen Bezirke, die ohnehin schon viele Vorfälle erfasst haben, mehr Gewaltvorfälle als andere.

Warum unterscheiden sich die Bezirke so stark?

Die Berliner Stadtbezirke unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Sozial- und Infrastruktur, ihrer Bevölkerungszusammensetzung und -dichte, in Bezug auf die Anteile von Wohn-, Gewerbe- und Grünflächen, in ihren Verkehrswegen, ihren Sehenswürdigkeiten, ihrer politischen Zusammensetzung, ihren ehrenamtlich und lokal engagierten Menschen u.v.m. Diese Merkmale beeinflussen sich nicht nur gegenseitig, sondern wirken sich auch auf die Anzahl und Zusammensetzung der dokumentierten Registervorfälle in einem Bezirk aus. Rand- und Innenstadtbezirke unterscheiden sich in ihrer Bevölkerungsdichte. **Je dünner eine Region besiedelt ist, desto weniger Vorfälle werden von dort gemeldet und je stärker ein Ort von Menschen frequentiert wird, desto häufiger wird ein Vorfall wahrgenommen und an die Registerstelle weitergeleitet.** Dies gilt insbesondere für die lokalen Zentren, zum Beispiel der Altstadt Spandau, der Schloßstraße in Steglitz oder dem Boxhagener Platz in Friedrichshain. Aber auch Verkehrsknotenpunkte des öffentlichen

Zahl der Vorfälle in ganz Berlin 2014 bis 2021



Anzahl der Vorfälle in den Berliner Bezirken 2014 bis 2021

Bezirk	2017	2018	2019	2020	2021
Charlottenburg-Wilmersdorf	246	280	241	276	292
Friedrichshain-Kreuzberg	171	241	267	345	489
Lichtenberg	268	209	258	421	732
Marzahn-Hellersdorf	187	182	154	252	241
Mitte	344	495	645	609	744
Neukölln	269	360	204	236	354
Pankow	230	234	236	248	343
Reinickendorf	107	114	107	98	97
Spandau	69	78	95	98	112
Steglitz-Zehlendorf	236	220	180	147	133
Tempelhof-Schöneberg	100	93	126	132	164
Treptow-Köpenick	310	447	324	329	387
Berlinweit	264	452	440	631	753
Summe	2800	3405	3277	3822	4841

Nahverkehrs weisen mehr Vorfälle auf. Die Bahnhöfe Neukölln, Hermannstraße, Friedrichstraße, Warschauer Straße, Frankfurter Allee, Ostkreuz, Schönhauser Allee, Zoologischer Garten und Alexanderplatz sind Orte, von denen monatlich Vorfälle gemeldet werden. Dort treffen viele Menschen aufeinander, die von der Arbeit, von einer Shoppingtour, einer Demonstration oder einer Party kommen. Dadurch bieten sich für gewaltbereite Personen mit menschenfeindlichen Einstellungen viele Gelegenheiten, um andere zu bedrohen, zu beleidigen und anzugreifen. Auch Aufkleber und Parolen werden besonders gern an Orten angebracht, wo mit Publikumsverkehr zu rechnen ist. Besonders deutlich wird dieser Zusammenhang in Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Nord-Neukölln. Die drei Bezirke bzw. Ortsteile oder Kieze führen die Statistik der Angriffszahlen an. Hierfür ist nicht allein eine organisierte **rechte Szene** verantwortlich, sondern es sind überwiegend **Gelegenheitstaten**, wie rassistische und LGBTIQ*-feindliche Beleidigungen und Angriffe, die von Gelegenheitstäter*innen verübt werden. Um die organisierte extreme Rechte in Berlin ausfindig zu machen, muss der Blick auf Propagandavorfälle, Veranstaltungen, Bedrohungen gegen politische Gegner*innen sowie auf Sachbeschädigungen gerichtet werden. Hier sind die Ortsteile Adlershof, Niederschöneweide und Rudow auffällig.

Zu guter Letzt ist eine **engagierte demokratische Zivilgesellschaft** eine wichtige Voraussetzung für die Meldung von Vorfällen. Denn Vorfälle werden nur dann gemeldet, wenn sie als störend empfunden werden, um der eigenen Betroffenheit Ausdruck zu geben und auch nur dann, wenn die Arbeit der Registerstellen bekannt ist. Lokale Netzwerke, die sich für die Themenfelder Rassismus, Antisemitismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit oder die extreme Rechte interessieren und aktiv dagegen vorgehen, melden viel häufiger Registerfälle als solche, die sich mit anderen Themen beschäftigen. Auch die **Anlaufstellen** spielen dabei eine wichtige Rolle. Sie sind vielleicht nicht unbedingt die Orte, an denen Vorfälle gemeldet werden, aber durch die Werbung, die sie machen und die Menschen, mit denen sie ins Gespräch kommen, werden die Registerstellen bekannter. Regionen, in denen es weder **engagierte Einzelpersonen** noch lokale Initiativen gibt, sind blinde Flecken für die Register. Auch diese Orte gibt es in Berlin. Zu ihnen gehören Einfamilienhaussiedlungen oder dünn besiedelte Randgebiete. Dieser Hintergrund wird bei der Interpretation der Vorfälle berücksichtigt.

Entwicklungen in der Corona-Pandemie

Vorfälle, die im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie stehen, prägen das Bild. In den Themenfeldern Antisemitismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, der Selbstdarstellung extrem rech-

Vorfallsarten:

- Propaganda (z.B. Aufkleber und Schmierereien)
- Veranstaltungen
- Angriffe (z.B. Körperverletzung, massive Bedrohungen)
- Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien
- Sachbeschädigungen (z.B. an Gedenktafeln oder Stolpersteinen)
- Strukturelle Benachrichtigung (z.B. behördliche Diskriminierung)
- Sonstiges

ter Gruppierungen und der Angriffe gegen politische Gegner*innen sind deshalb deutliche Zuwächse zu verzeichnen. **Corona-Leugner*innen** und jene, die die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie kritisierten, verglichen Personen, Strukturen und Maßnahmen mit dem Nationalsozialismus, z. T. wähten sie sich in der Rolle verfolgter Jüd*innen während des Holocaust. Spekulationen über Verursachende und Profitierende dieser Pandemie waren der Nährboden für Verschwörungserzählungen, die neben einer Skepsis gegenüber Medien und Politik vor allem antisemitische Stereotype wieder gesellschaftsfähig machten.

Wie das Vorjahr war das Jahr 2021 ebenso von der Corona-Pandemie und damit verbundenen Effekten auf das öffentliche Leben geprägt. Die Verfügbarkeit der Schutzimpfung seit Anfang 2021 weckte zunächst die Hoffnung auf ein schnelles Ende, bis mit der aufkommenden Delta-Variante die Gewissheit folgte, dass die Einschränkungen noch länger nötig sein würden.

Das öffentliche Leben fand phasenweise nur stark eingeschränkt statt: Maskenpflicht an vielen Orten, Homeoffice, Fernunterricht statt Schule, geschlossene Clubs und Bars, während Kunst- und Kulturschaffende versuchten, sich online oder draußen neu zu erfinden. Die Maßnahmen, die zum Schutz vor der Ausbreitung der Infektion eingeführt wurden, wurden durch Proteste begleitet, an denen sich viele Menschen - Spektren übergreifend - beteiligten. Während 2020 deutlich wurde, dass die extreme Rechte diese Proteste instrumentalisiert hatte, um die Inhalte und Aktionsformen zu radikalisieren, war das Jahr 2021 davon bestimmt, dass sich verschwörungsideologische Erzählungen bei den Protestierenden verfestigten. Dabei muss berücksichtigt werden, dass es protestierende Gruppierungen gab, die sich explizit von der extremen Rechten distanzieren. Desinformationskampagnen auf Social-Media-Kanälen trugen erheblich zur Verfestigung von Impfkritik und Verschwörungsglauben bei. Die Kritik an den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wurde nur dann von den Registern als Vorfall erfasst, wenn sie als Selbstdarstellung extrem rechter Organisationen, Leugnung oder Verharmlosung des Nationalsozialismus, als Gleichsetzung mit dem Holocaust oder mit antisemitischen Verschwörungserzählungen einherging.

Besonders stark ist der Anstieg antisemitischer Vorfälle, wobei es sich hier nicht nur um antisemitische Verschwörungserzählungen

bezüglich der Pandemie handelte. Auch gewalttätige Konflikte in Israel, die öffentliche Diskussion um Gil Ofarim, die Sichtbarkeit von jüdischen Symbolen, wie Chanukka-Leuchter oder das Verwenden der hebräischen Sprache, führten in verschiedenen Bezirken und auch online zu antisemitischen Taten. Auffällig im Vergleich zu anderen Motiven, die von den Registern erfasst werden, ist der hohe Anteil an antisemitischen Vorfällen, die im Internet stattfinden (2021: 540; 2020: 475). Seit Jahren erhalten jüdische und israelische Menschen und Einrichtungen antisemitische E-Mails und Kommentare. Je stärker jüdische Perspektiven sichtbar werden, desto heftiger werden sie angegriffen. Die Auswertung der antisemitischen Vorfälle durch RIAS-Berlin (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus) ist auf dieser Seite unten zu finden.

Anstieg um 1000 Vorfälle

Seit fünf Jahren gibt es in allen Berliner Bezirken Registerstellen und die Zahl der dokumentierten Vorfälle war mit 4841 noch nie so hoch wie im Jahr 2021. Die Zunahme ist in den Kategorien Propaganda (2021: 2951; 2020: 2234), strukturelle Benachteiligung (2021: 398; 2020: 147) und Beleidigungen, Bedrohungen, Pöbeleien zu finden (2021: 732; 2020: 632). Die meisten Vorfälle wurden in den inhaltlichen Kategorien Rassismus (2021: 1428; 2020: 1306) und Antisemitismus (2021: 1043; 2020: 774) erfasst. Der Anstieg der Vorfälle über die Jahre bedeutet nicht zwingend, dass mehr passiert, sondern kann darauf hinweisen, dass ein Teil der Vorfälle, die früher im Dunkelfeld lagen, heute gemeldet werden.

Propaganda: Einzelpersonen und Wahlkampf verantwortlich für Anstieg

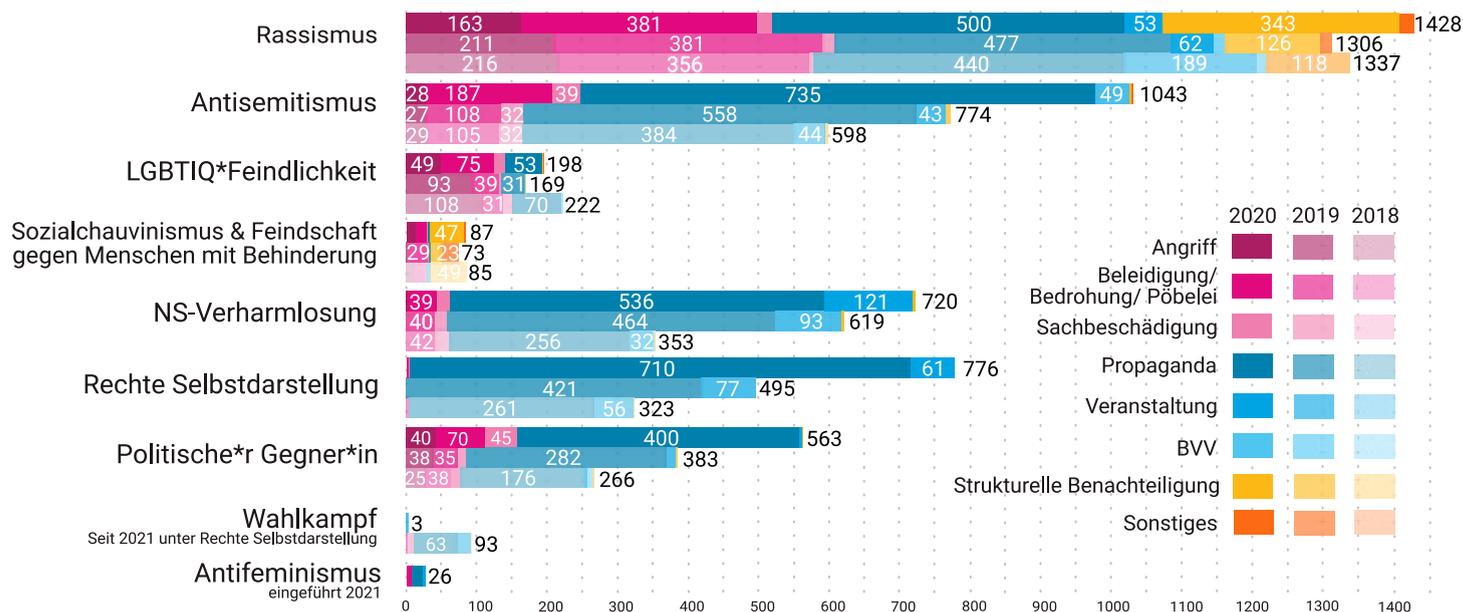
Wie oben erläutert, gab es 2021 einen Anstieg der Propagandavorfälle. In einigen Regionen wurden massenhaft Aufkleber geklebt, Parolen gesprüht und Flugblätter der extrem rechten Kleinstpartei „Der III. Weg“ verteilt. Den größten Zuwachs innerhalb der Propagandavorfälle verzeichneten die inhaltlichen Kategorien extrem rechte Selbstdarstellung (2021: 710; 2020: 421), Antisemitismus (2021: 753; 2020: 558), politische*r Gegner*in (2021: 400; 2020: 282) und NS-Verharmlosung (2021: 536; 2020: 464). Viele dieser Propagandavorfälle standen im Zusammenhang mit der Pandemie. Ortsteile, die im Vorjahr bereits durch viel Propaganda belastet waren und 2021 einen weiteren, deutlichen Anstieg verzeichneten, waren: Lichtenberg-

Untererfassung der Gewalttaten

Bis Ende 2020 gab es eine Praxis in Berlin, bei der das LKA anonymisierte Daten zu politisch motivierten Straftaten, die bei der Polizei angezeigt wurden, an Beratungs- und Dokumentationsstellen weitergeleitet wurden. Diese Daten enthielten das Datum, ein Motiv, einen Straftatbestand, einen Ort (z.B. Straße, Bahnhof) und eine kurze Beschreibung des Tatgeschehens. Anhand dieser Daten des LKA und der Vorfälle, die bei den Registerstellen und den Kooperationspartner*innen eingegangen sind, konnte das Ausmaß von Gewalt in Berlin beschrieben werden. Zu Beginn des Jahres 2021 wurde diese Weiterleitung von Daten eingestellt. Hintergrund ist eine neue datenschutzrechtliche Bewertung durch den Datenschutzbeauftragten der Berliner Staatsanwaltschaft. Hier wurde die Meinung vertreten, sobald sich eine tat-

beteiligte Person selbst erkennen könne durch die Beschreibung eines Vorgangs, seien ihre Rechte auf Datenschutz verletzt. Seit dieser neuen Bewertung erhalten auch Politiker*innen nur noch anonym zusammengefasste Daten. Die Berliner Polizei veröffentlicht weiterhin Polizeipressemeldungen, in denen diese Daten veröffentlicht werden. Die Pressemeldungen können aber nur eine kleine Auswahl der angezeigten Straftaten abbilden. Die nicht veröffentlichten Fälle können nicht in die Auswertung eingehen. Es gibt ein großes Interesse bei allen Beteiligten, die Datenübermittlung wieder zu ermöglichen, um genauere Lagebilder zu erhalten, bis Mitte 2022 ist allerdings keine Lösung gefunden worden.

2021: 4841 Vorfälle in Berlin 2020: 3822 Vorfälle in Berlin 2019: 3277 Vorfälle in Berlin



Unter der Kategorie Rassismus werden antimuslimische, antiziganistische und gegen Schwarze Menschen gerichtete rassistische Vorfälle zusammengefasst.

Mitte, Lichtenberg-Nord, die Straßen um den Boxhagener Platz und Nord-Neukölln. In Lichtenberg, Friedrichshain und Nord-Neukölln wird davon ausgegangen, dass es sich um **Einzelpersonen** handelt, die **täglich** Aufkleber, Parolen und Symbole wie Hakenkreuze anbrachten. Diese wurden auch täglich entfernt und über vereinfachte Meldemöglichkeiten an die Register weitergeleitet. Im Ortsteil **Mitte** finden die meisten **Demonstrationen** und Kundgebungen statt. Auf dem Hinweg, dem Rückweg und während solcher Veranstaltungen werden Aufkleber und Parolen angebracht. Es gibt zudem touristische Attraktionen und Umsteigebahnhöfe. Dadurch ist Mitte für sendungsbewusste Akteur*innen der extremen Rechten ein beliebter Bezirk für das Verbreiten von Propaganda.

Das **Wahljahr** 2021 ist ein weiterer Hintergrund für den Anstieg der Propagandavorfälle. Die Wahl zum Abgeordnetenhaus und die Bundestagswahl führten dazu, dass extrem rechte Parteien mit Flugblättern und Wurfsendungen für ihre Inhalte warben. Die Partei „Der III. Weg“ trat nicht zu den Wahlen an, führte aber trotzdem Infostände während des Wahlkampfs durch und verteilte Flugblätter in Wohnsiedlungen.

Eine Auswertung der Aktivitäten der NPD und der Partei „Der III. Weg“ von 2017 bis 2021 zeigt, dass die Propagandaaktivitäten der NPD stark nachgelassen haben. Lediglich in Lichtenberg, Trepow-Köpenick und Neukölln ist im Wahlkampfjahr ein Zuwachs der Vorfälle, in denen die NPD eine Rolle gespielt hat, zu sehen. In Bezug auf die Aktivitäten der Partei „Der III. Weg“, steigen die Fallzahlen in allen Ostberliner Randbezirken sowie in Neukölln, Spandau und Tempelhof-Schöneberg. Es hat den Anschein, als hätten sich Teile des aktionsorientierten Neonazi-Spektrums aus Berlin von der NPD abgewandt und dem „III. Weg“ angeschlossen.

Mehr Beratungsangebote, mehr Sichtbarkeit, mehr Vorfälle

Der Anstieg an Vorfällen struktureller Benachteiligung und von Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien ist darauf zurückzuführen, dass mehr Menschen diese Vorfälle melden.

Unter struktureller Benachteiligung werden Vorfälle erfasst, die Diskriminierungen auf dem Wohnungs-, Bildungs-, Arbeitsmarkt, im Gesundheitssystem sowie in Ämtern und Behörden betreffen. Es geht in diesen Fällen um rassistisch motiviertes Mobbing durch Vermieter*innen oder in der Schule, die Verweigerung von Unterstützungsleistungen durch Sozialämter, Jobcenter oder das Jugendamt. Menschen werden bei der ohnehin schwierigen Wohnungssuche in Berlin benachteiligt. Hin-zu kommen rassistische Polizeikontrollen (Racial Profiling) auf der Straße oder durch Sicherheitsmitarbeiter*innen in Bahnen und Bahnhöfen, bei denen gezielt Schwarze Menschen und People of Color im öffentlichen Raum kontrolliert werden, weil ihnen Straftaten unterstellt werden. Der Großteil dieser Vorfälle wird anonymisiert aus den Antidiskriminierungs-Beratungsstellen an die Register übermittelt. Außerdem melden sich Menschen auch über die Antidiskriminierungs-App (AnDi). 80 Prozent der Vorfälle (298) stammen von den Beratungsstellen bei Amaro Foro e.V. (DOSTA – Dokumentationsstelle Antiziganismus), EOTO (Each one teach one – Community-basiertes Bildungs- und Empowerment-Projekt), Narud e.V. (Beratung und Empowerment für Menschen aus afrikanischen Ländern), Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS), von Fairmieten – Fairwohnen (Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt) und der Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung, Chronische Erkrankung.

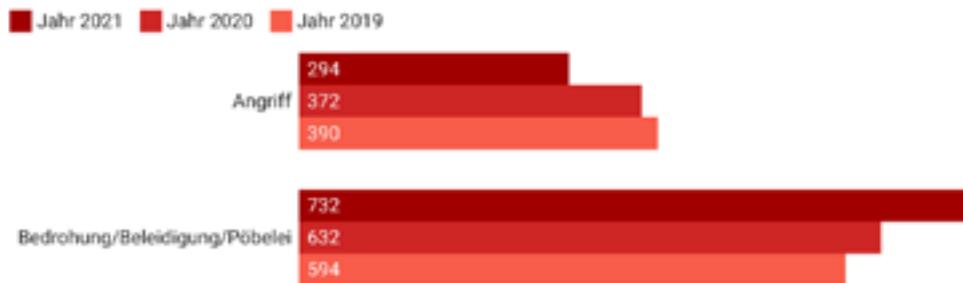
Die LGBTIQ*-feindlichen Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien sind angestiegen, weil zum ersten Mal die Beratungsstelle L-Support anonymisierte Fälle zur Dokumentation beigesteuert hat. Zudem hat die Analyse der Quellen ergeben, dass sich mehr Einzelperso-

nen in dieser Kategorie direkt an die Registerstellen gewandt haben als in den Vorjahren. Von den 75 LGBTIQ*-feindlichen Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien, die insgesamt dokumentiert werden konnten, wurden im Jahr 2021 41 Vorfälle direkt an die Register gemeldet. Im Vorjahr waren es nur 21. Die Berliner Register haben dem Themenfeld LGBTIQ*-Feindlichkeit im Jahr 2021 mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Es fanden zwei Online-Veranstaltungen statt, es wurden Flyer für diese Zielgruppe erstellt und viel Zeit wurde in Netzwerkarbeit investiert. Der Effekt, dass sich mehr Menschen direkt bei den Registerstellen melden, betrifft aber nicht nur das Thema LGBTIQ*-Feindlichkeit. In allen Kategorien hat es mehr Meldungen direkt an die Registerstellen gegeben, hier ist es nur besonders deutlich.

Rückblick

Vor 15 Jahren waren Betroffene allein mit ihren Erlebnissen. Es gab nur wenige Beratungsstellen. Dokumentationsstellen waren unbekannt. Das Thematisieren von Diskriminierungserfahrungen hatte fast immer Nachteile für die Betroffenen und es war keine Seltenheit, dass Ermittlungsbehörden den Betroffenen vorwarfen, an der Gewalt, die ihnen widerfahren war, selbst schuld zu sein. Mittlerweile hat sich das gesellschaftliche Klima verändert, angetrieben durch öffentliche Debatten und viel Engagement von politischen Initiativen und Aktivist*innen. Dass es Beratungsstellen und Empowerment-Angebote für Betroffene und nicht nur für Täter*innen braucht, ist inzwischen Konsens. Beratungs- und Dokumentationsstellen sind Orte, an denen Menschen ihre Erfahrungen, ihre Gedanken und ihre Gefühle nicht verstecken müssen, sondern auf Verständnis stoßen. Dadurch wird das Wissen gestärkt, was Diskriminierung und Ausgrenzung ausmacht und wie man sich dagegen wehren kann. Je mehr Angebote es für Betroffene gibt, desto höher steigt die Zahl der gemeldeten Vorfälle. Menschen, die Diskriminierung oder Gewalt erleben, nutzen heutzutage unterschiedliche Möglichkeiten, um das erlebte Unrecht zu verarbeiten. Manche gehen in eine Beratungsstelle, manche veröffentlichen ihre Erlebnisse in den sozialen Netzwerken, andere treffen sich mit Gleichgesinnten oder Freund*innen in geschützten Räumen und einige von ihnen melden Vorfälle an die Registerstellen. Insofern ist der Anstieg der Vorfälle in Berlin eine positive Entwicklung. Er zeigt, dass die Betroffenen sich gegen das Unrecht zur Wehr setzen und dass mehr Menschen Diskriminierung wahrnehmen, auch wenn sie ihnen nicht selbst widerfährt.

Angriffe und Beleidigungen, Bedrohungen, Pöbeleien



Verteilung der Angriffe nach Motiven



Verteilung der Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien nach Motiven



Untererfassung der Gewalttaten

Die einzige Kategorie im Jahr 2021 mit gesunkener Zahl sind die gewalttätigen Angriffe. Ihre Anzahl ist auf 294 zurückgegangen, nachdem sie 2020 noch bei 372 Vorfällen lag. Meldungen in dieser Kategorie stammen aus unterschiedlichen Quellen, vor allem aber aus Veröffentlichungen der Polizei. Ein Austausch von anonymisierten Daten findet zudem mit ReachOut (Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt) und anderen Beratungsstellen statt. Presseartikel, Veröffentlichungen in sozialen Netzwerken und Menschen, die sich direkt an die Registerstellen wenden, sind ebenfalls Quellen dieser Vorfälle. Dass die Zahl der Angriffe sinkt, auch wenn alle anderen Kategorien gestiegen sind, liegt an der Untererfassung für 2021 (siehe Kasten S. 6).

Segen und Fluch – die digitale Kommunikation

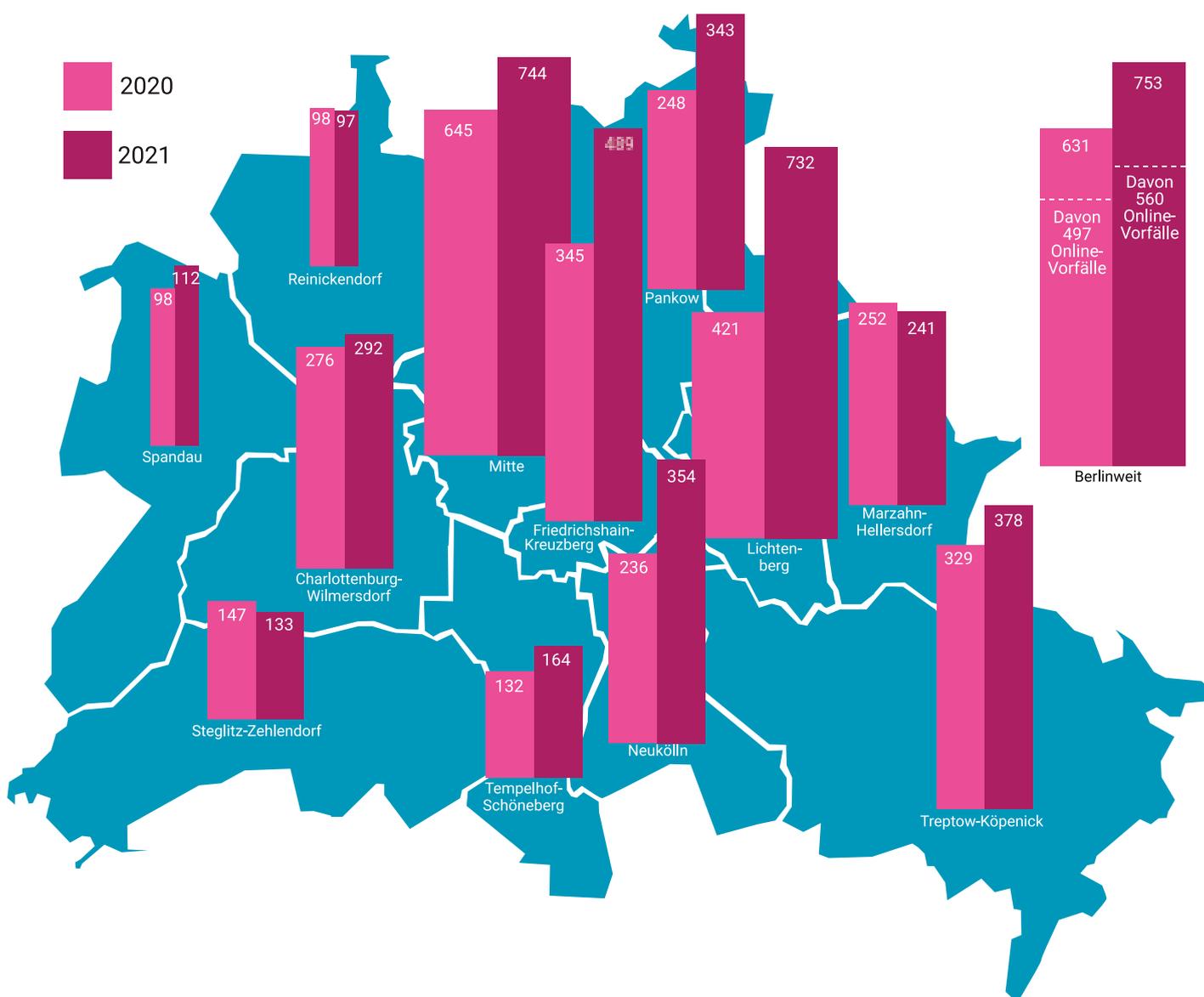
Die Bedeutung der Kommunikation im Internet, über soziale Netzwerke, Messenger und Kommentarspalten hat in den vergangenen 10 Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Waren es in den

2010er-Jahren Facebook-Seiten, mit denen viele Menschen in den Bezirken schnell erreicht werden konnten, haben sich die Kommunikationskanäle verändert. Mittlerweile sind Twitter, Instagram, TikTok und der Messenger-Dienst Telegram für die Mobilisierung der extremen Rechten und für den Protest dagegen unerlässlich. Durch die Covid-19-Pandemie wurden die Dynamiken verstärkt, die aus der Kommunikation im Internet entstehen. Die endlose Fülle an Wissen im Netz, ständig aktualisierende Timelines, neue Follower, Likes und das Teilen von Inhalten überfordern viele Menschen. Die Wahrnehmung von Inhalten kann nur selektiv erfolgen und deshalb besteht die Gefahr, in sogenannten Filterblasen hängen zu bleiben. Im Jahr 2020 hatten sich verstärkt Menschen im Internet zu Wort gemeldet, die von Rassismus betroffen waren. Unter den Hashtags #wasirnichtseht oder #ichbinkeinvirus teilten sie ihre Erfahrungen. Im Jahr 2021 berichteten fast alle Registerstellen davon, dass sich zunehmend Betroffene melden, die das vorher noch nie getan haben. Da das Internet für alle Menschen gleich funktioniert, konnten Corona-Leugner*innen, Querdenker*innen, Anhänger*innen von Verschwörungserzählungen und Impfverweiger*innen nach dem ersten Jahr der Pandemie im zweiten ganz und gar in eine Welt aus Falschinformationen, Panikmache und Antisemitismus ein- und abtauchen. Die extreme Rechte konnte dieses Potenzial an Menschen

nicht für die eigenen Zwecke nutzen. Sie hat zwar inhaltlich zur Radikalisierung beigetragen, aber die Akteur*innen der Corona-Proteste sind zu divers und ihre Motivationen unterscheiden sich zu stark von den Zielen der extremen Rechten, um sich von ihnen allein mobilisieren zu lassen.

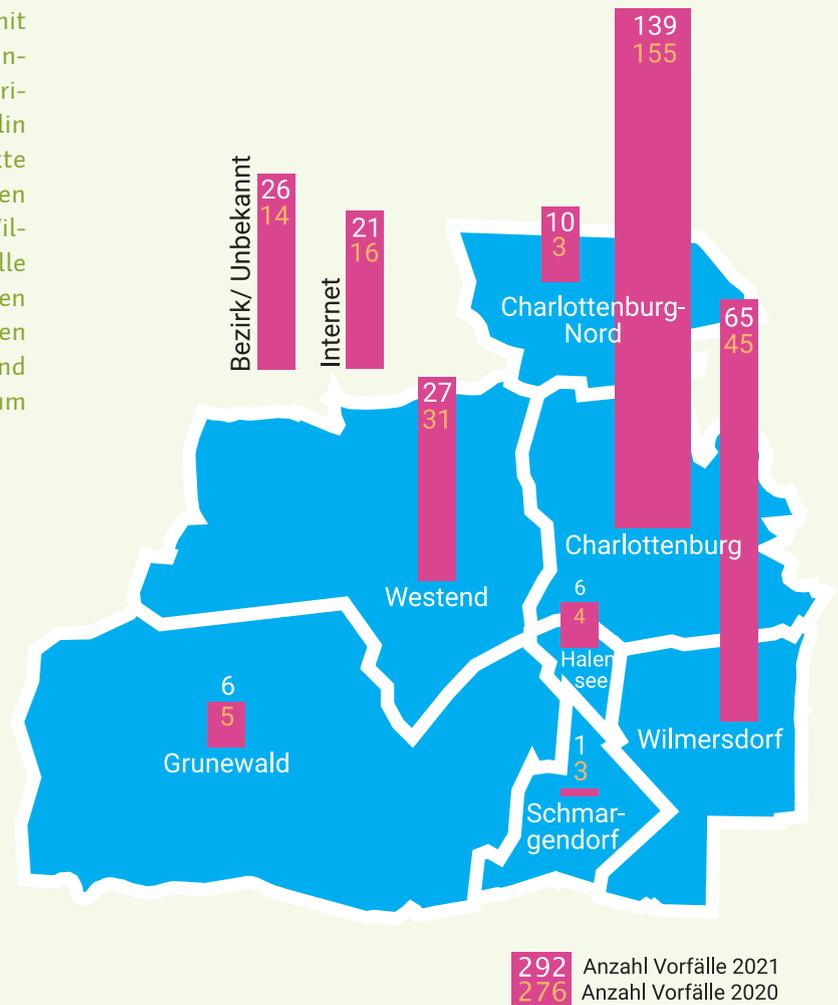
Mit dem Jahr 2022 wird die Covid-19-Pandemie nicht verschwinden, aber mit der Verfügbarkeit der Impfung und dem Aufheben der meisten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung sind die Proteste sichtbar kleiner geworden. Einige Kanäle, die sich sonst der Falschinformation in Bezug auf die Pandemie gewidmet haben, sind aktuell damit beschäftigt, den Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine zu rechtfertigen.

Anzahl der Vorfälle in den Berliner Bezirken 2020 und 2021



Charlottenburg-Wilmersdorf

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein Bezirk mit über 330.000 Bewohner*innen. Hier befinden sich die City West, die neben der historischen Mitte eine Zentrumsfunktion in Berlin einnimmt, zentrale Verkehrsknotenpunkte und touristische Attraktionen. In den lokalen Zentren der Ortsteile Charlottenburg und Wilmersdorf werden jährlich die meisten Vorfälle dokumentiert. Vor allem im Berliner Westen sitzen verschiedene Institutionen der Neuen Rechten, die wichtige Kommunikations- und Vernetzungspunkte für das rechte Spektrum darstellen.



NS-verharmlosendes Graffiti am Schoss Charlottenburg

Rechter Aufkleber auf dem Kurfürstendamm



Kontakt: Register Charlottenburg- Wilmersdorf

Schloßstr. 19
14059 Berlin

Tel.: 0163 - 081 21 28

Mail: cw@berliner-register.de

Twitter: @RegisterCW

Instagram: @RegisterCW

Charlottenburg-Wilmersdorf im Jahr 2021

Im Jahr 2021 wurden in Charlottenburg-Wilmersdorf 292 extrem rechte und diskriminierende Vorfälle dokumentiert. Das entspricht einem Anstieg von 5% im Vergleich zum Vorjahr (276) und ist die bisher höchste Zahl der im Bezirk erfassten Vorfälle. Grund dafür war die Zusammenarbeit mit neuen lokalen und berlinweiten Kooperationspartner*innen sowie die Etablierung neuer und einfacherer Meldewege bspw. über Instagram. Mit über der Hälfte aller Vorfälle war Propaganda weiterhin die meistdokumentierte Vorfälleart (2021: 154; 2020: 139), gefolgt von Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien (2021: 52; 2020: 48). Es wurden doppelt so viele strukturelle Benachteiligungen (2021: 26; 2020: 13) und weniger Veranstaltungen (2021: 30; 2020: 41) sowie Angriffe (2021: 24; 2020: 28) dokumentiert.

Mit etwas weniger als der Hälfte wurden die meisten Vorfälle im Ortsteil Charlottenburg aufgenommen (139). Hier wurden allein 80 Propagandafälle gemeldet, u.a. extrem rechte Aufkleber-Serien mit bis zu 60 selbst gemachten Aufklebern rund um den Kurfürstendamm. Danach folgen in großem Abstand die Ortsteile Wilmersdorf (56) und Westend (27).

In Charlottenburg-Nord konnte mit 10 Vorfällen die höchste Zahl bisher dokumentiert werden. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Aufkleber extrem rechter Parteien. In Grunewald wurden 6 Vorfälle erfasst, u.a. eine rassistische Beleidigung und eine antisemitische Bedrohung sowie Propaganda des „III. Weg“. In Halensee kam es neben 5 Fällen von Propaganda, u.a. einer Hakenkreuzschmiererei, zu einem rassistischen Angriff. In Schmaragdendorf wurde eine Person LGBTQ*-feindlich beleidigt.

NS-Verharmlosung und Gewalt: Gegner*innen der Corona-Maßnahmen 2021

Auch im zweiten Jahr spielten die Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie eine Rolle im Bezirk. In diesem Zusammenhang wurden vor allem Propagandavorfälle sowie Veranstaltungen erfasst. Die verschiedenen Autokorsos mit Startpunkten in Westend oder Charlottenburg fanden weiter statt, jedoch mit weniger Regelmäßigkeit als im Jahr 2020. Während die Zahl der Teilnehmenden eher stagnierte, ließ sich gleichzeitig eine zunehmende Legitimierung von Gewalt des Milieus beobachten. So versammelten sich Impfgegner*innen vor einer Schule in Charlottenburg, um Schüler*innen bei einer Impfkation zu beschimpfen und einzuschüchtern. Teilnehmende verschiedener „Querdenken“-Versammlungen beleidigten anwesende Journalist*innen u.a. antisemitisch und griffen sie körperlich an, versuchten ihnen die Kameras zu entreißen oder spuckten sie an. Dabei handelte es sich nicht nur um eine bedrohliche Situation für die Einzelperson, sondern auch um eine Einschränkung der Pressefreiheit. Dies ordnet sich in den Kontext der bundesweiten Gewalt gegen Journalist*innen, die 2021 ein Rekordhoch erreichte, ein. Ebenso kam es zu Übergriffen, nachdem Personen aufgefordert wurden, einen Mund-Nasenschutz aufzusetzen. Die meisten Vorfälle in diesem Kontext verharmlosten den Nationalsozialismus oder hatten einen antisemitischen Hintergrund. Durch Slogans wie „Damals die Juden, Heute die Ungeimpften“ oder „Impfen macht frei“, welche wiederholt im Bezirk „geschmiert“ wurden, werden die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie mit der antisemitischen NS-Politik gleichgesetzt und somit der Holocaust bagatellisiert. Die Zahl der NS-verherrlichenden oder -verharmlosenden

Vorfälle hat dadurch 2021 die höchste bisher dokumentierte Zahl erreicht (2021: 43; 2020: 29). Weil Veranstaltungen aus dem verschwörungsideologischen Spektrum 2021 hingegen nicht pauschal als Vorfälle aufgenommen wurden, hat sich die Motivkategorie Rechte Selbstdarstellung im Vergleich zum Vorjahr drastisch verringert (2021: 37; 2020: 64). Attila H., der 2020 eine führende Rolle in der Mobilisierung und in der inhaltlichen Radikalisierung der Corona-Skeptiker*innen eingenommen hat, hat sich zum Ende des Jahres 2020 in die Türkei abgesetzt. Zuvor wurde ein Haftbefehl wegen Volksverhetzung und anderer Straftaten gegen ihn erlassen.

Motive: Jeder zweite Tag ein rassistischer oder antisemitischer Vorfall

Der Anstieg antisemitischer Vorfälle um knapp ein Drittel (2021: 46; 2020: 37) lässt sich aber nicht ausschließlich aus dem Zusammenhang mit Corona-Verschwörungsmethoden herleiten. Es kam auf offener Straße, in Gaststätten, im öffentlichen Nahverkehr, im Olympiastadion sowie im direkten Wohnumfeld von Betroffenen zu Anfeindungen und Angriffen gegen Personen, die als jüdisch oder israelisch zu erkennen waren, Mitarbeiter*innen jüdischer Einrichtungen oder Personen, die sich gegen Antisemitismus einsetzten. Es wurden antisemitische Schmierereien und Aufkleber im öffentlichen Raum, aber auch an Wohnhäusern jüdischer Familien angebracht. In Wilmersdorf wurden Stolpersteine mit rohen Eiern beschmiert und das Andenken an die israelische Touristin Dalia Elyakim am Denkmal für die Opfer des Terroranschlags am Breitscheidplatz wiederholt beschädigt. Die gestiegene Zahl der antisemitischen Fälle nähert sich aber noch nicht dem Niveau vor 2020 an (2019: 62; 2018: 60; 2017: 67). Rassismus

Beispielvorfälle

31. Januar 2021

Gegen 2:30 Uhr in der Nacht wurden zwei wohnungslose Menschen im Schlaf körperlich angegriffen und verletzt. Der Täter warf einen E-Scooter auf einen schlafenden Mann, und trat anschließend mehrfach auf einen weiteren ein. Dabei soll sich der Täter herablassend über die Wohnungslosen geäußert haben. Ein Zeuge intervenierte und drohte damit, die Polizei zu rufen, woraufhin der Täter floh.
Quelle: Polizeimeldung Nr. 0240

17. Mai 2021

Auf dem Kurfürstendamm in Charlottenburg wurde ein als orthodoxer Jude erkennbarer Mann mit seiner Familie von einem vorbeilaufenden Mann mit lauten „Palestine, Palestine“-Rufen angepöbelt.
Quelle: Register CW via Twitter

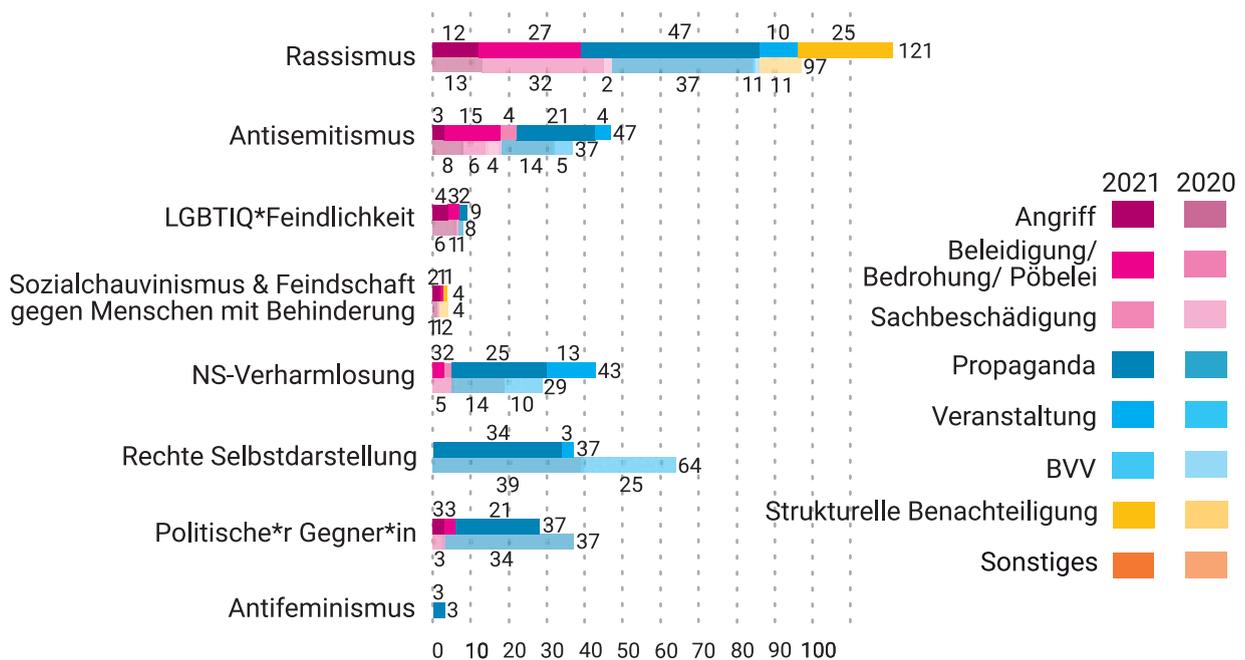
21. August 2021

Gegen 0:30 warteten zwei Personen am S-Bahnhof Westkreuz auf die Ringbahn. Ein laut schimpfender weißer

Mann näherte sich kurz vor der Einfahrt der Ringbahn von hinten, belästigte die Personen und beschimpfte eine u.a. mit „Schlampe“ und „Scheiss-Lesbe“. Unmittelbar bei Eintreffen des Zuges stürmte er direkt auf eine der Personen zu und spuckte ihr von hinten auf den Kopf.
Quelle: AnDi – Antidiskriminierungs-App

24. August 2021

Am Rande einer AfD-Veranstaltung kam es zu einem Angriff gegen eine



war mit 121 Vorfällen wie in den Vorjahren auch im Jahr 2021 das häufigste Vorfallsmotiv im Bezirk und steigt kontinuierlich an. Angestiegen ist besonders die Zahl der rassistischen strukturellen Benachteiligungen (2020: 13; 2021: 25) sowie der Propaganda (2021: 47; 2020: 37). Diese wurde als Mittel genutzt, um u.a. gegen Flucht, Migration und den Islam zu hetzen sowie rassistische Stereotype zu verbreiten und im öffentlichen Raum den Eindruck zu erwecken, es handele sich um weit verbreitete Einstellungen.

Durch mehr Meldungen von Kooperationspartner*innen hat sich Zahl der strukturellen Benachteiligungen im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Im Großteil der Fälle wurden Personen in Bildungseinrichtungen benachteiligt (17), aber auch auf dem Wohnungsmarkt (4), durch Behörden (3), bei der Arbeit (1) und durch die Polizei (1). Neben Rassismus wurden zwei Fälle behindertenfeindlicher Diskriminierung in der Schule gemeldet.

Trotz Untererfassung: konstantes Gewaltlevel & räumliche Verschiebung

Im Durchschnitt ereignete sich einmal pro Woche eine Bedrohung, Beleidigung oder Pöbeleien und etwa alle zwei Wochen ein Angriff. Davon hatten in etwa die Hälfte ein rassistisches Motiv. Die Zahl der Angriffe ist leicht zurückgegangen, vor dem Hintergrund der Untererfassung für das Jahr 2021 ist aber von einem relativ konstanten Gewaltlevel auszugehen. Personen wurden u.a. gestoßen, ins Gesicht geschlagen, gewürgt und angespuckt. Der Großteil der Angriffe fand auf offener Straße (12) oder in öffentlichen Verkehrsmitteln und Bahnhöfen (5) statt. Besonders häufig wurden Angriffe rund um den Zoologischen Garten gemeldet. Es waren auch Minderjährige betroffen, u.a. ein zwölfjähriges Kind, das von zwei erwachsenen Frauen aus rassistischer Motivation geschlagen wurde. Es wurden vier LGBTQ*-feindliche, drei antisemitische und zwei sozialchauvinistische Angriffe

erfasst, bei denen obdachlose Personen im Schlaf attackiert wurden. Die Motivkategorie LGBTQ*-Feindlichkeit zeichnet sich durch ein besonders hohes Gewaltlevel aus: Bei sieben der insgesamt neun erfassten Fälle handelte es sich um verbale und/oder körperliche Übergriffe an öffentlichen Orten in Charlottenburg. Betroffen waren u.a. homosexuelle Paare und trans Frauen. Dreimal wurden Journalist*innen als politische Gegner*innen von Demonstrationsteilnehmenden angegriffen.

Es lässt sich eine leichte räumliche Verschiebung der verbalen und körperlichen Übergriffe erkennen: Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Angriffe und Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien im Ortsteil Charlottenburg um rund 20% gesunken. In den Ortsteilen Wilmersdorf und Westend haben die erfassten Angriffe um jeweils ca. 10% zugenommen. Durch die Einschränkungen im öffentlichen Leben haben sich weniger Menschen z.B. in Einkaufsstraßen bewegt. Dadurch konnten

Pressevertreterin. Die Journalistin machte aus der Entfernung Fotos von der Menge, als eine Teilnehmerin sie anschrie, an der Jacke packte und am Kameragürtel heftig hin und her zog. Die umstehende Polizei hat nicht reagiert. Zwei Passant*innen kamen schließlich dazu und befreiten die angegriffene Person.
Quelle: Register CW

30. August 2021
Eine Lehrerin an einer Schule verhielt sich wiederholt rassistisch gegenüber einigen Mädchen, die ein Kopftuch tragen und/oder migrantisiert sind. Sie zweifelte ihre Sprachkompetenzen an und demütigte sie im Klassenraum.
Quelle: Recherche und Dokumentationsprojekt Antimuslimischer Rassismus (RE-DAR)

3. Dezember 2021
Auf dem Weihnachtsmarkt am Breidscheidplatz in Charlottenburg fotografierte ein Mann die dort aufgestellte Chanukkia. Als zwei Personen sich mit ihm unterhielten, wurde er sehr aggressiv und meinte, es sei ein Skandal, dass sie hier stehe, weil „die Jesus getötet haben“.
Quelle: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

sie dort nicht angegriffen werden. Die Tendenz, dass Angriffe vermehrt in Wohngebieten stattfanden, wurde auch in anderen Bezirken beobachtet.

Charlottenburg-Wilmersdorf als Zentrum der Neuen Rechten

Mit 30 dokumentierten Veranstaltungen ist die Zahl im Vergleich zu den Vorjahren weiter zurückgegangen (2020: 41; 2019: 35). Dies liegt vor allem an den Maßnahmen zur Einschränkung der Corona-Pandemie. So ist der antisemitische Al-Quds-Marsch bereits das zweite Jahr in Folge ausgefallen und erstmals haben keine öffentlichen Veranstaltungen in der „Bibliothek des Konservatismus“ (BdK) stattgefunden. Die BdK, welche 2022 ihr 10-jähriges Jubiläum feiert, hat trotz eingestelltem Veranstaltungsbetrieb ihre Rolle als wichtiger Vernetzungs- und Schulungsort der extremen Rechten bundesweit beibehalten: Die Räumlichkeiten wurden zum Beispiel von der „Jungen Freiheit“ für die Aufzeichnung von Talkrunden mit verschiedenen Füh-

rungsfiguren der Neuen Rechten genutzt. Zudem präsentiert sie sich seit April 2021 als Ausleihbibliothek und hat zwei Podcastformate entwickelt, um so ihre ideologische Wirkkraft zu verstärken. Im Zuge des Wahlkampfes wurden zehn Aktionen wie Infostände der Partei AfD aufgenommen, bei denen verschiedene Ausgaben der Bezirkszeitung mit u.a. rassistischen, antifeministischen, LGBTIQ*-feindlichen und gegen die politischen Gegner*innen gerichteten Inhalten verteilt wurden.

Zusammenfassung & Ausblick

Rassismus blieb weiterhin die am häufigsten dokumentierte Motivatorkategorie im Bezirk und machte mehr als ein Drittel aller Vorfälle aus. Durch die Meldungen von Kooperationspartner*innen ist die Zahl der rassistischen strukturellen Benachteiligungen gestiegen, besonders von Schwarzen Kindern in der Schule. Es wurden mehr antisemitisch motivierte und NS-verherrlichende bzw. verharmlosende Vorfälle dokumentiert. Viele dieser

Vorfälle standen im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Das Level der verbalen und körperlichen Gewalt ist in etwa gleich hoch geblieben. Betroffen waren vor allem Menschen, die rassistisch, antisemitisch, LGBTIQ*-feindlich und sozialchauvinistisch markiert werden. Es ließ sich bei den Übergriffen eine leichte Verschiebung weg von den zentralen Einkaufs- und Verkehrspunkten in Charlottenburg in die ruhigeren Ortsteile beobachten. Dies ist ein Effekt der Pandemie und konnte auch in anderen Bezirken beobachtet werden. Mit Wiederbelebung des öffentlichen Lebens wird die Gewalt voraussichtlich wieder vermehrt an den Orten stattfinden, an denen sich die meisten Menschen aufhalten. Der Bezirk ist weiterhin ein wichtiger Standort für Akteure der Neuen Rechten. Mit dem Wegfall der Infektionsschutzmaßnahmen werden auch diese Akteure wieder mehr mit öffentlichen Veranstaltungen in Erscheinung treten.

Kooperationspartner*innen

OFEK e.V. - Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung



OFEK e.V. ist ein gemeinnütziger Verein und eine Fachberatungsstelle, die auf Antisemitismus spezialisiert ist. OFEK berät, begleitet und

unterstützt Betroffene, ihre Angehörigen sowie Zeug*innen antisemitischer Vorfälle und Gewalttaten. OFEK steht parteilich an der Seite der Ratsuchenden und sieht seine Aufgabe auch darin, jüdische Perspektiven in die gesellschaftliche sowie politische Debatte einzubringen. Die Beratung von OFEK orientiert sich an den fachspezifischen Qualitätsstandards professioneller Opferberatung und bezieht sich auf alle Fälle mit sowie ohne Straftatbestand. OFEK bietet Einzelfallberatung, Gruppenangebote, eine bundesweite Hotline, sowie regionale Unterstützung in Berlin, Hessen, Baden-Württemberg, Sachsen (im Aufbau) und Sachsen-Anhalt an.

Die Beratungsangebote richten sich nach den Fragen und Bedarfen der Ratsuchenden. Die Beratung ist vertraulich, mehrsprachig, kostenfrei und auf Wunsch anonym. Die Bera-

tung kann auf Deutsch, Russisch, Hebräisch und Englisch in Anspruch genommen werden. Wir beraten in Krisensituationen und bieten Gespräche zur psychologischen Aufarbeitung nachwirkender Tatfolgen an. Wir beraten zu rechtlichen Fragen, unterstützen bei der Beantragung finanzieller Unterstützung, verfassen Stellungnahmen, begleiten zu Behörden, Ämtern, Polizei und Gerichten. Wir beraten Institutionen, wo die Vorfälle stattgefunden haben und vermitteln je nach Wunsch Stärkungs- und Schulungsangebote. Auch wenn der Vorfall einige Zeit zurückliegt, kann in einem Beratungsgespräch eruiert werden, welche Handlungsschritte sinnvoll und möglich sind.

Die Beratung von Jugendlichen, Familien und Studierenden nach Vorfällen in der Schule oder im Studium sowie der Fachberatung von Lehrkräften und schulnahen Akteur*innen stellen einen wichtigen Schwerpunkt der Arbeit von OFEK dar.

Die Beratung von Jugendlichen, Familien und Studierenden nach Vorfällen in der Schule oder im Studium sowie der Fachberatung von Lehrkräften und schulnahen Akteur*innen stellen einen wichtigen Schwerpunkt der Arbeit von OFEK dar.

Die bundesweite telefonische Hotline ist zu folgenden Zeiten erreichbar:

- Montag 16 – 18 Uhr
- Dienstag 10 – 12 Uhr
- Mittwoch 12 – 14 Uhr
- Donnerstag 10 – 12 Uhr
- Freitag 12 – 14 Uhr

Tel.: (+49) (0)30 610 80 458

Mobil: (+49) (0)176 458 755 32

Persönliche Beratungsgespräche nach Vereinbarung.

Anfragen können jederzeit auch per E-Mail gestellt werden: kontakt@ofek-beratung.de

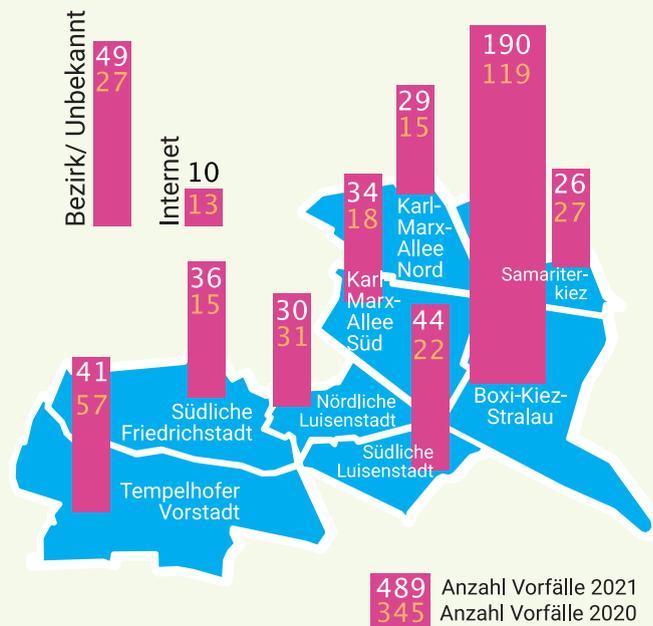
Online Beratung (Chat auf der Homepage):

- Montag 15 – 17 Uhr
- Dienstag 15 – 17 Uhr
- Mittwoch 15 – 17 Uhr
- Donnerstag 15 – 17 Uhr
- Freitag 14 – 16 Uhr

Friedrichshain-Kreuzberg

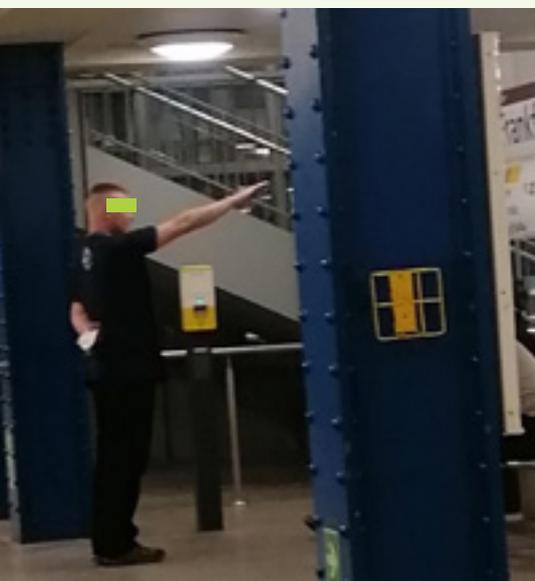
Friedrichshain-Kreuzberg ist der flächenmäßig kleinste Berliner Innenstadtbezirk und mit über 290.000 Bewohner*innen der am dichtesten besiedelte. Entstanden ist er im Jahr 2001 aus der Fusion der Stadtteile Friedrichshain (einst Ostberlin) und Kreuzberg (einst Westberlin). Die Oberbaumbrücke verbindet als Wahrzeichen den Bezirk, in dem Menschen aus mehr als 150 Nationen wohnen. 2020 betrug der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund 35,7 Prozent. Die Spree hingegen teilt die Stadtteile, die sich historisch unterschiedlich entwickelt, aber auch viele Gemeinsamkeiten haben.

Durch weiter steigende Mieten werden ärmere Teile der Bevölkerung und Kleingewerbe verdrängt. Überall im Bezirk kämpfen Menschen gemeinsam für den Erhalt ihres Lebensraums. Das schließt auch zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung ein. Der Ortsteil Friedrichshain ist überwiegend von rechter Propaganda betroffen, aus dem Ortsteil Kreuzberg werden fast alle Vorfälle von Racial Profiling gemeldet. In beiden Stadtteilen finden etwa gleich viele Angriffe auf Personen statt.



Hitlergruß am U-Bhf. Frankfurter Tor

LGBTIQ*-feindlicher Schriftung am Böcklerpark



Kontakt:

Register Friedrichshain-Kreuzberg

UBI KLiZ e. V.

Kreutzigerstr. 23

10247 Berlin

Tel.: 030 - 740 788 31

Mobil: 0157 - 77 36 99 42

Mail: fk@berliner-register.de

Web: www.register-friedrichshain.de

Facebook: RegFhainKberg

Twitter: @RegFhainKberg

Veränderungen zum Vorjahr

Wie bereits im Vorjahr prägte auch 2021 die Corona-Pandemie das Alltagsleben. Das wirkte sich auch auf die Registerarbeit aus, denn persönliche Kontakte, für die vertrauensvolle Zusammenarbeit unerlässlich sind, blieben oft aus bzw. erfolgten online und Veranstaltungen fanden so gut wie nicht statt. Ebenso eingeschränkt, mit wenig Besucher*innen, arbeiteten unsere Projektpartner*innen und Anlaufstellen. Trotz dessen nahm die Zahl der gemeldeten Vorfälle zu.

Mit insgesamt 489 Vorfällen für das Jahr 2021 (2020: 347) verzeichnet das Register Friedrichshain-Kreuzberg insgesamt einen Anstieg der gemeldeten Vorfälle um fast 41 %. Zurückzuführen ist die Erhöhung von Vorfalldmeldungen u. a. auf verbesserte Meldemöglichkeiten, durch den Ausbau der Social-Media-Präsenz und durch neue Projektpartner*innen. Die Mehrzahl der Fälle wurde von engagierten Einzelpersonen gemeldet. Erhebliche Steigerungen gab es bei Propaganda (52 %), Beleidigung (44 %) und Struktureller Benachteiligung (37 %).

Propaganda ist seit Bestehen des Registers die am häufigsten gemeldete Vorfallsart im Bezirk, und in ganz Berlin. Jedes Jahr ist eine Steigerung zu verzeichnen. Eine so große Zunahme wie von 2020 auf 2021 gab es bisher noch nie. Besonders betroffen ist seit Jahren das Gebiet zwischen Revaler Straße und Frankfurter Allee.

Ebenso wurde eine erhebliche Steigerung bei Beleidigungen verzeichnet. Verursacht wurde dies durch Teilnehmer*innen an rechten Demonstrationen und durch Mitarbeiter*innen an Wahlkampfständen rechter Parteien, die ihre politischen Gegner*innen sowie Journalist*innen verbal und körperlich angriffen.

Der Anstieg im Bereich Strukturelle Benachteiligung ist überwiegend auf Fälle von Racial Profiling im und um den Görlitzer Park zurückzuführen. Sie wurden häufig gemeldet als in den Vorjahren.

Der Versuch der öffentlichen Raumnahme durch Verschwörungsideolog*innen und Vertreter*innen aus der rechten Szene war auch in unserem Bezirk deutlich sichtbar. Die Anzahl der Veranstaltungen (18) ist gegenüber dem Vorjahr (11) leicht gestiegen. Zwar haben ungefähr doppelt so viele Veranstaltungen im Bezirk stattgefunden oder führten durch diesen (z. B. Autokorsos der Corona-Leugner*innen), jedoch wurden nicht alle diese Veranstaltungen als Vorfälle im Register erfasst.

Die Zahl der verzeichneten Angriffe ist gegenüber dem Vorjahr etwa um die Hälfte zurückgegangen. Grund dafür ist eine Untererfassung (siehe Kasten S. 6). Die Vorfälle, die von Zeug*innen oder Betroffenen gemeldet wurden und nicht von der Polizei stammen, haben sich hingegen erhöht.

Trotz 11 neuer Anlaufstellen kamen aus dieser Quelle nur wenige Meldungen, 18 waren es im vergangenen Jahr. In der Beratung steht die Vermittlung von Unterstützungsangeboten im Vordergrund. Dabei geht die Dokumentation und Meldung der Vorfälle häufig im Tagesgeschäft unter. Es wird von einer Dunkelziffer an Fällen ausgegangen.

Sozialräume sind unterschiedlich betroffen

Im Bezirk gibt es acht Sozialräume, vier in Friedrichshain und vier in Kreuzberg. Aus dem Stadtteil Friedrichshain wurden mehr Vorfälle (279) gemeldet als aus Kreuzberg (151). Die Anzahl der Vorfälle pro Ortsteil liegt relativ eng beieinander mit 26 bis 44 Vorfällen. Nur der Ortsteil Frankfurter Allee Süd (Südkiez um Boxhagener Platz und Stralau), fällt mit 190 Vorfällen auf. Grund dafür ist ein hohes Propagandaaufkommen im Gebiet weiträumig rund um den Boxhagener Platz.

Außer aus der Nördlichen Luisenstadt (Gebiet zwischen Köpenicker Straße und Mariannenplatz) und der Tempelhofer Vorstadt (Gebiet zwischen Kottbusser Damm

und Park am Gleisdreieck) wurden im vergangenen Jahr gegenüber 2020 aus allen Sozialräumen mehr Vorfälle gemeldet. Mehr Meldungen bedeuten nicht zwangsläufig, dass sich mehr Vorfälle ereignet haben. Mit wachsender Bekanntheit aller Register, und dem Ausbau des Netzwerks von Anlaufstellen, werden auch mehr Vorfälle gemeldet.

Der Blick in die Sozialräume zeigt, dass Propagandavorfälle überall die häufigste Kategorie waren und Rassismus das häufigste Motiv. Propagandafälle lagen überall im niedrigen zweistelligen Bereich zwischen 11 und 24 Vorfällen. Die Zahl der Angriffe war 2021 im einstelligen Bereich. Davon waren 15 LGBTIQ*-feindlichen Angriffe, die sich weitestgehend gleichmäßig im gesamten Bezirk verteilten. Die Orts- teilübersicht zeigte nur zwei Auffälligkeiten: Fälle von Racial Profiling um den Görlitzer Park und eine Fülle an Vorfällen im weiträumigen Gebiet um den Boxhagener Platz.

In diesem Friedrichshainer Ortsteil gab es neben Propaganda auch mehr Sachbeschädigungen, Bedrohungen, Beleidigungen, Pöbeleien und Angriffe als in anderen Ortsteilen. Rund um den Boxhagener Platz wurden mit 190 die meisten Vorfälle gemeldet. 157 davon waren Propagandafälle, die vorwiegend der rechten Selbstdarstellung dienten, NS-verharmlosend, rassistisch und gegen politische Gegner*innen gerichtet waren. Von den 10 Angriffen im Ortsteil waren 5 rassistisch, 2 LGBTIQ*-feindlich und je einer antisemitisch, sozialchauvinistisch und gegen politische Gegner*innen gerichtet. So wurde zum Beispiel am 19. November ein Mann in der Boxhagener Straße von einer Gruppe junger Erwachsener homofeindlich angegriffen. Ihm wurde unvermittelt mit einer Flasche auf den Kopf geschlagen, sodass er Verletzungen an Stirn und Hinterkopf erlitt. Es wurden außerdem 10 Fälle von antimuslimischem Rassismus dokumentiert.

9. März 2021

Rund um die Warschauer Str. 10-15 wurde der Schriftzug „Islam raus“ geschmiert. Begonnen haben die Schmierereien bereits im November 2020. Es ist der gleiche Schriftstil, der auch in z. B. der Weserstraße wiederholt zu finden ist.

Quelle: Bürger*innen-Meldung

17. März 2021

An die Außenfassade neben dem Eingang eines indischen Restaurants in

der Rigaer Straße wurde ein Hakenkreuz geschmiert.

Quelle: Bürger*innen-Meldung

12. Juli 2021

Im Böcklerpark wurde die Parole „LGBTQ+ ist Scheiße“ geschmiert.

Quelle: Bürger*innen-Meldung

28. September 2021

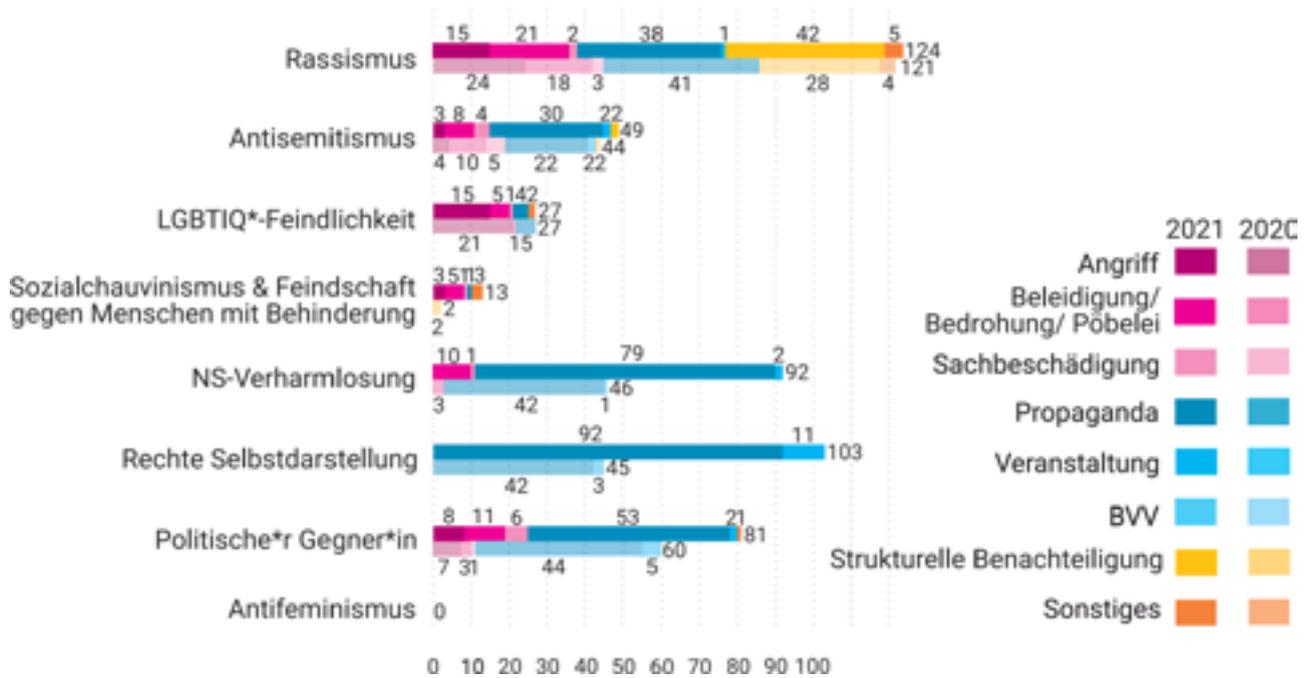
Ein betrunkenen Neonazi rief „Heil Hitler!“ und andere extrem rechte sowie antisemitische Parolen

auf einem Spielplatz und bewarf Spielplatzbesucher*innen mit Schmutz. Als ein junger Vater einschreiten wollte, wurde er von dem Neonazi mit einer Bratpfanne angegriffen und am Kopf verletzt.

Quelle: Bürger*innen-Meldung

9. November 2021

Eine Verkäuferin in einer Drogerie am Kottbusser Tor drängte eine Frau im Rollstuhl und mit Spracheinschränkung, respektlos dazu, deutlicher zu



In fast allen Fällen handelte es sich um die Parole "Islam raus", die an verschiedene Wände geschmiert worden war.

Im und um den Görlitzer Park wurden 21 Fälle von Anti-Schwarzem Rassismus dokumentiert. Hier schlug vor allem Racial Profiling im Görlitzer Park und den angrenzenden Kiezen mit 19 Fällen zu Buche. Im Vergleich zum Vorjahr war das ein Anstieg dieser Meldungen. Von den insgesamt 44 Meldungen von struktureller Benachteiligung machte Racial Profiling 70 Prozent aus. Die Kampagne „BAN Racial Profiling“ hatte dieses Problem 2021 in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Dies kann zu einem Anstieg der Meldungen beigetragen haben.

Ausblick

Im Jahr 2021 wurde das Register stärker finanziell gefördert und konnte eine zweite Teilzeitstelle, befristet auf ein Jahr, einrichten. In dieser Zeit wurden Podcasts produziert, weitere Anlaufstellen gewonnen und ein Profil beim Online-Netzwerk Twitter aufgebaut. Durch den Wegfall dieser Stelle zum Januar 2022 war es nicht möglich, das Arbeitspensum des Vorjahres zu halten. Dies betrifft insbesondere die Aktivitäten in den Sozialen Medien und die wichtige Netzwerkarbeit.

2021 hat das Register neben der Onlinechronik auch eine Onlinekarte mit den Sozialräumen angelegt, um gemeldete Vorfälle auch über Pins visuell darzustellen. Diese Karte wird Anfang 2022 zusätzlich in

die Kieze in den Sozialräumen eingeteilt. Ziel ist es, Vorfälle „vor der Haustür oder in deren Nähe“ sichtbarer und damit auch greifbarer zu machen.

Wir hoffen, dass noch mehr Menschen ihre Erlebnisse und Beobachtungen mit uns teilen und darüber eine weitere Sensibilisierung im Bezirk stattfindet, die einerseits zur Erhellung des Dunkelfeldes beiträgt und andererseits Betroffene von Rassismus und Diskriminierung stärkt.

Beispielvorfälle

sprechen. Dabei wurde sie immer lauter und rollte mit den Augen in Richtung der in der Schlange wartenden Kund*innen. Die Frau im Rollstuhl machte die Verkäuferin auf ihre Unfreundlichkeit aufmerksam und erhielt dabei Unterstützung durch eine weitere Kundin. Die Verkäuferin reagierte uneinsichtig.

Quelle: Bürger*innen-Meldung

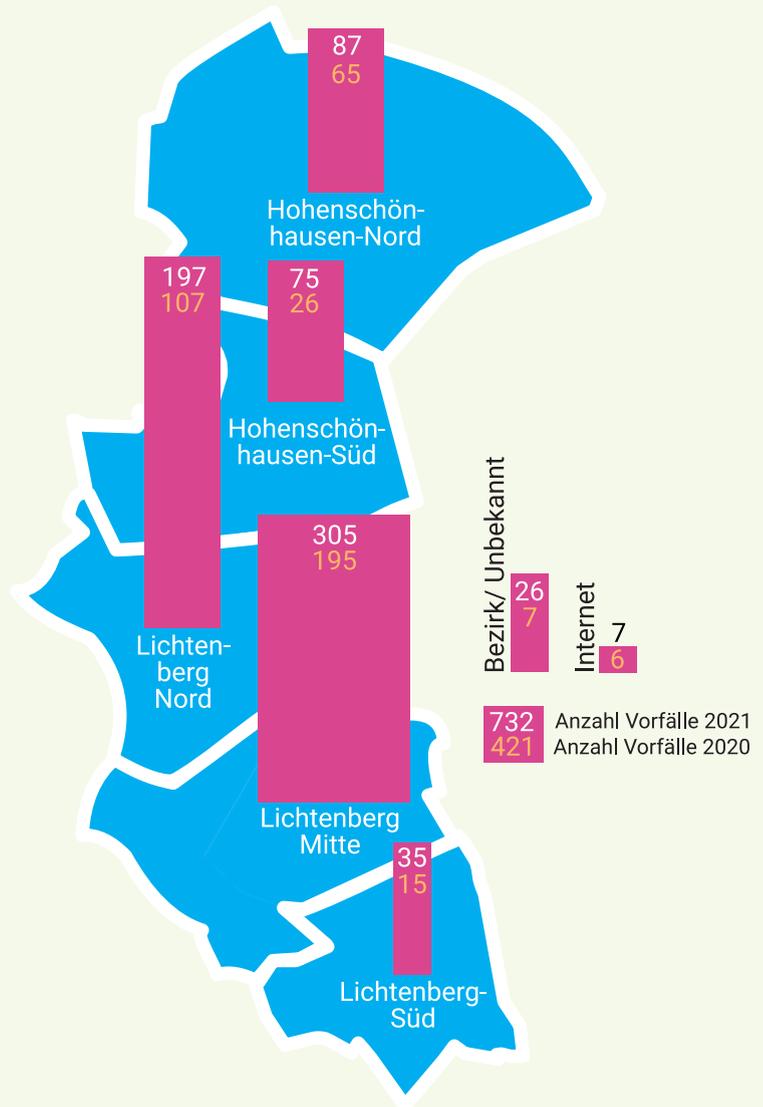
25. November 2021

Ein junger Schwarzer Mann mit Gehhilfe wurde von einem weißen Mann in der Ringbahn zunächst rassistisch beleidigt und dann so schwer körperlich verletzt, dass er seit dem Angriff an den Rollstuhl gebunden ist und dauerhaft unter Schmerzen leiden wird.

Quelle: Bürger*innen-Meldung

Lichtenberg

Im Bezirk Lichtenberg wohnen fast 300.000 Menschen. Der Bezirk weist je nach Ortsteil (Hohenschönhausen, Lichtenberg, Karlshorst) eine sehr unterschiedliche Bevölkerungszusammensetzung hinsichtlich der Lebensweisen, der Herkunft und des Alters auf. Lichtenberg ist seit über 30 Jahren ein Bezirk mit einer aktiven und organisierten extrem rechten Szene. Diese konnte in den letzten 20 Jahren durch zivilgesellschaftliches Engagement und problembewusstes Handeln der Lokalpolitik und der Verwaltung zurückgedrängt werden.



Schablone des „III. Wegs“ in Friedrichsfelde

Neonazi-Aufkleber am Fennpfuhl



Kontakt:

Lichtenberger Register

Fach- und Netzwerkstelle
Licht-Blicke, pad gGmbH
Einbecker Str. 85, 10315 Berlin

Tel.: 030 - 50566518

Mobil: 0176 - 16371635

Mail: register@licht-blicke.org

Facebook: Lichtenberger Register

Twitter: @LichtenbergerR7

Corona-Proteste, Wahlkampf und die organisierte (extreme) Rechte

Im Jahr 2021 verzeichnete das Lichtenberger Register erneut einen Höchststand von 732 gemeldeten Vorfällen. Das sind über 73 Prozent mehr als 2020 (421 Vorfälle). Diese Entwicklung setzte einen Trend aus 2020 fort, in dem trotz Einschränkungen zur Pandemiebekämpfung die Vorfälle nicht sanken, sondern stiegen. Hierzu hat 2021 eine politische Radikalisierung der Corona-Proteste wie auch der Wahlkampf zu den drei Wahlen (Bundestag, Berliner Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlung) beigetragen. Zudem ist die organisierte extreme Rechte präsent in Lichtenberg und für eine hohe Zahl von Vorfällen verantwortlich.

Propaganda hat stark zugenommen

Die Registerzahlen zeigen insbesondere einen deutlichen Anstieg gesprühter und geklebter Propaganda (2019: 150 Vorfälle; 2020: 340; 2021: 594). Vor allem haben sich die Motive Rassismus, politische Gegner*innen, extrem rechte Selbstdarstellung und NS-Verharmlosung erhöht. Erwähnt werden muss jedoch, dass in Lichtenberg erst seit 2021 auch solche Vorfälle aufgenommen werden konnten, bei denen bloß ein bis vier Aufkleber an einer Stelle gemeldet wurden. Das Lichtenberger Register hatte im Gegensatz zu anderen bezirklichen Registern in den vorhergehenden Jahren erst ab einer Menge von 5 Aufklebern einen Vorfall erfasst. Um die Vergleichbarkeit zwischen den Bezirken zu gewährleisten, wurden in Absprache mit den Registerstellen anderer Bezirke auch einzelne Aufkleber in die Chronik aufgenommen. In 209 Propagandavorfällen lag die Zahl der erfassten Aufkleber unter 5. Mit der alten Zählweise hätte die Propaganda also mit 385 Meldungen um 13 Prozent zugenommen, mit der neuen ist sie um 74 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Bei der Propaganda bleibt Rassismus wie

schon im Vorjahr ein wichtiges Motiv. Ein sehr großer Teil davon richtet sich rassistisch gegen Geflüchtete und Immigration. Weiterhin hoch bleiben Meldungen von NS-verherrlichender (2021: 137; 2020: 102), rechts-selbstdarstellerischer (2021: 159; 2020: 85) und politische Gegner*innen diffamierender (2021: 133; 2020: 75) Propaganda. Gerade bei den Propagandameldungen sind klassische Themen der extremen Rechten sehr stark vertreten. Sie reichen von einer Serie von Hakenkreuz-Schmierereien mit Schwerpunkt in Rummelsburg bis hin zu Propaganda-Aktivitäten mit Plakaten, Flugblättern oder Aufklebern des „III. Weg“ oder der NPD.

Einfluss von Corona-Pandemie auf Vorfälle

Die Corona-Pandemie mobilisierte weiterhin Menschen, die antisemitische und teils NS-verharmlosende Propaganda ins Stadtbild bringen. Hier ziehen 2021 nun auch extrem rechte Organisationen wie NPD, „Der III. Weg“ und Händler mit Flugblättern und Aufklebern zum Thema nach. Extrem rechte Akteur*innen versuchten, gesellschaftliche Verunsicherung im Kontext der Pandemie für sich zu nutzen, wenn auch mit wenig neuen politischen Impulsen.

Ein Großteil Corona-leugnender Propaganda sowie die teilweise wöchentlich stattfindenden Autokorsos und Kiezspaziergänge von Corona-Leugner*innen wurden wiederum nicht erfasst, wenn sie weder antisemitisch noch NS-verharmlosend waren.

Wahlkampf ohne bedeutende Intervention der organisierten Rechten

Die Sachbeschädigungen haben mit 25 Meldungen wieder stark zugenommen (2020: 5; 2019: 13). Im letzten Jahr wurden 8 Veranstaltungen im Bezirk registriert (2020: 4; 2019: 16). In beiden Fällen steht der Anstieg überwiegend in Verbindung mit dem Wahlkampf. Allerdings blieben größere

Mobilisierungen wie Kampagnen oder Demonstrationen durch die extreme Rechte aus. Lediglich die Neonazipartei und -organisation „Der III. Weg“ organisierte mehrere Infotische mit bis zu 30 Unterstützern aus Berlin und Brandenburg. Zur Wahl in die BVV trat sie jedoch nicht an. Auch die NPD blieb wenig aktiv, mit einem Kandidaten für das Abgeordnetenhaus, der nur 0,6 Prozent der Stimmen erhielt. Auf eine allgemein aggressive Stimmung in Wahlkampfzeiten verweisen mehrere Meldungen von bedrohlichem und gewaltvollem Vorgehen gegen Wahlhelfer*innen und Kandidat*innen demokratischer Parteien. So wurde eine Wahlkampf Helferin der Partei Die Grünen im August während eines Infostandes am Ringcenter so stark geschubst, dass sie blaue Flecken davontrug.

Besonders brutale Angriffe

Trotz einer Untererfassung (siehe Kasten S. 6) der Gewalttaten in Berlin und dadurch einem Rückgang der Angriffe in fast allen Bezirken, wurden 27 Angriffe (2020: 25; 2019: 28) und 46 Bedrohungen, Beleidigungen, Pöbeleien (2020: 43; 2019: 38) in Lichtenberg erfasst. Das bedeutet, dass durchschnittlich alle fünf Tage eine Person im Bezirk von gewaltvoller Diskriminierung betroffen war, meist mit rassistischem Motiv. Dabei war die Qualität der Vorfälle alarmierend. Drei Angriffe mit Schusswaffen wurden gemeldet, zweimal wurden Messer verwendet, zwei Kinder wurden mit abgebrochenen Flaschen attackiert und eine Muslima von einem hochliegenden Balkon mit einem Aschenbecher beworfen. Ein Obdachloser wurde von mehreren Personen lebensgefährlich verprügelt. Auch über den Bezirk hinaus erlangten zwei Angriffe Aufmerksamkeit, in denen Betroffene selbst die Situationen gefilmt hatten: Dabei wurde eine transfeindliche Todesdrohung und eine rassistische Spuckattacke gegen einen Vater mit Kleinkind dokumentiert.

19. Januar 2021

In der Eitelstraße wurde eine Person im Vorbeigehen von einem etwa 40-jährigen Mann von einem Balkon aus mit dem Satz „Da ist die Dreckszecke wieder“ angeschrien.

Quelle: Lichtenberger Register

2. April 2021

Zwei Großplakate von „Hohenschönhausen gegen Rassismus“ wurden mit dem Schriftzug „Fuck Islam“ beschmiert.

Quelle: Lichtenberger Register

12. Juni 2021

Der „III. Weg“ führte am Vormittag zwischen 9:00 und 11:00 Uhr einen Stand am Prerower Platz durch. Er wurde von sechs Personen betrieben. Im Anschluss an die Stände wurden zahlreiche Sticker im Umfeld der Stände gemeldet.

Quelle: Lichtenberger Register

18. August 2021

Eine Wahlkämpferin der Grünen wurde gegen 18:30 Uhr am Ring-Center in der

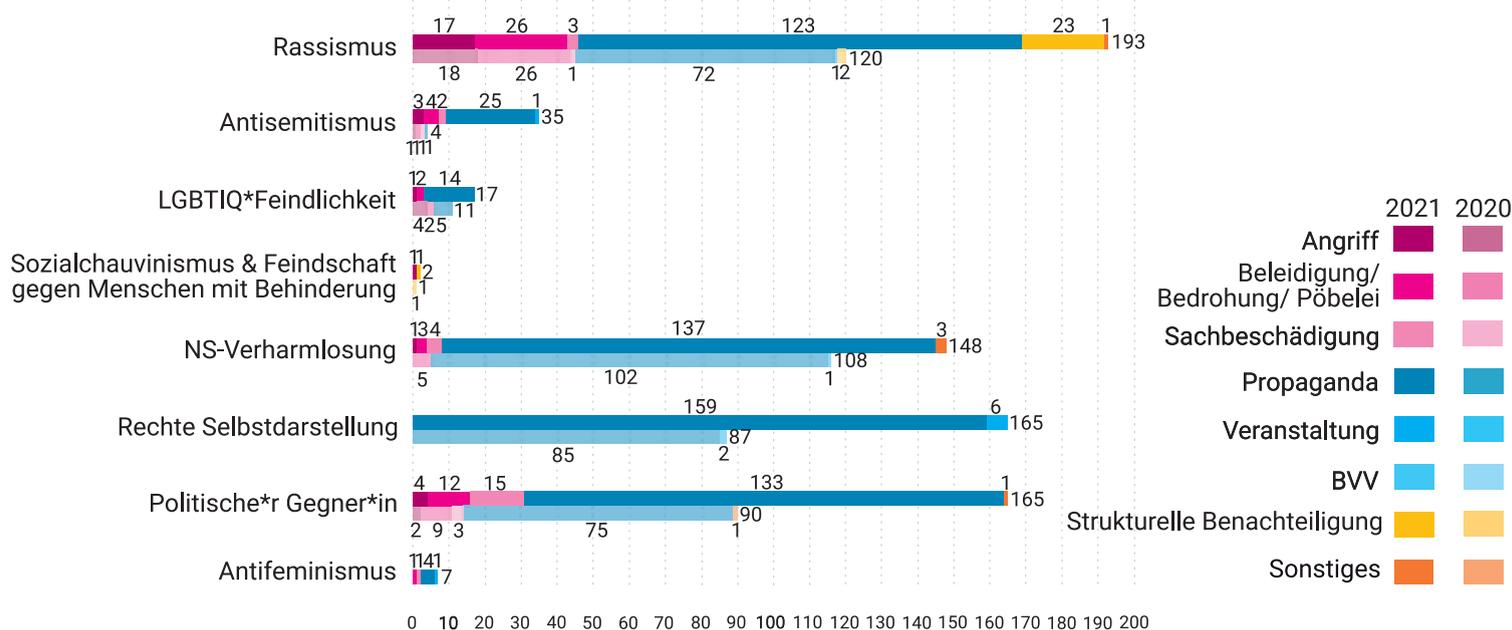
Frankfurter Allee von hinten so gestoßen, dass sie blaue Flecke davontrug.

Quelle: Grüne Lichtenberg

26. Dezember 2021

Am Impfzentrum an der Trabrennbahn Karlshorst wurde auf einem Infoschild ein Davidstern mit einem Ausrufezeichen hinterlassen. Es kommt öfter vor, dass politische Gegner*innen in antisemitischer Weise mit Davidsternen als Feinde markiert werden.

Quelle: Lichtenberger Register



Lichtenberg Mitte bleibt Schwerpunkt von Meldungen

Mit 305 Meldungen ereignete sich ein Großteil der Vorfälle in Lichtenberg Mitte (2020: 195). Dies hängt mit hohen Propagandazahlen in der Gegend Weitlingkiez und Rummelsburg zusammen. Zudem fanden hier die meisten Angriffe und Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien statt. Mit Abstand dahinter folgt Lichtenberg Nord mit 196 Meldungen (2020: 107). Auch hier ging die Steigerung vor allem auf Propaganda zurück. Auffällig sind hier 12 Meldungen von antiziganistischer struktureller Benachteiligung, die sich auf das Jobcenter beziehen. In diesen Fällen wurde es Menschen entweder erschwert oder komplett verweigert, die ihnen zustehenden Zahlungen zu erhalten.

Die Steigerung in Neu-Hohenschönhausen von 65 Meldungen in 2020 auf 87 in 2021 lässt sich vor allem mit der Zunahme von Propaganda-Aktivitäten erklären. Angestiegen sind auch die Vorfälle in Alt Hohenschönhausen (2021: 76; 2020: 26). Auffällig bleibt hier das Auftreten einer Neonazi-Sprühercrew namens "Antifa Hunter Miliz", die auch in anderen Bezirken das Kürzel „AHM“ sprühten. In Karlsruh wurden 33 Vorfälle erfasst (2020: 15). Hier wurde gemeldet, dass bei einem Flohmarkt NS-Devotionalien verkauft wurden.

Keinem Ortsteil zuzuordnen und deshalb in der Kategorie "bezirkswweit" wurden 26 Vorfälle (2020: 7) aufgenommen. Dazu zählten 1 Angriff und 10 Bedrohungen, deren Tatorte auf Wunsch der Betroffenen nicht konkreter benannt wurden. Im Internet zählte das Register 7 Vorfälle (2020: 6), darunter mehrere rassistische Veröffentlichungen auf Social-Media-Profilen, anlässlich der Internationalen Woche gegen Rassismus.

Hohe Sichtbarkeit der extremen Rechten, trotz weniger Mitglieder

Im Kontext der organisierten Neonaziszene ließ sich beobachten, dass die älteren Organisationen wie die NPD, deren Jugendorganisation JN und Kameradschaften im Vergleich zu den Nuller- und Zehnerjahren weiterhin deutlich an Präsenz verlieren. Dies bildet sich auch im Wahlkampf und -ausgang ab.

Diese Lücke versucht die Neonazikleinstpartei „Der III. Weg“ im Bezirk zu füllen, die kontinuierlich Präsenz zeigte. Obwohl sie nicht an den Wahlen teilnahm, fiel sie mit Veranstaltungen und regelmäßigen Propaganda-Touren auf. Mit seinen Bemühungen steht „Der III. Weg“ im Bezirk noch am Anfang. Ein personell bedeutender Mitgliederzuwachs konnte bislang noch nicht beobachtet werden. Aufgrund ihrer Aktivitäten und ihrer Ausrichtung als klassische Neonazi-Gruppierung wird sie weiterhin eine zentrale Herausforderung für Zivilgesellschaft und Lokalpolitik darstellen. Weitere Akteur*innen ohne klare Zugehörigkeit zu extrem rechten Organisationen traten mit Hakenkreuzen und anderen Neonazi-Schriftzügen sowie mit im Internet bestellten Aufklebern oder Flugblättern fast täglich in Erscheinung.

Mehr Antisemitismus

Auffällig war im Jahr 2021 der Anstieg antisemitischer Meldungen, die sich in Form von 3 Angriffen, 4 Bedrohungen und Beleidigungen, 2 Denkmalschändungen und 25 Propagandafällen zeigte. Die Vorfälle richteten sich gegen Israel und gegen jüdische Sichtbarkeit und standen im Kontext der Corona-Pandemie. Hier verbinden sich antisemitische Inhalte der extremen Rechten

mit Verschwörungsmmythen bezüglich der Corona-Pandemie. Diejenigen, die diese Propaganda verbreiteten, sind nicht zwingend Teil von extrem rechten Organisationen. Ob diese Personen sich hinsichtlich der Aktionsformen radikalisieren oder Anschluss an Neonazi-Gruppierungen suchen, muss weiter beobachtet werden.

Bessere Ausleuchtung des Dunkelfelds

In der Verteilung der gemeldeten Vorfälle spiegelt sich auch die Zahl der Anlaufstellen und Melder*innen des Lichtenberger Registers wider. Besonders in Lichtenberg Mitte und Nord gibt es viele engagierte und gegenüber Diskriminierung sensible Personen. Das Register Lichtenberg hatte im Jahr 2021 eine zusätzliche Förderung. Dadurch konnten erstmalig auch einzelne und bis zu vier Aufkleber erfasst werden. Die an die anderen Registerstellen angepasste Zählweise trug dazu bei, dass mehr als 200 Propagandafälle zusätzlich erfasst werden konnten und dadurch das Lagebild differenzierter war.

Durch Meldungen von Kooperationspartner*innen wurden Vorfälle von struktureller Benachteiligung bekannt, die auf Diskriminierung in den Bereichen bezirklicher Behörden, Bildungseinrichtungen und Wohnungsmarkt verweisen. Hier fallen besonders die 12 Meldungen antiziganistischer Benachteiligung im Jobcenter Lichtenberg und insgesamt 10 Vorfälle von rassistischer Diskriminierung bei der Wohnungssuche oder im Umfeld des eigenen Wohnraums auf. Trotz der Untererfassung der Angriffe berlinweit ist die Zahl der Gewaltvorfälle in Lichtenberg gestiegen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich zunehmend betroffene Menschen und Zeug*innen direkt an die Registerstelle wenden.

Antifeminismus als neue Kategorie

Im Jahr 2021 haben die Registerstellen mit Antifeminismus eine neue inhaltliche Kategorie für Vorfälle eingeführt. Seit vielen Jahren, wenn nicht sogar seit Entstehen der Registerstellen, gab es den Wunsch von Frauengruppen und Mitarbeiterinnen in Jugendeinrichtungen, dass sexistische oder frauenfeindliche Vorfälle erfasst werden sollten.

Bisher wurde dieser Themenbereich aus pragmatischen Gründen nicht abgedeckt. Es bestand die Sorge, dass die knappen Arbeitsstunden der bezirklichen Registerstellen nicht ausreichen würden, um den alltäglichen Sexismus umfassend zu dokumentieren. Da die Bedeutung des Antifeminismus für die extreme Rechte gestiegen ist, haben wir uns dafür entschieden, Antifeminismus zu erfassen und mit zwei Wissenschaftlerinnen eine Arbeitsdefinition geschrieben, die uns im Alltag hilft, Antifeminismus von anderen Themen zu unterscheiden. (Definition siehe Kasten 1)

Erste Reaktionen auf die Ankündigung

Nachdem wir im Juni 2021 in verschiedenen sozialen Netzwerken angekündigt hatten, dass antifeministische Vorfälle in Zukunft in unserer Chronik veröffentlicht und ausgewertet werden können, stießen wir auf viel positives Interesse, aber auch auf Menschen, die sich dadurch benachteiligt fühlten. Der Tweet, der diese neue Kategorie ankündigte, war der erfolgreichste, also am meisten geteilte und angeklickte, den wir bis dahin jemals mit den Registern veröffentlicht hatten. Neben interessierten Projekten, die ebenfalls zu Antifeminismus arbeiten, unseren Kooperationspartner*innen und Gleichstellungsbeauftragten aus den Berliner Bezirken fühlten sich einige Menschen angesprochen, die ihre Perspektive auf die Diskriminierung von Männern schilderten. Über verschiedene Kommunikationswege erreichten uns Meldungen zu Problemen bei der Ausübung des Sorgerechts durch Väter oder Beschwerden über Sauna- und Sportbereiche für Frauen. Nach dem ersten Monat verstummten diese Stimmen und es meldeten sich vereinzelt Frauen, die sexuelle Übergriffe beschrieben oder sexistisches Verhalten von Männern ihnen gegenüber. Diese Vorfälle erscheinen zwar nicht in der Chronik, aber sie werden in einer separaten Liste erfasst, damit sie ausgewertet werden können.

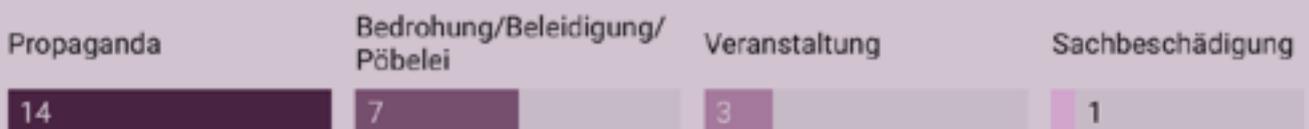
Erste Ergebnisse

Für das Jahr 2021 wurden 25 Vorfälle erfasst, bei denen das Motiv Antifeminismus im Vordergrund stand. Nicht in die Auswertung einbezogen wurden 8 Meldungen von sexistischem Verhalten von Männern gegenüber Frauen. Die Gesamtzahl der erfassten Vorfälle in Berlin ist dadurch nicht gestiegen, denn alle 25 Vorfälle, die in die Bewertung eingegangen sind, wären vorher in anderen Kategorien wie LGBTIQ*-Feindlichkeit, Rassismus oder politische*r Gegner*in aufgenommen worden. Das heißt, auf einer rassistischen Demonstration gibt es auch ein antifeministisches Transparent, Wahlplakate können LGBTIQ*-feindlich und antifeministisch sein und im Internet werden Frauen aus der Umweltbewegung angegriffen, weil sie politische Gegnerinnen der extremen Rechten sind. Diese Vorfälle wurden vorher den Kategorien Rassismus, LGBTIQ*-Feindschaft oder politische*r Gegner*in erfasst. Bisher wirkt es so, als würde Antifeminismus eine Begleiterscheinung sein, nicht das Hauptmotiv im strategisch organisierten, politischen Handeln.

In mehr als der Hälfte der Vorfälle handelte es sich um Propaganda. Es wurden 7 Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien gemeldet. In 3 Veranstaltungen stand Antifeminismus im Vordergrund und es wurde eine Sachbeschädigung aufgenommen.

Durch die Neugestaltung der Datenbank der Registerstellen gibt es nun die Möglichkeit, neben einem Hauptmotiv weitere Motive anzugeben. Dadurch kann das Verhältnis von unterschiedlichen Diskriminierungsfeldern zueinander besser untersucht werden. Voraussichtlich wird die Zahl der Meldungen im Bereich Antifeminismus aufgrund wachsender Bekanntheit in Zukunft steigen, so dass eine tiefere Analyse möglich wird. Die bisher dokumentierten Vorfälle sind zu wenige, um konkrete Aussagen zu treffen.

Antifeministische Vorfälle 2021



Arbeitsdefinition von Antifeminismus der Berliner Registerstellen

Antifeminismus ist eine Gegnerschaft zu feministischen Emanzipationsbestrebungen. Er richtet sich beispielsweise gegen die Anerkennung und Achtung der gleichen Menschenwürde der Geschlechter, die Verwirklichung der geschlechtlichen Gleichstellung in allen Lebensbereichen oder die Forderung nach sexueller und reproduktiver Selbstbestimmung. Antifeminismus ist eine Reaktion auf die Gesamtheit oder einzelne Aspekte feministische Anliegen. Antifeminismus ist zumeist ein wesentlicher Bestandteil rechtspopulistischer und extrem rechter politischer Strategien und Ideologien. Er hat bei Tätern extrem rechter Terroranschläge als Bestandteil ihrer Ideologie an Bedeutung zugenommen. Deswegen dokumentieren die Berliner Register Antifeminismus ab dem Jahr 2021.

Antifeminismus spielt überregional bei rechten Terroranschlägen, aber auch in der Kommunikation in sozialen Netzwerken eine große Rolle. Beispiele dafür sind der Terroranschlag auf sozialdemokratische Jugendliche auf der norwegischen Insel Utøya (2011), der Terroranschlag auf muslimische Menschen in der neuseeländischen Stadt Christchurch (2019), der antisemitische Anschlag in Halle (2019) und der rassistische Anschlag in Hanau (2020). In den sozialen Netzwerken werden Politikerinnen, Aktivistinnen und Publizistinnen gezielt mit Hetzkampagnen, Shitstorms und Bedrohungen überzogen.

Beispiele sind Kampagnen gegen die Politikerinnen Renate Künast, Sawsan Chebli, Anne Helm, Angela Merkel, Annalena Baerbock und die Drohbriefe des „NSU 2.0“ (2018 bis 2021).

Antifeminismus überschneidet sich teilweise mit Phänomenen, die nicht von den Registern dokumentiert werden. Dazu gehören Sexismus, Frauenfeindlichkeit und Misogynie. Misogynie ist die grundsätzliche Vorstellung der Minderwertigkeit von Frauen und als weiblich erkannten Menschen. Sexismus ist eine Alltagserscheinung, die sich in Handlungen wie sexueller Belästigung, Benachteiligung, Abwertung und körperlicher Gewalt, aber auch in strukturellen und institutionellen Benachteiligungen zeigt.

Zusätzlich kann Antifeminismus auch mit Rassismus, Antisemitismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit und anderen Formen von Diskriminierung zusammenwirken. Auch werden z.B. beim sogenannten „Marsch für das Leben“ Schwangerschaftsabbrüche mit der Shoa gleichgesetzt und somit die Shoa verharmlost.

Ein Vorfall wird unter Antifeminismus dann von den Berliner Registern erfasst, wenn dieser:

- ereignisbezogen stattfindet (z.B. Veranstaltung, Angriff) oder organisiertes Vorgehen ist (z.B. soziale Netzwerke, Organisationen, Akteur*innen, religiöser Fundamentalismus) und zusätzlich
- als kultureller Kampf mit klaren Botschaften erkennbar wird oder als Teil einer politischen Strategie identifiziert werden kann.
- Antifeministische Ereignisse zeichnen sich aus durch ein gezieltes Vorgehen gegen ...
- bestimmte Einrichtungen, die Interessen von Frauen vertreten, z.B. Frauenhäuser, Beratungsstellen, ausgewählte Geschäfte
- gegen politische Akteur*innen, z.B. Politiker*innen, feministische Aktivist*innen, Publizist*innen und oder feministische Gruppen
- bestimmte Berufsgruppen, z.B. Sexarbeiter*innen
- ausgewählte Frauen, insbesondere gegen Lesben, gegen inter Menschen, gegen trans Menschen
- Kritiker*innen von bestehenden geschlechtlichen Machtverhältnissen und von Diskriminierung
- politische Instrumente der Verwirklichung der Gleichstellung aller Geschlechter als Verfassungsauftrag (z.B. Gender Mainstreaming, Gender Budgeting, gesetzliche Umsetzung internationaler Verträge zum Schutz von Frauen, sexuelle Selbstbestimmung).

Beispiele:

24. Juni 2021 - Internet

Ein Twitter-User verbreitete eine antifeministische Grafik im Internet. Sie richtete sich gegen Nachwuchs-Politikerinnen der Partei Bündnis '90 / Die Grünen. Dies geschah unter einem Tweet der Berliner Register zum Thema „Antifeminismus“ als Twitter-Antwort. Unter diesem organisierten sich Personen, die die Grafik diskriminierend kommentierten. Diese wurde dazu genutzt, das Thema sowie politisch engagierte Frauen lächerlich zu machen.
Quelle: Twitter 24.06.2021

13. September 2021 - Lichtenberg

Vor dem Familienplanungszentrum im Mauritiuskirchcenter verteilten Abtreibungsgegner*innen Flugblätter und belästigten laut Augenzeug*innen Beratungssuchende.

Quelle: Die Grünen Lichtenberg

13. November 2021 - Hohenschönhausen

In der Gegend um die Zingster Straße verteilte ein extrem rechter Funktionär Flugblätter gegen „Gender-Mainstreaming“ in Briefkästen.

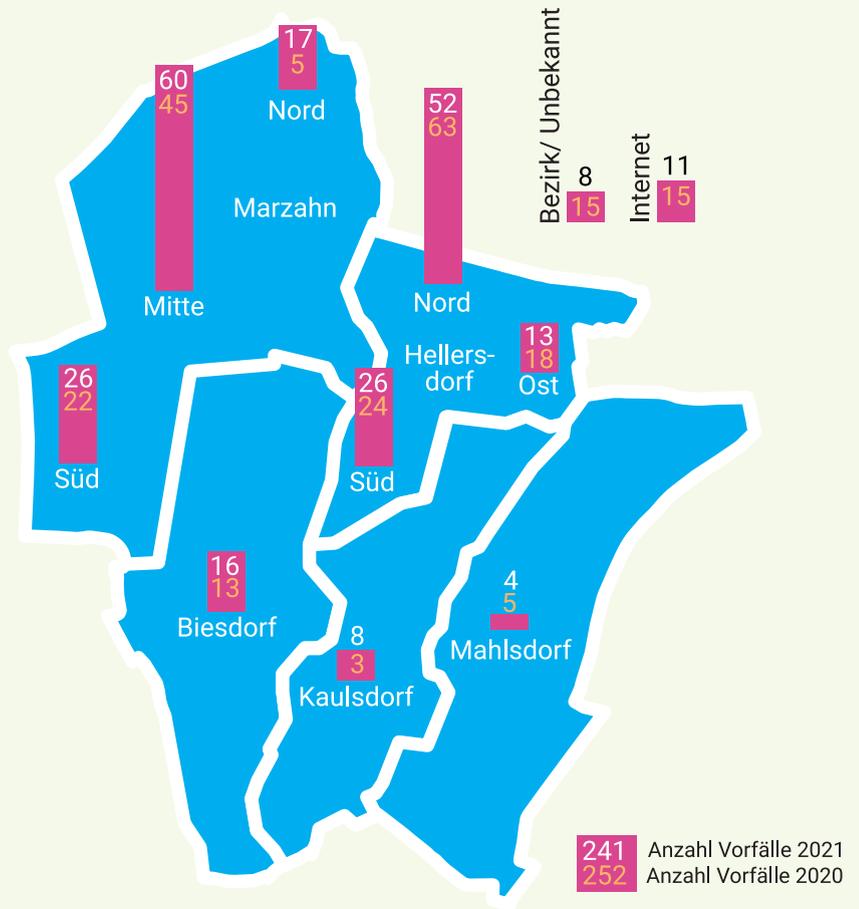
Quelle: Lichtenberger Register



Marzahn-Hellersdorf

Am östlichen Rand von Berlin liegt Marzahn-Hellersdorf. Der Bezirk zählt knapp 280.000 Einwohner*innen und weist in seinen Regionen (Marzahn-Nord, Marzahn-Mitte, Marzahn-Süd, Biesdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Hellersdorf-Nord, Hellersdorf-Ost und Hellersdorf-Süd) eine sehr heterogene Struktur der Bewohner*innen auf.

Neben dem größten zusammenhängenden Plattenbaugelände Europas ist Marzahn-Hellersdorf mit den „Gärten der Welt“ einer der grünen Berliner Bezirke. Ebenfalls gibt es eine der größten Einfamilienhaussiedlungen. Seit Jahren gibt es im Bezirk eine aktive extrem rechte Szene, die zwischen 2013 und 2015 ein vergleichsweise hohes Mobilisierungspotenzial mit rassistischen Themensetzungen aufweisen konnte. Die Zahl der gemeldeten Vorfälle ist mit 252 im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr um rund 60% (98 Vorfälle) gestiegen. Diese Entwicklung ist in erster Linie Folge des Anstieges der registrierten Propaganda-Vorfälle.



Zerstörte Gedenktafel für ein Opfer rechter Gewalt

Entfernte „III. Weg“-Aufkleber



Kontakt:

Register Marzahn-Hellersdorf

Stiftung SPI
Frankfurter Allee 35 – 37
10247 Berlin

Tel.: 030 - 99 27 50 98
Mobil: 0172 - 8695497
Mail: register-mh@stiftung-spi.de
Twitter: @RegisterMaHe
Instagram: @RegisterMaHe

Die Zahl der gemeldeten Vorfälle in Marzahn-Hellersdorf ist mit 241 im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr (252 Vorfälle), trotz neuer Meldestellen, relativ konstant geblieben. Für diese Entwicklung sind in erster Linie zwei Ursachen zu nennen: Zum einen leben einige zentrale Akteure der extremen Rechten inzwischen nicht mehr Bezirk bzw. haben ihre Aktivitäten in andere Regionen, wie Mitte, Pankow oder Brandenburg verlagert. Zum anderen spiegeln sich die pandemiebedingten Einschränkungen des öffentlichen Lebens wider. Ab Herbst 2021 nahm die Anzahl der Meldungen erheblich zu (92 Vorfälle von September bis Jahresende). Dies steht vor allem im Zusammenhang mit der verstärkten Präsenz der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“.

Auswertung nach Art der Vorfälle

Insgesamt ist die Zahl der gemeldeten Angriffe (2020:17; 2021:11), Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien (2020:33; 2021:26) sowie Propaganda (2020:186, 2021:164) im Gesamtjahr 2021 gesunken. Der Rückgang der Zahlen hat unterschiedliche Ursachen. In Bezug auf Gewalttaten gibt es berlinweit eine Untererfassung (siehe Kasten S. 6). Außerdem war die NPD weniger aktiv. Es fanden pandemiebedingt antifaschistische Protest-Veranstaltungen statt, bei denen es nicht so häufig wie in der Vergangenheit zu direkten Konfrontationen mit Neonazis kam. Die extreme Rechte im Bezirk versuchte weiterhin bei den Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie auf Mitstreiter*innen zu treffen. Die Akteur*innen dieser Proteste im Bezirk sind nicht Teil der rechten Szene, haben aber teilweise Sympathien mit dieser.

Zugenommen hat hingegen die Anzahl der Sachbeschädigungen (2020: 5; 2021: 11). So wurden rund um das Mahnmal für

ehemalige NS-Zwangsarbeiter*innen am Wuhlewanderweg in Biesdorf ab Herbst 2021 mehrfach LGBTIQ*-feindliche und NS-verherrlichende Schmierereien festgestellt. Weiterhin kam es wiederholt zu Sprühereien neonazistischer Symboliken in Hellersdorf.

Ebenso waren mehr Vorfälle struktureller Benachteiligung in Schulen und behördlichen Institutionen zu verzeichnen (2020:4; 2021:10). Das hauptsächliche Motiv für die dokumentierten Vorfälle von struktureller Benachteiligung war Rassismus. Diese Fälle stammen aus anonymisierten Daten von Beratungsstellen aus dem Bereich Antidiskriminierung, die den Registerstellen zur Verfügung gestellt werden.

Ein erheblicher Anstieg ist bei der Anzahl extrem rechter und verschwörungsideologischer Veranstaltungen im Bezirk zu verzeichnen. Sowohl im Wahlkampf 2021 als auch darüber hinaus, wurden mehrere Informationsstände extrem rechter Parteien („Der III. Weg“, NPD) festgestellt. Zudem fanden zeitweise wöchentlich verschwörungsideologische Autokorsos und Versammlungen statt, in deren Rahmen es zu Bedrohungen politischer Gegner*innen sowie antisemitischen und NS-verharmlosenden Aussagen kam. An den Versammlungen beteiligten sich teilweise auch neonazistische Akteur*innen aus dem Bezirk.

Auswertung nach Inhalt der Vorfälle

Der Wahlkampf zum Bundestag, zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksparlamenten (BVV) sowie die vermehrten Aktivitäten der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ spiegeln sich auch in der inhaltlichen Zuordnung der Vorfälle wider. Vor allem die Selbstdarstellung rechter Akteurinnen und Akteure ist angestiegen (2020: 52; 2021: 68), beispielsweise durch

Sticker, die extrem rechte Organisationen bewarben. Weiterhin hoch sind die Zahlen NS-verharmlosender und -verherrlichender Vorfälle (2020:69; 2021:49). Neben Schmierereien extrem rechter Zahlencodes (z.B. „88“, was als Abkürzung für den achten Buchstaben im Alphabet, also „Heil Hitler“, benutzt wird) und Hakenkreuzen sind viele dieser Vorfälle auf verschwörungsideologische Versammlungen und Propaganda zurückzuführen. In diesem Zusammenhang wurden auch einige antisemitische Vorfälle dokumentiert (2020:10; 2021:11).

Die Anzahl gemeldeter rassistischer Vorfälle ist hingegen zurückgegangen (2020: 78; 2021: 58). Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, dass es eine Untererfassung von angezeigten Straftaten für das Jahr 2021 gab (siehe Kasten S. 6). Das Thema Rassismus ist weiterhin relevant, wie beispielsweise die vermehrte rassistische Propaganda nach dem Neubezug von Unterkünften für afghanische Geflüchtete im Bezirk zeigt. Dass Rassismus als Thema anschlussfähig ist, haben die Mobilisierungen gegen Geflüchtetenunterkünfte Mitte der 2010er Jahre gezeigt. Damals demonstrierten wöchentlich bis zu 1000 Menschen gemeinsam mit Neonazis im Bezirk.

Die neu von den Berliner Registern eingeführte Vorkategorie „Antifeminismus“ weist drei Vorfälle im Bezirk im Jahr 2021 auf. Neben antifeministischer Propaganda wurden zwei Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien im Rahmen einer Versammlung am „Tag gegen Gewalt an Frauen“ durch zwei Männer festgestellt. Die vergleichsweise niedrigen Zahlen im Bereich Antifeminismus hängen wahrscheinlich auch damit zusammen, dass die neue Kategorie noch nicht so stark im Bewusstsein der Melder*innen

17. Juli 2021

Ein AfD-Abgeordneter aus Marzahn-Hellersdorf hat die Teilnehmenden einer LGBTIQ*-Parade in Marzahn gefilmt und anschließend in einem Video im Internet diffamiert.

Er behauptet in diesem Video, die Veranstaltung sei von „Linksextremen“ organisiert und würde sich in Wirklichkeit „gegen die Rußlanddeutschen“ in Marzahn-Hellersdorf richten, indem behauptet werde, diese seien homofeindlich. Weiterhin behauptet der

AfD-Abgeordnete, es handle sich um einen „Krawallmarsch“. Gleichzeitig sagt er, die „wahre Bedrohung“ für LGBTIQ* käme von „Moslems“.

Quelle: Register ASH

18. August 2021

In Marzahn wurde eine Gedenktafel zerstört, die zum Gedenken an einen ermordeten Mann aus Vietnam in der Nähe des Tatorts angebracht wurde.

Quelle: Register ASH

30. September 2021

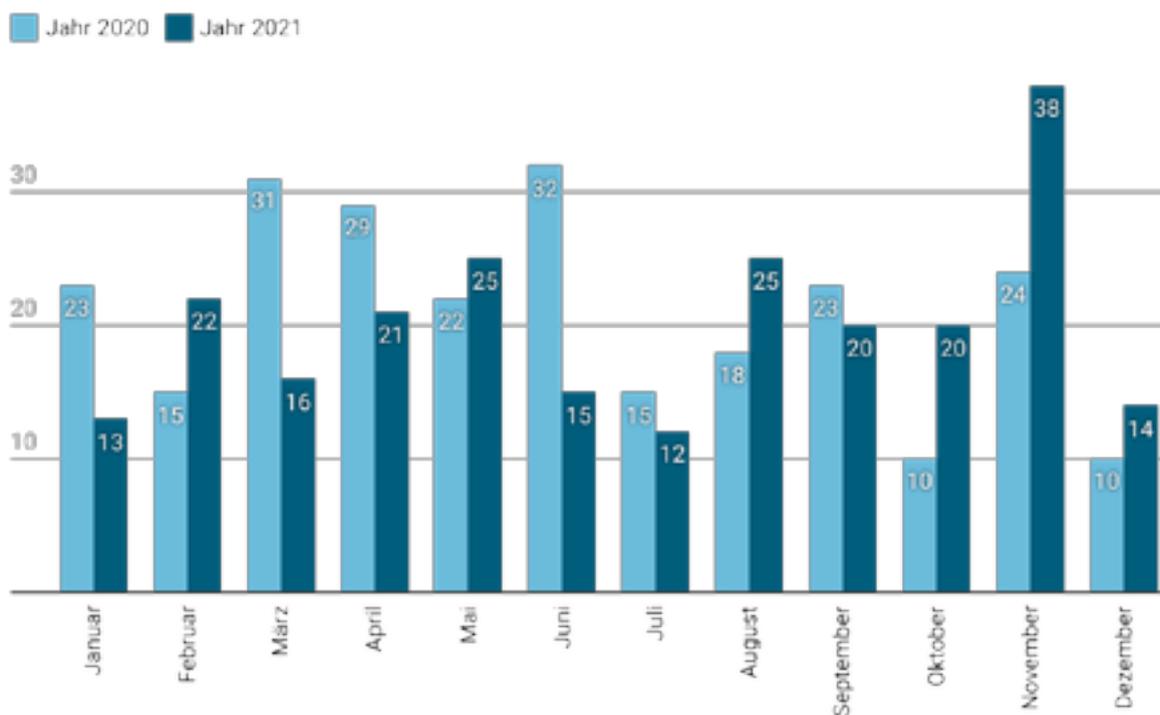
Auf einem Supermarktparkplatz in Kaulsdorf wurde eine Person von einem Autofahrer behindertenfeindlich beleidigt.

Quelle: Augenzeug*in / Register Marzahn-Hellersdorf

24. November 2021

Eine kürzlich reaktivierte Unterkunft für Geflüchtete in der Dingolfinger Straße wurde aus einem Auto heraus mit Feuerwerkskörpern beschossen. Einige

Verteilung der Vorfälle über die Monate



verankert ist. Leicht zugenommen haben Meldungen LGBTIQ*-feindlicher Vorfälle. Neben den oben erwähnten wiederholten Schmierereien in Biesdorf war ein Vorfall in einem Marzahner Krankenhaus besonders erschütternd. Dort wurden heimlich Bilder einer schwerverletzten trans Frau aufgenommen, die kurz darauf an den Folgen ihrer Verletzungen verstarb. Die Bilder sind anschließend in sozialen Netzwerken veröffentlicht worden. Das Ablichten und das Teilen der Bilder nahmen der Verstorbenen ihre Menschenwürde.

Auswertung nach Ort der Vorfälle

Wie schon in den Vorjahren fanden nahezu alle dokumentierten Vorfälle, unabhän-

gig von Art und Inhalt, im Jahr 2021 im öffentlichen Raum statt. Lokale Schwerpunkte der Meldungen im Gesamtbezirk Marzahn-Hellersdorf sind weiterhin in den Großsiedlungen in Hellersdorf-Nord (2020: 63; 2021: 52) und Marzahn-Mitte (2020: 45; 2021: 60). Dies dürfte u.a. daran liegen, dass in diesen Regionen eine höhere Bevölkerungsdichte herrscht und die öffentliche Infrastruktur (Einkaufsmöglichkeiten, ÖPNV etc.) engmaschiger ist, wodurch mehr Vorfälle beobachtet und gemeldet werden können. In Marzahn-Mitte sind 2021 die meisten Vorfälle zu verzeichnen. Zugleich haben sich die Vorfälle in Marzahn-Nord mehr als verdreifacht (2020: 5; 2021: 17). In Mar-

zahn-Mitte befindet sich das EASTGATE-Einkaufszentrum, die BVV hat ihren Sitz hier und im Wohngebiet um den Blumberger Damm war die extrem rechte Kleinstpartei „Der III. Weg“ besonders aktiv.

In Marzahn-Nord sind zum einen neue Menschen hinzugekommen, die Vorfälle melden, zum anderen starteten von dort vier Autokorsos. Von den 52 gemeldeten Vorfällen in Hellersdorf-Nord, hierzu gehört zum Beispiel die Helle Mitte, sind allein 15 der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ zuzuordnen, in Marzahn-Mitte sogar 20 von 60. In Hellersdorf Ost und Süd sind die Vorfälle gemeldet hingegen gesunken (Ost 2020:18; 2021:13; Süd

Bewohner*innen bemerkten den Angriff und informierten den Wachdienst. Als dieser sich dem Auto näherte, entfernten sich die Angreifer*innen.
Quelle: Augenzeug*in / Register Marzahn-Hellersdorf

4. Dezember 2021

Von 10 bis 14 Uhr führte die neonazistische Kleinstpartei „Der III. Weg“ einen Stand vor dem Einkaufszentrum Eastgate in Marzahn-Mitte durch. Am Rande des Informationsstandes ver-

teilten die Neonazis Flyer, um für ihre Partei zu werben. Weiterhin riefen sie zu Kleider- und Sachspenden für deutsche Staatsangehörige auf. Der Stand wurde von rund 20 Angehörigen der Neonazipartei durchgeführt. Darunter befanden sich mehrere einschlägig verurteilte, gewaltbereite Neonazis, wie einer der Hauptverdächtigen extrem rechter Anschläge in Neukölln. Ebenfalls beteiligt waren Neonazis aus dem Neonazi-Kampfsportmilieu und der aktuelle

Bundesvorsitzende der Partei aus Brandenburg.

Quelle: Augenzeug*in / Register Marzahn-Hellersdorf

2020:48; 2021:26). Die bezirklichen Siedlungsgebiete (Kaulsdorf, Mahlsdorf, Biesdorf), in denen größtenteils Einfamilienhäuser stehen, weisen im Vergleich zu den Großsiedlungen niedrigere Fallzahlen auf.

Zusammenfassung & Ausblick

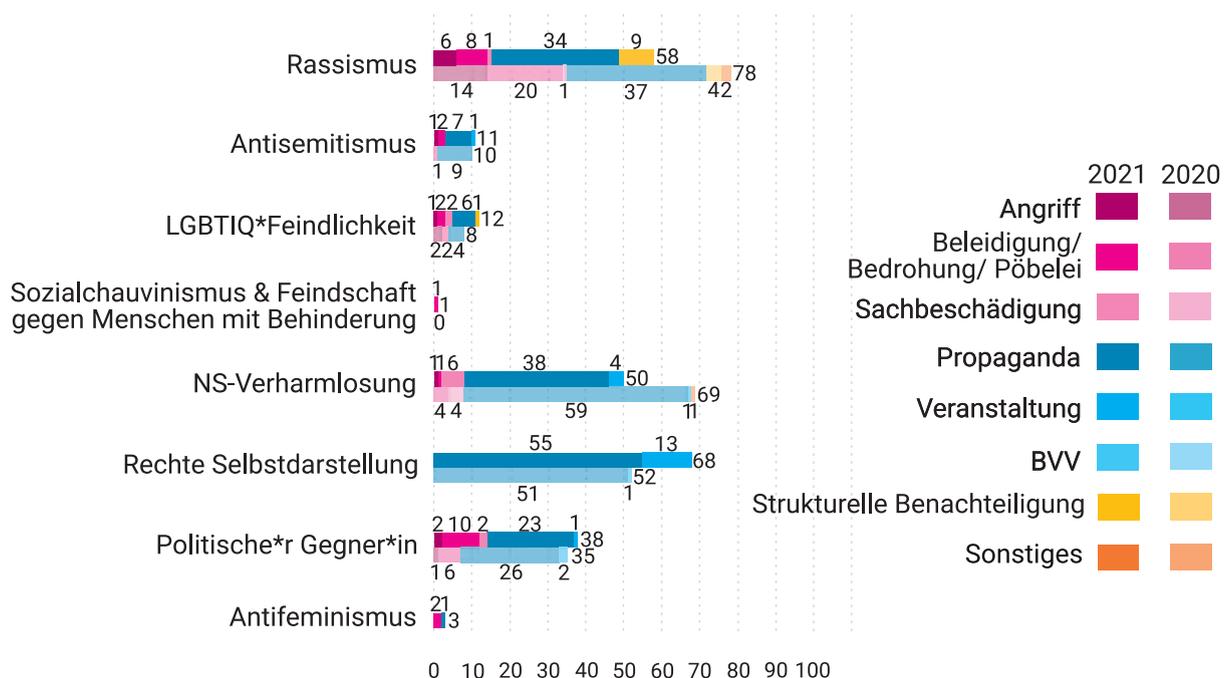
Die Entwicklungen im Jahr 2021 zeigen, dass sich extrem rechte Akteurinnen und Akteure im vergangenen Jahr vor allem auf die Corona-Pandemie als ihr maßgebliches Thema sowie ihre Selbstpräsentation fokussiert haben. Entsprechende rechtsoffene und rechte Versammlungen fanden verstärkt als bezirkliche Autokorosos statt. Akteure aus Marzahn-Hellersdorf beteiligten sich auch in anderen Bezirken, z.B. im Berliner Regierungsviertel an solchen Veranstaltungen. Nicht alle verschwörungsmotivierten Versammlungen und Propaganda-Vorkommnisse wurden im Jahr 2021 als Vorfälle veröffentlicht, da sie teilweise keine explizit diskriminierenden oder extrem rechten Bezüge aufzeigten.

Nichtsdestotrotz zeigen sich in verschwörungsideologischen Kreisen deutliche rechtsoffene Tendenzen sowie zunehmend antidemokratische Einstellungen. Im Frühjahr und Sommer des vergan-

genen Jahres ist die Gesamtanzahl der gemeldeten Vorfälle im Jahresvergleich gesunken. Ab Herbst 2021 nahmen die extrem rechten und diskriminierenden Vorfälle im Bezirk allerdings erheblich zu, was neben dem Wahlkampf vor allem mit der erhöhten Präsenz der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ einherging (59 Meldungen stehen im Zusammenhang mit der Partei). „Der III. Weg“ ist nicht zu den Wahlen angetreten, etabliert aber im Marzahn-Hellersdorf als Sammelbecken für Neonazis, die aktionsorientiert sind. Die meisten Vorfälle wurden in Marzahn-Mitte (60) und Hellersdorf-Nord (52) registriert. Beide Bezirksregionen waren Schwerpunkte von (extrem) rechten und verschwörungsideologischen Parteien im Wahlkampf 2021.

Die konstant hohe Anzahl der gemeldeten Vorfälle zeigt weiterhin Handlungsbedarf für demokratische Akteurinnen und Akteure im Bezirk auf. Eine besondere Herausforderung für die lokale Zivilgesellschaft und die Lokalpolitik sind öffentliche Polemiken und Anfeindungen gegen demokratisch engagierte Menschen und Institutionen, die von extrem rechten Parteien ausgehen. In den vergangenen Jahren sind neue Bündnisse und Initiativen

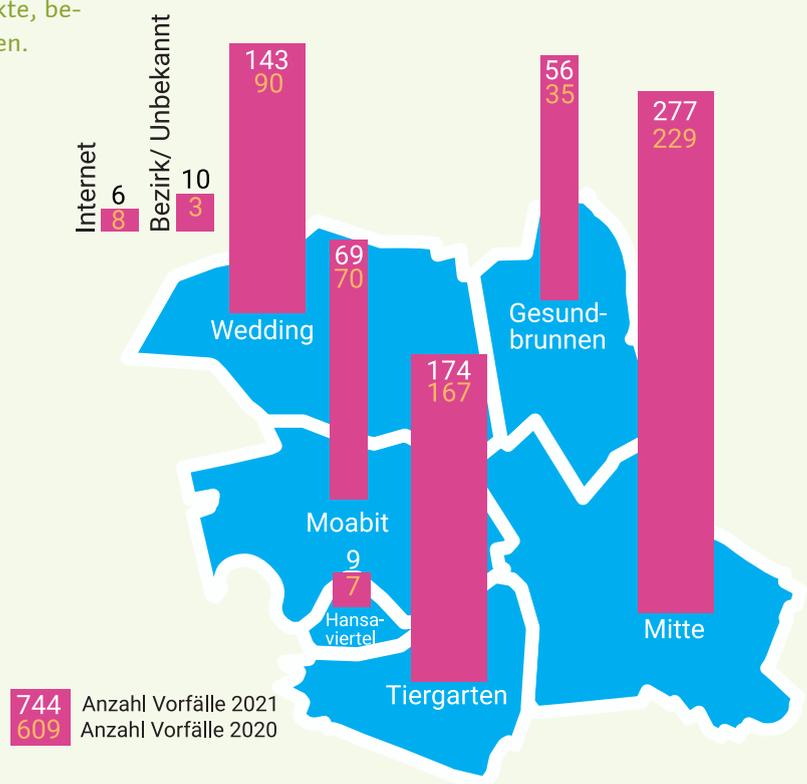
im Bezirk entstanden, die sich gegen neonazistische und extrem rechte Entwicklungen engagieren. Sie tragen zur Dokumentation von Vorfällen im Register bei. Dass weiterhin Handlungsbedarf besteht, zeigen die Aktivitäten der Partei „Der III. Weg“ und die hohe Zahl der rassistischen Vorfälle.



Mitte

Der Bezirk Berlin-Mitte umfasst die Ortsteile Mitte, Moabit, Tiergarten, Wedding, Gesundbrunnen und das Hansaviertel. Im Dezember 2021 hatte er fast 390.000 Einwohner*innen.

Zum Bezirk gehören Regierungsviertel, in denen besonders viele Kundgebungen und Demonstrationen stattfinden, sowie viele Verkehrsknotenpunkte, belebte öffentliche Plätze und Einkaufsgegenden.



NS-Vergleiche bei Querdenken-Demonstration

Neonazi-Aktivist bei Querdenken Unter den Linden



Kontakt:
Registerstelle Berlin-Mitte
NARUD e.V.
Brüsseler Str. 36
13353 Berlin

Tel.: 030 - 40757551
0157 - 76318728
Mail: register@narud.org
Twitter: [@narud_ev](https://twitter.com/narud_ev)

Das Register in Berlin-Mitte dokumentierte im Jahr 2021 insgesamt 744 Vorfälle gegenüber 609 Vorfällen im Jahr 2020 und 645 Vorfällen in 2019. Damit fielen im Bezirk Mitte, wie schon in den letzten vier Jahren, die meisten Vorfälle von allen Berliner Bezirken an. So fand ein Großteil der vielen verschwörungsideologischen Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie im Bezirk mit seinem Regierungsviertel statt. Im zweiten Pandemiejahr war dadurch die Bedrohungslage für Menschen, die von Rassismus, Antisemitismus, LGBTIQ*Feindlichkeit und extrem rechter Gewalt besonders betroffen sind, erhöht. Der um diese Veranstaltungen entstandenen Mischszene von Impfgegner*innen, Esoteriker*innen, Verschwörungsideolog*innen aller Art, Reichsbürger*innen und extremen Rechten ist besonders der erneut hohe Anstieg von antisemitischen und NS-verharmlosenden Vorfällen anzulasten. Zwar ging die direkte Beteiligung auf der Straße gegenüber dem Vorjahr zurück, aber immer noch konnten insgesamt viele Tausende mobilisiert werden und es war auf diesen Veranstaltungen oft eine aggressive Radikalisierung zu beobachten.

Art der Vorfälle

Zwar gingen Angriffe auf 56 zurück (2020: 63; 2019: 96; 2018: 62), was an einer Untererfassung der Gewalttaten für das Jahr 2021 liegt (siehe S. 6), doch die Zahl von Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien blieb mit 170 Vorfällen hoch (2020: 166; 2019: 142; 2018: 136). Angriffe und Beleidigungen fanden wie in den Vorjahren vor allem im Alltag statt, besonders an öffentlichen Orten. Vorfälle im ÖPNV und an den vielen wichtigen Verkehrsknotenpunkten im Bezirk Mitte blieben zwar etwa auf dem Vorjahrsniveau, dafür hatten wie schon im Vorjahr erneut mehr Menschen vor allem von rassistischen Übergriffen durch

Nachbar*innen, bzw. in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zu leiden. Propaganda-Vorfälle wie Aufkleber und Graffitis, mit denen oft versucht wird, ein Revier zu markieren, stiegen jedoch deutlich von 155 auf 256 an, was mit den vielen verschwörungsideologischen Kundgebungen und Demonstrationen zu tun hatte. Wie schon im Vorjahr ereigneten sich auf solchen Demos und Kundgebungen erneut Vorfälle von NS-verharmlosenden und die Shoah relativierenden Vergleichen. Zudem fanden die Veranstaltungen sehr oft unter hoher Beteiligung von extremen Rechten und Reichsbürger*innen statt, oft auch von solchen Gruppierungen mitorganisiert. Der Anstieg von antisemitischen und NS-verharmlosenden Vorfällen ist auf diese Mobilisierungen zurückzuführen. Vor allem deswegen blieb die Zahl der erfassten Veranstaltungen hoch und ging nur leicht von 183 im Vorjahr auf 169 zurück. Sachbeschädigungen, die sich von 2019 auf 2020 deutlich von 28 auf 12 verringert hatten, stiegen nun wieder auf 21 Vorfälle an. Deutlich erhöhten sich uns gemeldete Vorfälle von struktureller Benachteiligung wie Leistungsverweigerungen und vor allem Diskriminierungen an Schulen und bei Behörden von 26 auf 72, von denen 67 rassistisch motiviert waren. Der Anstieg der strukturellen Benachteiligungen resultiert berlinweit aus einem vergrößerten Beratungsangebot bei NARUD e.V. und der intensivierten Kooperation mit anderen Beratungsstellen.

Rassistische Vorfälle stiegen an

Wie schon in den Vorjahren waren besonders viele Vorfälle rassistisch motiviert und diese stiegen insgesamt von 285 (2020) auf nun 307 weiter an. Rassistisch motivierte Angriffe blieben, trotz Untererfassung, mit 34 fast bei der Zahl des Vorjahres mit 35. Die Zahl von erfassten Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien gingen zwar von 110 (2020) auf 101 leicht

zurück, damit blieb aber die in den letzten Jahren deutlich gewachsene Bedrohungslage (2019: 95; 2018: 75) weitgehend erhalten. Zwar wurden uns auch etwas mehr rassistische Propaganda-Vorfälle gemeldet, nun 64 statt 55, doch der Anstieg der erfassten rassistischen Vorfälle ist vor allem darauf zurückzuführen, dass wir nun 67 statt 22 rassistische strukturelle Benachteiligungen erfassen konnten. Rassistisch motivierte Veranstaltungen waren hingegen schon im ersten Pandemiejahr von 113 (2019) auf 56 (2020) zurückgegangen. Nun fanden nur noch 39 solcher Kleinveranstaltungen von zumeist unter 20 Personen statt. Diese wurden aber häufig im Internet gestreamt und über extrem rechte Social-Media-Kanäle verbreitet. Insofern trugen sie zur Verfestigung rassistischer Weltbilder und der Aufrechterhaltung ihrer personellen Netzwerke bei. Die extrem rechten Gruppen, die vorher rassistische Veranstaltungen organisierten, waren in der Pandemie aktiv bei verschwörungsideologischen Kundgebungen und Demonstrationen gegen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie.

Vorfälle von Anti-Schwarzem Rassismus erneut deutlich erhöht

Besonders im Ortsteil Wedding haben sich in den letzten Jahren besonders viele afrikanische Vereine, Geschäfte und Lokale angesiedelt und viele Menschen aus der afrikanischen Diaspora haben hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden. Vorfälle von Anti-Schwarzem Rassismus erhöhten sich im Bezirk Mitte von 68 im Vorjahr auf nun 89. Der Anstieg ist auf Fälle von struktureller Benachteiligung von Schwarzen Menschen zurückzuführen. Erfasste Angriffe verringerten sich zwar von 14 auf 8, Bedrohungen und Beleidigungen von 37 auf 34. Dafür erfassten wir mit 38 statt 7 uns bekannt gewordenen Vorfällen im Jahr 2020 deutlich mehr strukturelle Benachteiligungen. Jede zweite struktu-

3. Mai 2021

Gegen 19.15 Uhr griffen Teilnehmende an einer Verschwörungsideolog*innen-Demo am Brandenburger Tor ein Video-Journalist*innen-Team an. Ein Teilnehmer trat an den Kameramann heran, beleidigt ihn als „Relotiuspresse“ und schlug mit der Hand gegen das Kameraobjektiv.

Quelle: DJU in Verdi

1. September 2021

Eine Schwarze Mutter musste ihre Kinder von einer Schule im Bezirk Mitte nehmen, weil ihre Kinder kontinuierlich von anderen Kindern und Lehrer*innen gemobbt wurden. In Täter-Opfer-Umkehr wurden ihre Kinder beschuldigt und zum Psychiater geschickt, als seien sie das Problem. Die Mutter wurde aufgrund ihrer Migrationsgeschichte und Sprache in den Schulkonferenzen und Gesprächen diskriminiert.

Quelle: NARUD e.V., EOTO e.V.

29. Oktober 2021

BVG-Kontrolleure äußerten sich gegen 7.50 Uhr in der U6 gegenüber einer Frau mit Hijab antimuslimisch-rassistisch und sexistisch. Als eine Zeugin Zivilcourage bewies und der Betroffenen riet, sich an die BVG-Beschwerdestelle zu wenden, wurde sie selbst von den Kontrolleuren rassistisch beschimpft, am U-Bahnhof Wedding zum Aussteigen gezwungen und sie hatte Mühe, von Ihnen ihren Ausweis und ihr gültiges Ticket zurückzuerhalten.

Quelle: Registerstelle Mitte

relle Benachteiligung richtete sich gegen Schwarze Menschen. Sie ereigneten sich am meisten in Bildungseinrichtungen, bei Behörden, im Gesundheitssystem, bei der Wohnungssuche, im Mietverhältnis, in Geflüchteteinrichtungen, am Arbeitsplatz und als Diskriminierung in Geschäften.

Anti-Schwarzer Rassismus an Berliner Schulen

Auch die berlinweiten Zahlen deuten auf eine besonders hohe Gefahr für Menschen afrikanischer Herkunft hin, im Bildungssektor diskriminiert zu werden. Von den erfassten Vorfällen von struktureller Benachteiligung in Berliner Schulen war die Aerial Hälfte durch Anti-Schwarzen Rassismus motiviert. Dazu kamen Beleidigungen und 2 körperliche Angriffe. In einem Fall griff eine Lehrkraft ein schwarzes Kind an einer Grundschule an. Was hier als Einzelfall erfasst wurde, besteht meist aus einem ganzen Bündel von rassistischen Folgeereignissen. Ein häufiges Muster verläuft ungefähr so, dass ein Schwarzes Kind von weißen Kindern rassistisch gemobbt wird, was von Lehrkräften heruntergespielt wird. Das Schwarze Kind bekommt zu hören, sich nicht provozieren zu lassen und wird mit dieser Situation allein gelassen. Wenn es sich dann irgendwann wehrt, wird es in Täter-Opfer-Umkehr zum Störer oder Angreifer erklärt und auf sehr ungleiche Weise sanktioniert. Schwarzen Eltern wird dann häufig unterstellt, überfordert zu sein und ihr Kind nicht angemessen erzogen zu haben. Nicht selten wird dann noch das Jugendamt eingeschaltet, dass meist die dominierende weiße Perspektive der Schulverantwortlichen teilt oder dessen Einschaltung wird als Drohung gegen Schwarze Eltern benutzt, um diese einzuschüchtern, sich nicht gegen die

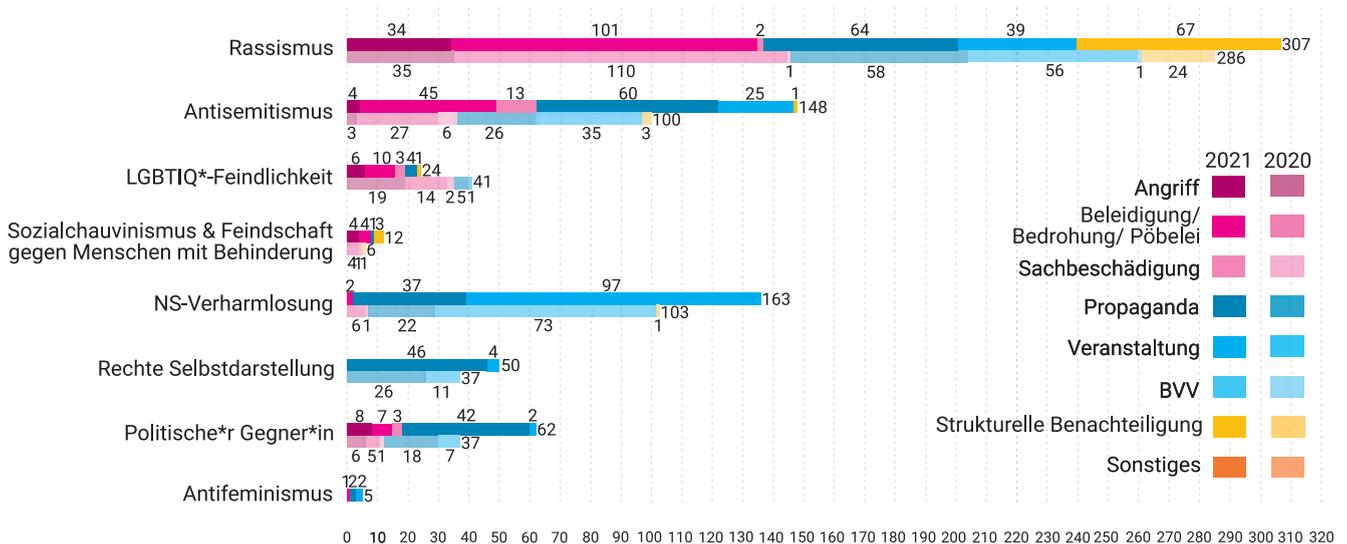
Diskriminierungen zu wehren. Vor allem für afrikanische Neueinwanderer*innen, die noch nicht gut Deutsch beherrschen, stellt dies eine sehr bedrohliche Situation dar. Zumal die Gefahr besteht, dass die Leistungen ihrer Kinder schlechter bewertet werden und die Empfehlung für eine weiterführende Schule darunter leidet. Diskriminierende Einschätzungen bei Schulempfehlungen sind für alle von Rassismus betroffenen Gruppen ein häufiges Problem.

Hoher Anstieg von Antisemitismus im Bezirk Mitte

Antisemitische Vorfälle hatten sich bereits im ersten Pandemiejahr auf 100 deutlich erhöht und stiegen nun weiter stark auf 148 an. Wie im Vorjahr war dies besonders auf verschwörungsideologische Aktivitäten gegen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zurückzuführen. Dies galt 2021 besonders für antisemitische Propaganda-Vorfälle, die von 26 (2020) auf 60 (2021) anstieg. Der überwiegende Teil der antisemitischen Veranstaltungen (25) hatten einen Pandemiebezug. Dabei wurden antisemitische Verschwörungsmythen und die Shoah relativierende Vergleiche verbreitet. Zwei der antisemitischen Veranstaltungen waren Demonstrationen zur Palästina-Solidarität im Mai. Auch beim antifeministischen „Marsch für das Leben“ in Tiergarten wurden mehrere Bagattellisierungen der Shoah und anderer NS-Verbrechen dokumentiert. Antisemitische Bedrohungen und Beleidigungen erhöhten sich von 27 auf 45. Außerdem ereigneten sich 4 antisemitische Angriffe. Antisemitisch motivierte Sachbeschädigungen verdoppelten sich von 6 auf 13.

Wohin bewegt sich die verschwörungsideologische Mischszene?

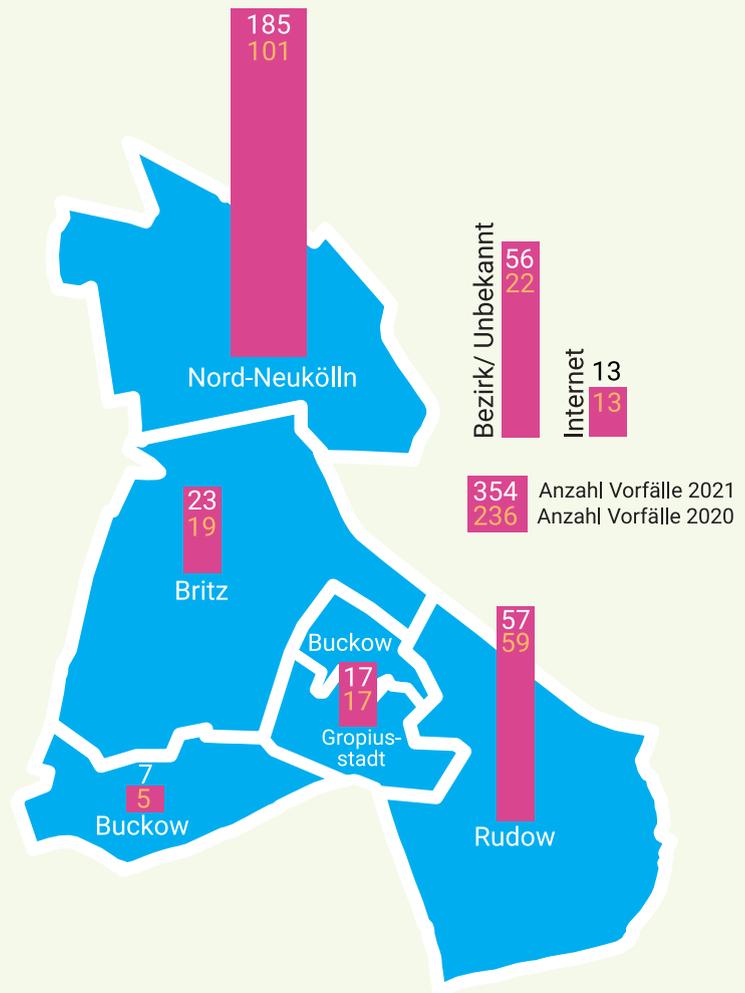
Die Vorfälle in denen der Nationalsozialismus verharmlost wurde stieg an (2021: 136; 2020: 103). Auf 97 verschwörungsideologischen Veranstaltungen wurden NS-Vergleiche verbreitet. Propaganda-Vorfälle stiegen von 22 auf 37 an. Deutlich erhöhten sich auch Vorfälle gegen politische Gegner*innen (2021: 62; 2020: 37), davon 42 Propaganda-Vorfälle aus der extrem rechten und der verschwörungsideologischen Szene. Die Radikalisierung dieser Mischszene zeigte sich in Angriffen und Bedrohungen, die von den Demonstrationen ausgingen und gegen Journalist*innen gerichtet waren. Die Zahl der Demonstrationen und der Teilnehmenden ging zurück, ihre Aktivitäten im Internet blieben. Die Social-Media-Kanäle und „Alternativ-Medien“ bestanden fort und erreichten weiterhin viele Tausend User*innen. Sie standen unter dem Einfluss von extrem rechten Agitator*innen. Mehr Mitstreiter*innen für die extreme Rechte ergaben sich dadurch nicht. Dies beklagten die Parteien NPD und „Der III. Weg“, ebenso wie die AfD und führende Köpfe der Neuen Rechten. Seit der zweiten Jahreshälfte 2021 wird erfolglos versucht mit anderen Themen der extremen Rechten anschlussfähig zu sein, wie beispielsweise mit der Leugnung des menschengemachten Klimawandels und der rassistischen „Umvolkungs“-Ideologie. Doch wenn die Inflation und die Energiepreise steigen, die Krise nicht vorbei ist, sondern stärker spürbar wird und es zu sozialen Verwerfungen kommt, können die Themen der extremen Rechten auf offene Ohren stoßen. Hass auf die Partei Die Grünen, verschwörungsideologische und antisemitische Kapitalismuskritik und Putin-Begeisterung liegen im aktuellen Trend.



Neukölln

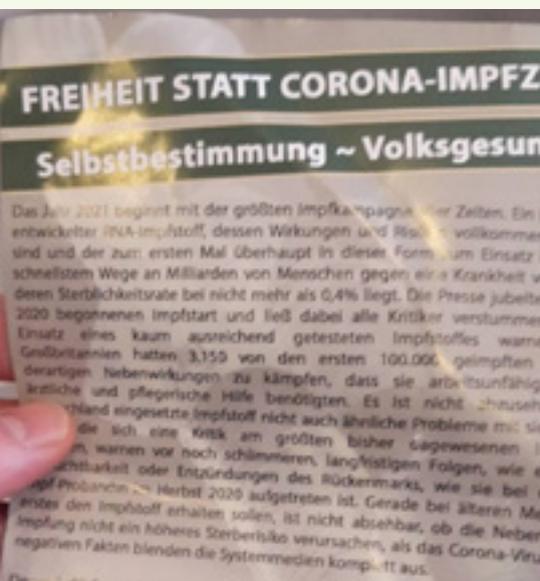
Neukölln hat fast 330.000 Bewohner*innen und zählt in dieser Hinsicht zu den größeren und dichter besiedelten Bezirken Berlins. Die einzelnen Bezirksteile unterscheiden sich jedoch stark voneinander, was sich auch an der Art und der Zahl der gemeldeten Vorfälle ablesen lässt. Im sehr viel weniger frequentierten Süden Neuköllns wird vor allem extrem rechte Propaganda gemeldet. In Nord-Neukölln sind es üblicherweise mehr Meldungen von Angriffen und Beleidigungen.

Seit mehreren Jahren ist Neukölln auch der Hauptschauplatz einer extrem rechten Angriffsserie – und aber auch vielen antirassistischen und antifaschistischen Protesten dagegen. Mit der Pandemie und den Lockdowns veränderte sich in allen Teilen Neuköllns sowohl das Leben als auch das Meldeverhalten von Vorfällen.



„III. Weg“-Flyer in Neukölln

Neonazi-Schmierereien im Wildenbruchkiez



Kontakt:
Register Neukölln
 Yekmal e. V.
 Richardstraße 102
 12043 Berlin

Mobil: 0157 - 392 85 358
 Mail: register-nk@yekmal.de
 Twitter: @NkRegister

Im November 2021 gab es einen Trägerwechsel der Registerstelle Neukölln von Amaro Foro e.V. an Yekmal e.V., einen kurdischen Elternverein mit Sitz in der Richardstr. 102, 12043 Berlin.

2021 zeichneten sich folgende drei Schwerpunkte und Tendenzen für Neukölln ab: Weniger Angriffe, dafür deutlich mehr gemeldete Propaganda-Vorfälle sowie Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien im Bezirk.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass es zu einer Steigerung von Vorfallsmeldungen kam. 354 Vorfälle wurden bis Ende Dezember 2021 dokumentiert, während im gesamten Jahr 2020 insgesamt 236 Vorfälle aufgenommen wurden. Auffällig ist wie im Vorjahr, dass der Großteil der 354 Meldungen Propaganda-Vorfälle waren (60%). Neukölln lag mit dem Anteil der Propaganda im Berliner Durchschnitt. Diese rechten Botschaften wurden oft an rassistische und antisemitische Inhalte gekoppelt. Durch die Einschränkungen des öffentlichen Le-

Art des Vorfalls	Neukölln	Berlin
Angriff	30 Vorfälle (8 %)	294 Vorfälle (6 %)
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	62 Vorfälle (18 %)	732 Vorfälle (15 %)
Propaganda	214 Vorfälle (60 %)	2951 Vorfälle (61 %)
Sachbeschädigung	5 Vorfälle (3 %)	141 Vorfälle (3 %)
Strukturelle Benachteiligung	27 Vorfälle (8 %)	398 Vorfälle (8 %)
Veranstaltung	16 Vorfälle (5 %)	293 Vorfälle (6 %)
Sonstiges	0 Vorfälle (0 %)	32 Vorfälle (1 %)
Gesamt	354 Vorfälle (100 %)	4841 Vorfälle (100 %)

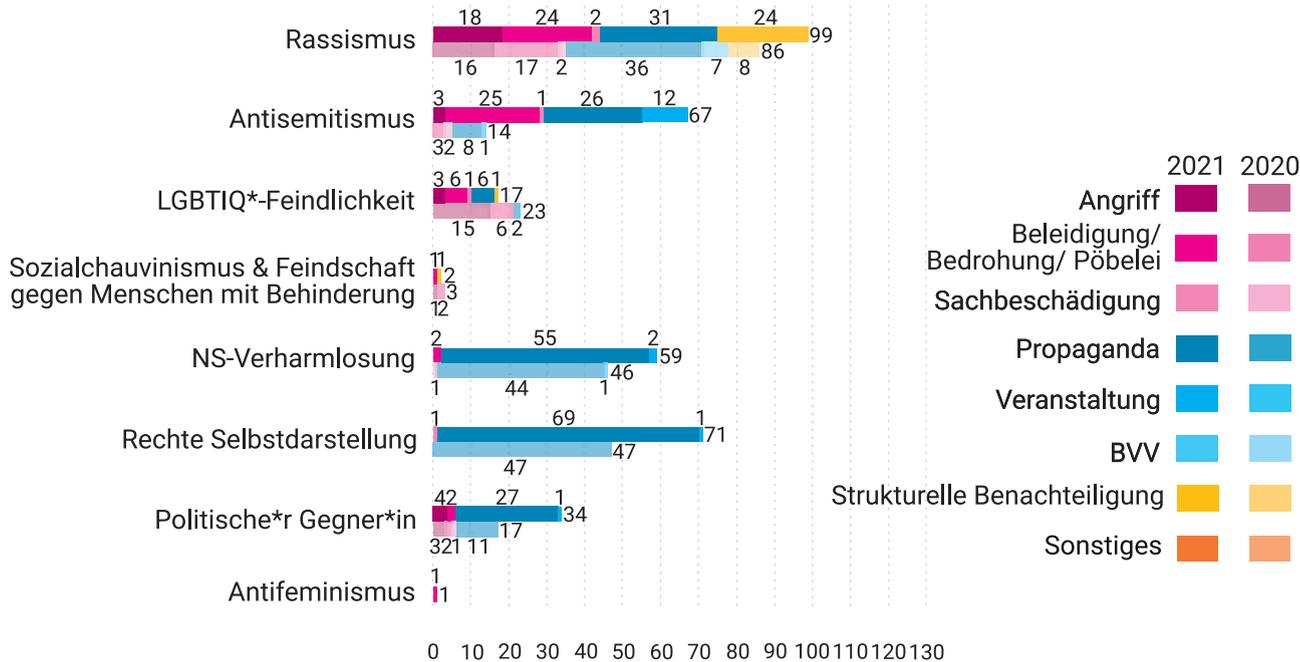
bens in der Pandemie kam es im Alltag zu weniger Begegnungen. Dadurch boten sich auch weniger Gelegenheiten für alltäglichen Rassismus und Diskriminierung.

Zu Beginn und gegen Ende des Jahres 2021 war auffällig, dass die Neonazi-Kleinpartei „Der III. Weg“ es über mehrere Wochen hinweg schaffte, sichtbar im öffentlichen Raum Propaganda zu verteilen (von 148 Propagandafällen lassen sich 79 Vorfälle auf den „III. Weg“ zurückführen). Auch im Jahr 2021 gab es Presse-Meldungen über die Hauptverdächtigen der Neuköllner Anschlagsserie sowie die Rufe nach einem

Untersuchungsausschuss, welcher sich gegen Ende des Jahres formierte. Zu Beginn des Jahres 2022 nahm er seine Arbeit auf. Die Brandstiftungen spielen seit 2011 eine große Rolle in Neukölln und werden als „Neukölln-Komplex“ bundesweit wahrgenommen.

Art der Vorfälle 2021

Auffällig ist eine Steigerung im Bereich der Propaganda-Meldungen (2020: 148; 2021: 214). Hier waren vor allem Rechte Selbstdarstellung und auch NS-Verharmlosung die dominierenden Motive rechter Aktivitäten. Der Großteil dieser Vorfälle ereignete



24. Februar 2021

In der U8 kam es zuerst zu einem Streit zwischen zwei Fahrgästen, als einer den anderen auf dessen fehlenden Mund-Nasen-Schutz ansprach. Der Mann, der keine Maske trug, beleidigte den anderen daraufhin rassistisch, schlug ihm mit der Faust ins Gesicht und trat danach noch mit dem Fuß gegen dessen Kopf. An der Station Leinestr. stieg der Angreifer aus und entfernte sich.
Quelle: Register Neukölln, Polizeimeldung 0434 vom 25.2.2021

14. Mai 2021

Eine Frau, die sich als jüdisch zu erkennen gab, wurde von ihrem Nachbarn mit antisemitischen Stereotypen konfrontiert. Im Gespräch wurde sie mit vermeintlich positiven, antisemitischen Assoziationen belegt. Als diese als antisemitisch von ihr benannt werden, wird der weiteren Auseinandersetzung damit ausgewichen.
Quelle: MBR Berlin / RIAS

4. Juli 2021

Wegen eines Angriffs mit einem Messer auf einen Jamaikaner ist ein Haftbefehl gegen einen polizeibekanntem Rechtsextremisten aus Berlin erlassen worden. Bei einem Streit im Stadtteil Rudow in Neukölln soll der 28-jährige Deutsche den 35-jährigen Mann aus Jamaika rassistisch beleidigt und mit dem Messer am Hals verletzt haben. Der 35-Jährige wurde im Krankenhaus behandelt.
Quelle: Register Neukölln, Berliner Morgenpost, 6.7.2021

sich in Nord-Neukölln sowie in Rudow, wo seit vielen Jahren eine Hand voll Menschen in der rechten Szene aktiv ist. Ebenfalls auffällig war im Unterschied zum Vorjahr, dass nun noch mehr NS- bzw. Faschismus-Vergleiche mit Bezug zur aktuellen Pandemie gezogen wurden. Dies geschah sowohl in Form von spezifischen Aufklebern als auch mit deutlich sichtbaren Schmierereien und Flugblättern, welche in Wohnsiedlungen und -häusern, z.B. im Schillerkiez verteilt wurden.

Die Zahl der Angriffe sank erneut. Waren es zwei Jahre zuvor noch 54 und im Jahr 2020 noch 35, so wurden 2021 30 Angriffe dokumentiert. Für 2021 gibt es eine Untererfassung bei Angriffen und Gewalttaten (siehe Katen S. 6). Aus diesem Grund gibt es in ganz Berlin trotz deutlich gestiegener Anzahl von Register-Meldungen weniger dokumentierte Gewaltvorfälle.

Eine Verdopplung der Meldungen gab es allerdings bei Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien (2020: 30; 2021: 62). Auch Veranstaltungen 2021: 16 wurden häufiger als im Jahr zuvor als Vorfälle aufgenommen (2020: 2). Hier trugen vor allem antisemitische Vorfälle im Norden Neuköllns zum Anstieg bei. Während der Auseinandersetzungen im Gaza-Konflikt 2021 heizte sich in Berlin die Stimmung gegen Jüd*innen und Israelis auf, sodass es bei den Demonstrationen im Mai zu mehreren Vorfällen von israelbezogenem Antisemitismus kam. In den übrigen Kategorien blieben die Meldungen in etwa auf gleichem Niveau.

Motive 2021

Antisemitische Vorfälle wurden häufiger gemeldet. Hier kam zusammen, dass sowohl rechte Akteur*innen und Corona-Leugner*innen sich oftmals antisemitischer Codes bedienten als auch die Vorfälle, die rund um den Israel-Palästina-Konflikt und Demonstrationen in Nord-Neukölln auffällig waren. Vorfälle, die sich gegen politische

Gegner*innen richteten wurden ebenfalls häufiger dokumentiert (2020: 17; 2021: 34). Rassismus löste 2021 als häufigstes Motiv, die rechte Selbstdarstellung ab. Noch im Vorjahr 2020 lag die Zahl bei 47 Vorfällen, welche 2021 auf 71 Fälle angestiegen sind. Rassismus ist und bleibt das inhaltlich dominierende Motiv. In mehr als jedem vierten dokumentierten Vorfall von 354 Fällen, hatten diese einen rassistischen Hintergrund. So wurden beispielsweise zwei asiatisch gelesene Frauen im April in einer Konditorei in der Sonnenallee von einem Verkäufer rassistisch beleidigt. Aufgrund der Untererfassung von Gewalttaten gibt es einen Rückgang von LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen von 2020: 25 auf 2021: 17 Fälle.

Ortsteile 2021

Keine Überraschung ist, dass aus Nord-Neukölln die meisten Vorfälle dokumentiert wurden. Mit 52% ist jeder zweite Vorfall von 354 auf diesen Ortsteil zurückzuführen. 2020 wurden hier 101 Vorfälle gemeldet, dieses Jahr waren es sogar 185. Von insgesamt 62 Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien fanden allein 47 in Nord-Neukölln statt. Mit Abstand wurden hier die meisten Propaganda-Vorfälle gemeldet (2021: 107). Nord-Neukölln ist ein innerstädtischer Ortsteil mit vielen Menschen, Geschäften, Clubs und Kneipen. Neben den vielen Anwohner*innen zieht es auch Tourist*innen in Feierlaune in das Gebiet. Dadurch kommt es häufiger zu Vorfällen als in dünn besiedelten Ortsteilen und diese Vorfälle werden schneller wahrgenommen und an die Registerstelle gemeldet. Besonders viel Propaganda wurde wie in den Jahren zuvor auch aus Rudow gemeldet. Rudow und Britz waren ebenfalls wie in den Vorjahren die Ortsteile mit den zweit und drittmeisten Meldungen. Das ist einerseits auf die Zahl der Anlaufstellen und engagierten Menschen, die Vorfälle melden, und auf attraktive Orte mit viel Publikums-

verkehr im Bezirk zurückzuführen, andererseits auch darauf, dass Mitglieder der rechten Szene hier leben und vor Ort aktiv sind. So sind bestimmte Straßen in Rudow oder auch in der Gropiusstadt immer wieder Ziel von Flyer-Aktionen des „III. Wegs“, auch die Anschläge im „Neukölln-Komplex“ hatten ihren Schwerpunkt im Süden des Bezirks.

Abschließend lässt sich beobachten, dass es in Neukölln trotz Lockdowns weiterhin zu vielen Bedrohungen und Beleidigungen gekommen ist. Auch die hohe Anzahl extrem rechter und antisemitischer Propaganda im Jahr 2021 deutet darauf hin, dass trotz Corona eine weitere Verbreitung dieser demokratiefeindlichen Meinungen ihren Weg in die Öffentlichkeit fand und keinesfalls beschränkt ist auf den vermeintlichen rechten Rand. Rassistische, antisemitische und LGBTIQ*-feindliche Vorstellungen sind in weiten Teilen der Gesellschaft zu finden.

Der deutliche Anstieg der dokumentierten Vorfälle 2021 lässt sich auf verschiedene Aspekte zurückführen. Die breitere Vernetzung des Registers in Neukölln zeigt ebenso Wirkung wie die vereinfachten Meldemöglichkeiten. Über soziale Medien wie Twitter, Messenger wie Signal und über ein Meldeformular auf der aktualisierten Webseite der Berliner Register haben mehr unterschiedliche Menschen Vorfälle gemeldet als in den Vorjahren. Gleichzeitig ist es ein langer Weg, die zahlreichen Diskriminierungsvorfälle eines Bezirkes wie Neukölln – in all seiner Vielfalt – noch stärker zu erfassen, um einen realistischeren Einblick in den Alltag diskriminierter Gruppen wie Menschen mit Behinderung, LGBTIQ*-Menschen, Sinti*zze und Rom*nja, Schwarzen Menschen, muslimisch und asiatisch gelesenen Menschen sowie gegenüber Menschen jüdischen Glaubens insgesamt zu ermöglichen.

16. Juli 2021

Insgesamt 47 Sticker wurden entdeckt und entfernt. Der Großteil der Aufkleber stammte vom III. Weg und hatte unterschiedliche Inhalte die sowohl LGTBIQ*-feindlich als auch antisemitisch waren. Entdeckt und entfernt wurde auch ein Schriftzug ANB (Autonome Nationalisten Berlin) sowie ein Keltenkreuz.
Quelle: Register Neukölln

21. September 2021

In Neukölln grenzte eine Lehrkraft ein Schulkind mit Behinderung vom Unterricht einer Schule aus, indem kein geeignetes Lehrmaterial angeboten wurde. Aus Datenschutzgründen werden keine Details veröffentlicht. Das Datum wurde zu Datenschutzgründen verändert.
Quelle: ADAS Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen

24. September 2021

Mehrere Männer haben am Freitag Nachmittag eine Transfrau zuerst beleidigt, bedroht und dann angegriffen. Einer der Täter riss ein mobiles Straßenschild aus der Verankerung bedrohte die Frau damit. Die Frau flüchtete und wurde von einem Mann weiter verfolgt. Als die Frau stürzte bildete sich eine Traube von Schaulustigen, bis ein Zeuge dazwischen ging.
Quelle: Register Neukölln, Berliner Zeitung, 25.9.2021

Die Zahlen im Detail

Auf den folgenden Seiten sind für alle Bezirke, für die ganze Stadt und für den Ort „Berlinweit“ die Vorfälle der vergangenen 5 Jahre in Tabellen abgebildet. Die tabellarische Übersicht aller Motive und Arten von Vorfällen macht zum einen transparent auf welche Datenbasis sich die Registerstellen beziehen, zudem erleichtert sie den Vergleich

zwischen den Bezirken. Man kann z.B. erkennen wie sich Gewalt auf die Bezirke verteilt, dass häufig ein Anstieg an Propagandavorfällen zu einem Anstieg der Gesamtvorfälle beiträgt und dass die meisten LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle in Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Neukölln Vorfälle erfasst werden.

Berlin gesamt

Arten	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Angriff	267	309	390	372	294
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	459	899	594	632	732
BVV	35	46	23	15	0
Propaganda	1603	1691	1658	2234	2951
Sachbeschädigung	78	68	92	85	141
Veranstaltung	300	317	346	291	293
Sonstiges	58	75	174	46	32
Strukturelle Benachteiligung	0	0	0	147	398
Gesamt	2800	3405	3277	3822	4841

Berlinweit

Arten	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Angriff	4	1	4	15	10
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	104	318	73	106	113
BVV	3	0	0	1	0
Propaganda	153	133	307	452	502
Sachbeschädigung	0	0	0	0	3
Veranstaltung	0	0	0	0	0
Sonstiges	0	0	56	29	13
Strukturelle Benachteiligung	0	0	0	28	112
Gesamt	264	452	440	631	753

Der Ort „Berlinweit“

Es gibt Vorfälle, die nicht einem Bezirk zugeordnet werden können. Dazu gehören Vorfälle, die an bestimmte Adressat*innen gerichtet sind, bei denen der Bezirk keinerlei Relevanz hat. Viele jüdische oder israelische Einrichtungen erhalten antisemitische E-Mails, Beleidigungen und Bedrohungen. Weil sie diese unerwünschten Zuschriften unabhängig von ihrem Standort erhalten, werden sie unter „Berlinweit“ erfasst. Der Anteil antisemitischer Vorfälle ist deshalb in der räumlichen Kategorie „Berlinweit“ sehr hoch. In dieser Kategorie werden zusätzlich Fälle aus Beratungsstellen erfasst, bei denen unklar ist in welchem Bezirk sie stattgefunden haben. Ein Amt, das für alle Menschen mit

Motive	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Rassismus	859	1355	1337	1306	1428
Antisemitismus	573	787	598	774	1043
LGBTIQ*-Feindlichkeit	98	109	222	169	198
Sozialchauvinismus	9	18	24	9	21
Behindertenfeindschaft	2	4	61	64	66
NS-Verharmlosung	293	382	353	619	720
Rechte Selbstdarstellung	710	499	416	498	776
Politische*r Gegner*in	251	242	266	383	563
Antifeminismus	0	0	0	0	26
Sonstige	5	9	0	0	0
Gesamt	2800	3405	3277	3822	4841

Motive	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Rassismus	3	3	94	76	125
Antisemitismus	254	445	320	493	553
LGBTIQ*-Feindlichkeit	0	0	2	3	31
Sozialchauvinismus	0	0	0	0	0
Behindertenfeindschaft	0	0	18	43	31
NS-Verharmlosung	0	3	3	3	4
Rechte Selbstdarstellung	0	0	1	0	1
Politische*r Gegner*in	7	1	2	13	5
Antifeminismus	0	0	0	0	3
Gesamt	264	452	440	631	753

Behinderung in Berlin zuständig ist, befindet sich in Kreuzberg. Alle Diskriminierungsfälle, die mit diesem Amt zu tun haben, werden unter der Kategorie „Berlinweit erfasst“, weil der Standort der Behörde nicht im Zusammenhang mit den Diskriminierungsfällen steht. Werden Abgeordnete des Bundestages oder des Abgeordnetenhauses in sozialen Netzwerken beleidigt oder bedroht, werden diese Fälle nicht im Bezirk „Mitte“, sondern ebenfalls unter „Bezirksweit“ erfasst. Inhaltlich sind diese Fälle unter „Politische*r Gegner*in“ zu finden.

Um Vorfälle zu dokumentieren, die innerhalb Berlins stattfinden, die aber nicht lokal wirken, wurde zum Mai 2017 die Kategorie „Berlinweit“ eingeführt.

Charlottenburg-Wilmersdorf

Art	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Angriff	18	25	17	28	24
Bedrohung/ Beleidigung/ Pöbelelei	62	63	45	48	52
BVV	3	2	1	1	0
Propaganda	102	142	116	139	154
Sachbeschädigung	7	4	16	6	6
Veranstaltung	52	44	35	41	30
Sonstiges	2	0	11	0	0
Strukturelle Benachteiligung	0	0	0	13	26
Gesamt	246	280	241	276	292

Motiv	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Rassismus	77	88	82	97	121
Antisemitismus	67	60	61	37	47
LGBTIQ*-Feindlichkeit	7	3	19	8	9
Sozialchauvinismus	1	3	3	3	2
Behindertenfeindschaft	0	0	1	1	2
NS-Verharmlosung	16	14	14	29	43
Rechte Selbstdarstellung	63	99	42	64	37
Politische*r Gegner*in	15	13	19	37	28
Antifeminismus	0	0	0	0	3
Gesamt	246	280	241	276	292

Friedrichshain-Kreuzberg

Arten	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Angriff	32	41	54	56	44
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelelei	29	48	50	35	60
BVV	2	1	0	0	0
Propaganda	87	105	115	196	297
Sachbeschädigung	3	5	6	12	15
Veranstaltung	6	30	23	11	18
Sonstiges	12	11	19	5	13
Strukturelle Benachteiligung	0	0	0	30	42
Gesamt	171	241	267	345	489

Motive	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Rassismus	55	118	124	121	124
Antisemitismus	51	54	41	44	49
LGBTIQ*-Feindlichkeit	10	22	38	27	27
Sozialchauvinismus	2	1	2	0	9
Behindertenfeindschaft	0	0	5	2	4
NS-Verharmlosung	14	12	17	46	92
Rechte Selbstdarstellung	19	27	10	45	103
Politische*r Gegner*in	20	6	30	60	81
Antifeminismus	0	0	0	0	0
Sonstige	0	1	0	0	0
Gesamt	171	241	267	345	489

Lichtenberg

Arten	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Angriff	17	21	28	25	27
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelelei	16	21	34	43	48
BVV	6	7	5	0	0
Propaganda	191	121	150	340	595
Sachbeschädigung	16	5	13	5	25
Veranstaltung	20	26	16	4	8
Sonstiges	1	8	12	1	5
Strukturelle Benachteiligung	0	0	0	3	24
Gesamt	267	209	258	421	732

Motive	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Rassismus	113	109	109	120	193
Antisemitismus	5	4	12	4	35
LGBTIQ*-Feindlichkeit	4	2	14	11	17
Sozialchauvinismus	0	1	2	1	1
Behindertenfeindschaft	0	0	1	0	1
NS-Verharmlosung	54	39	32	108	148
Rechte Selbstdarstellung	62	21	47	87	165
Politische*r Gegner*in	28	32	41	90	165
Antifeminismus	0	0	0	0	7
Sonstige	1	1	0	0	0
Gesamt	267	209	258	421	732

Marzahn-Hellersdorf

Arten	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Angriff	24	14	15	17	11
Bedrohung/Beleidigung/Pöbele	38	40	23	33	26
BVV	1	1	1	0	0
Propaganda	111	116	104	186	164
Sachbeschädigung	2	3	0	5	11
Veranstaltung	7	3	10	4	19
Sonstiges	4	5	1	3	0
Strukturelle Benachteiligung	0	0	0	4	10
Gesamt	187	182	154	252	241

Motive	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Rassismus	62	59	61	78	58
Antisemitismus	3	6	1	10	11
LGBTIQ*-Feindlichkeit	3	4	3	8	12
Sozialchauvinismus	0	2	0	0	0
Behindertenfeindschaft	0	0	0	0	1
NS-Verharmlosung	26	21	27	69	50
Rechte Selbstdarstellung	66	73	46	52	68
Politische*r Gegner*in	27	17	16	35	38
Antifeminismus	0	0	0	0	3
Gesamt	187	182	154	252	241

Mitte

Arten	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Angriff	60	62	96	63	56
Bedrohung/Beleidigung/Pöbele	47	136	142	166	170
BVV	0	0	0	1	0
Propaganda	132	133	184	155	256
Sachbeschädigung	11	14	28	12	21
Veranstaltung	84	142	164	183	169
Sonstiges	10	8	31	3	0
Strukturelle Benachteiligung	0	0	0	26	72
Gesamt	344	495	645	609	744

Motive	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Rassismus	145	272	324	285	307
Antisemitismus	95	91	80	100	148
LGBTIQ*-Feindlichkeit	23	30	63	41	24
Sozialchauvinismus	1	2	7	1	3
Behindertenfeindschaft	0	1	28	5	9
NS-Verharmlosung	16	36	49	103	136
Rechte Selbstdarstellung	38	44	39	37	50
Politische*r Gegner*in	26	19	55	37	62
Antifeminismus	0	0	0	0	5
Gesamt	344	495	645	609	744

Neukölln

Arten	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Angriff	36	43	54	35	30
Bedrohung/Beleidigung/Pöbele	36	84	29	30	62
BVV	7	16	7	7	0
Propaganda	140	169	92	148	214
Sachbeschädigung	20	13	5	6	5
Veranstaltung	26	21	14	2	16
Sonstiges	4	14	3	1	0
Strukturelle Benachteiligung	0	0	0	7	27
Gesamt	269	360	204	236	354

Motive	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Rassismus	78	129	63	86	99
Antisemitismus	45	46	25	14	67
LGBTIQ*-Feindlichkeit	15	23	25	23	17
Sozialchauvinismus	0	5	0	2	3
Behindertenfeindschaft	0	0	2	1	3
NS-Verharmlosung	49	99	26	46	59
Rechte Selbstdarstellung	51	27	51	47	71
Politische*r Gegner*in	31	29	12	17	34
Antifeminismus	0	0	0	0	1
Sonstige	0	2	0	0	0
Gesamt	269	360	204	236	354

Pankow

Arten	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Angriff	12	24	28	35	27
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelelei	30	50	39	37	51
BVV	3	4	3	0	0
Propaganda	154	140	134	158	241
Sachbeschädigung	0	2	6	4	7
Veranstaltung	28	11	16	9	6
Sonstiges	3	3	10	0	0
Strukturelle Benachteiligung	0	0	0	5	11
Gesamt	230	234	236	248	343

Motive	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Rassismus	82	118	93	105	102
Antisemitismus	12	19	21	21	49
LGBTIQ*-Feindlichkeit	8	5	7	10	11
Sozialchauvinismus	0	0	1	0	2
Behindertenfeindschaft	1	1	0	2	0
NS-Verharmlosung	27	34	39	32	39
Rechte Selbstdarstellung	82	33	54	62	95
Politische*r Gegner*in	17	22	21	16	44
Antifeminismus	0	0	0	0	1
Sonstige	1	2	0	0	0
Gesamt	230	234	236	248	343

Reinickendorf

Arten	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Angriff	10	12	10	20	8
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelelei	19	22	25	19	29
BVV	3	4	3	1	0
Propaganda	42	50	47	35	44
Sachbeschädigung	1	2	2	7	6
Veranstaltung	23	16	15	6	0
Sonstiges	9	8	5	4	0
Strukturelle Benachteiligung	0	0	0	6	10
Gesamt	107	114	107	98	97

Motive	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Rassismus	56	81	59	57	38
Antisemitismus	1	3	6	8	9
LGBTIQ*-Feindlichkeit	3	3	6	10	11
Sozialchauvinismus	2	1	2	0	1
Behindertenfeindschaft	1	0	0	1	1
NS-Verharmlosung	5	6	13	7	10
Rechte Selbstdarstellung	34	19	16	8	13
Politische*r Gegner*in	5	1	5	7	13
Antifeminismus	0	0	0	0	1
Gesamt	107	114	107	98	97

Spandau

Arten	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Angriff	9	11	9	21	15
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelelei	31	19	46	19	33
BVV	1	1	0	0	0
Propaganda	17	40	33	44	39
Sachbeschädigung	1	1	0	1	5
Veranstaltung	6	2	1	6	2
Sonstiges	4	4	6	0	0
Strukturelle Benachteiligung	0	0	0	7	18
Gesamt	69	78	95	98	112

Motive	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Rassismus	42	47	48	46	57
Antisemitismus	4	4	1	3	2
LGBTIQ*-Feindlichkeit	2	1	6	5	6
Sozialchauvinismus	2	1	3	0	0
Behindertenfeindschaft	0	1	5	2	4
NS-Verharmlosung	5	9	13	11	9
Rechte Selbstdarstellung	10	6	12	25	20
Politische*r Gegner*in	4	7	7	6	12
Antifeminismus	0	0	0	0	2
Sonstige	0	2	0	0	0
Gesamt	69	78	95	98	112

Steglitz-Zehlendorf

Arten	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Angriff	5	10	8	9	12
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	8	19	25	22	16
BVV	1	0	1	0	0
Propaganda	199	111	173	90	88
Sachbeschädigung	3	5	5	7	1
Veranstaltung	19	26	4	13	1
Sonstiges	1	9	4	0	1
Strukturelle Benachteiligung	0	0	0	6	14
Gesamt	236	180	220	147	133

Motive	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Rassismus	43	80	68	57	51
Antisemitismus	6	19	6	10	15
LGBTIQ*-Feindlichkeit	0	2	3	3	7
Sozialchauvinismus	0	0	0	1	0
Behindertenfeindschaft	0	0	1	1	0
NS-Verharmlosung	17	21	32	22	10
Rechte Selbstdarstellung	144	77	52	36	39
Politische*r Gegner*in	23	21	18	17	11
Antifeminismus	0	0	0	0	0
Sonstige	3	0	0	0	0
Gesamt	236	220	180	147	133

Tempelhof-Schöneberg

Arten	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Angriff	18	17	32	21	17
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	21	18	17	37	21
BVV	0	0	0	0	0
Propaganda	53	48	69	56	96
Sachbeschädigung	3	2	2	13	16
Veranstaltung	1	1	1	0	0
Sonstiges	4	7	5	0	0
Strukturelle Benachteiligung	0	0	0	5	14
Gesamt	100	93	126	132	164

Motive	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Rassismus	22	35	42	45	34
Antisemitismus	14	17	16	17	33
LGBTIQ*-Feindlichkeit	16	7	25	12	10
Sozialchauvinismus	0	1	1	1	0
Behindertenfeindschaft	0	1	0	4	9
NS-Verharmlosung	18	19	31	40	42
Rechte Selbstdarstellung	22	8	6	7	26
Politische*r Gegner*in	8	5	5	6	10
Antifeminismus	0	0	0	0	0
Gesamt	100	93	126	132	164

Treptow-Köpenick

Arten	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Angriff	22	30	33	27	13
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	18	55	52	37	51
BVV	5	9	3	4	0
Propaganda	222	321	196	235	261
Sachbeschädigung	11	12	9	7	20
Veranstaltung	28	17	25	12	24
Sonstiges	4	3	6	0	0
Strukturelle Benachteiligung	0	0	0	7	18
Gesamt	310	447	324	329	387

Motive	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Rassismus	81	219	170	133	119
Antisemitismus	16	18	8	13	25
LGBTIQ*-Feindlichkeit	7	7	11	8	16
Sozialchauvinismus	1	1	3	0	0
Behindertenfeindschaft	0	0	0	2	1
NS-Verharmlosung	46	67	57	103	78
Rechte Selbstdarstellung	119	65	40	28	88
Politische*r Gegner*in	40	70	35	42	60
Antifeminismus	0	0	0	0	0
Gesamt	310	447	324	329	387

LGBTIQ*-Feindlichkeit bleibt Alltag in Berlin

Lesbische, schwule, bisexuelle, transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und queere Menschen erleben zurzeit verstärkt Gegenwehr. LGBTIQ* ist eine selbst gewählte Abkürzung für sie. Vor der für Ende 2022 geplanten Verabschiedung des Selbstbestimmungsgesetzes gibt es eine bundesweite Debatte darüber, wie viele Menschenrechte LGBTIQ* Menschen überhaupt zustehen. Die Verbote dieser Auseinandersetzung fanden sich bereits im Jahr 2021 – auch in Vorfällen, die Betroffene an die Berliner Register meldeten.

Im Jahr 2021 dokumentierten die Berliner Register 198 Vorfälle mit LGBTIQ*-feindlichem Motiv (2020: 169), etwa jeden zweiten Tag einen. Wie schon in den Vorjahren fielen dabei die meisten Meldungen auf äußerst gewaltvolle Vorfälle: 49 Angriffe und 75 Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien wurden gemeldet sowie 53 Propaganda-Vorfälle. Es gab 14 Sachbeschädigungen an Denkmälern und Privatautos sowie 7 Diskriminierungen im Gesundheitsbereich und auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt.

In der Verteilung auf die Bezirke liegt Friedrichshain-Kreuzberg mit 27 Vorfällen, davon 15 Angriffe und 5 Bedrohungen, an erster Stelle. Der Bezirk Mitte folgt mit 24 Vorfällen, von denen 6 Angriffe und 10 Bedrohungen sind. Die Zahlen für das Jahr 2021 sind nicht vollständig. Es fehlen Daten der Polizei, sodass insbesondere Strafen untererfasst sind.

Extreme Rechte im Wahlkampf gegen LGBTIQ* Menschen

Die LGBTIQ*-feindliche Propaganda stieg stark an: 53 Meldungen von Aufklebern, Graffiti und Plakaten erreichten die Berliner Register im Jahr 2021 (2020: 31 Vorfälle). Das hatte mit dem Bundestagswahlkampf und den Berlinwahlen zu tun. Die NPD und ihre Parteijugend „Junge Nationalisten“ verbreiteten Aufkleber, auf denen sie ein konservatives Geschlechtermodell zur Wahrung der „traditionellen Familie“ verbreiteten und unter dem Stichwort „Genderwahn-sinn“ gegen die gesellschaftliche Gleichstellung aller Geschlechter

mobil machten. Die neonazistische Kleinstpartei „Der III. Weg“ rief in Flugblättern auf: „Schützt unsere Familien“. Auch bestimmte Feminist*innen stellten die Selbstbestimmung von trans Frauen auf Aufklebern in Frage.

Diese unterschiedlichen Spektren führen Kampagnen, in denen sie gegen die Ausweitung von queeren Menschenrechten aussprechen und die Selbstbestimmung trans- und intergeschlechtlicher Menschen aberkennen. Die Verweigerung dieser Rechte entspringt einer Ideologie der Ungleichheit und zeigt sich in konkreter Gewalt auf der Straße. Dabei müssen die Täter*innen nicht selbst der organisierten rechten Szene angehören.

Gewalt gegen schwule Männer ist sichtbarer als Gewalt gegen Frauen und nicht-binäre Menschen

Die Betroffenen der Angriffe waren am häufigsten Männer, selten Frauen oder diversgeschlechtliche bzw. nicht-binäre Menschen. Schwulenfeindlichkeit war also besonders sichtbar. Das ändert nichts an der tatsächlichen Gewalt, die alle LGBTIQ* Menschen im Alltag erfahren. Aus Beratungsstellen und Interviews ist bekannt, dass Frauen und nicht-binäre Menschen ebenso häufig attackiert werden. Dass Gewalt gegen schwule Männer mehr Gehör bekommt, liegt an besseren Zugängen in die Öffentlichkeit. Die Gewalt im Jahr 2021 trat in alltäglichen Situationen auf, bei denen Beleidigungen in Gewalt eskalierten.



Trotz Untererfassung der Gewalt mehr LGBTIQ*-feindliche Vorfälle

Dass es trotz einer Untererfassung der Gewalttaten einen Anstieg LGBTIQ*-feindlicher Vorfälle gab, hat seine Ursache darin, dass mehr Menschen ihre Erfahrungen öffentlich machten und für die Dokumentation zur Verfügung stellten. Die Berliner Register haben dem Themenfeld LGBTIQ*-Feindlichkeit im Jahr 2021 mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Es fanden zwei Online-Veranstaltungen statt, es wurden Flyer für diese Zielgruppe erstellt und viel Zeit in Netzwerkarbeit investiert. Der Effekt, dass sich mehr Menschen direkt bei den Registern melden, betrifft nicht nur das Thema LGBTIQ*-Feindlichkeit. In allen Kategorien gibt es mehr Meldungen direkt an die Registerstellen, hier ist es nur besonders deutlich.

Die einzige Kategorie unter den LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen, in der weniger Vorfälle erfasst wurden als im Vorjahr, waren die Angriffe. Unter den LGBTIQ*-feindlichen Meldungen machten sie mit einer Zahl von 49 (2020: 93) einen großen Anteil aus. Die Meldungen der Angriffe stammten in den Vorjahren vorrangig von der Polizei und von Berichten in der Presse. Dass die Zahl der Angriffe niedriger ist als im Vorjahr liegt an einer Untererfassung von Gewalttaten der Hasskriminalität, die im Jahr 2021 aus Datenschutzgründen nicht von der Polizei Berlin an zivilgesellschaftliche Stellen übermittelt wurden. Unter den erfassten Angriffen sind welche von heftiger Qualität. Im August 2021 wurde in Lichtenberg ein nicht-binärer

Mensch mit einer Schusswaffe bedroht, im Oktober ein schwules Paar in Schöneberg.

Die LGBTIQ*-feindlichen Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien sind angestiegen, weil zum ersten Mal die Beratungsstelle L-Support anonymisierte Fälle für die Dokumentation beigesteuert hat. Zudem wandten sich mehr Einzelpersonen direkt an die Registerstellen als in den Vorjahren. Von den 75 LGBTIQ*-feindlichen Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien, wurden 41 Vorfälle direkt an die Register gemeldet – gegenüber 21 Vorfällen im Vorjahr.

Diese Gesellschaft ändern

Die Berliner Register wollen gegen die Ausgrenzung von LGBTIQ* Menschen vorgehen und ihre Sichtbarkeit fördern. Deswegen laden wir dazu ein, Erlebnisse und Beobachtungen zu melden. Wir machen sie in unserer Chronik sichtbar und werten sie aus. Dabei ist der enge Austausch mit den Berliner Beratungsstellen für LGBTIQ*-Menschen unerlässlich.

Im Jahr 2022 soll das Selbstbestimmungsgesetz im Bundestag verabschiedet werden. In dem Gesetz geht es um die rechtliche Gleichstellung von trans, intergeschlechtlichen und nicht-binären Menschen mit allen anderen. In der Debatte um das Gesetz wird in Kommentarspalten, im Bundestag und in verschiedenen Medien Stimmung gegen ihre Existenz gemacht.

Kooperationspartner*innen

L-Support stellt sich vor



Wer ist L-Support und an wen richtet sich unser Angebot?

L-Support ist ein Berliner Antigewaltprojekt für lesbische, bisexuelle und queere Menschen. Ziel des Projektes ist es, lesbenfeindliche Gewalt sichtbar zu machen und wirksame Strategien gegen lesbenfeindliche Gewalt zu entwickeln.

Wir richten uns an alle Menschen, die lesbenfeindliche Gewalt erlebt haben – egal ob trans*, nicht-binär, inter*, genderqueer oder cis geschlechtlich. Gleiches gilt für die sexuelle Orientierung. Für uns spielt es keine Rolle, ob Menschen lesbisch, bisexuell, pansexuell, heterosexuell, asexuell oder queer sind – alle sind willkommen. Bei uns erfährt jeder Mensch Empathie und Unterstützung auf Augenhöhe. Wir beraten außerdem auch Zeug_innen, die lesbenfeindliche Gewalt beobachtet haben oder Angehörige von Betroffenen lesbenfeindlicher Gewalt.

Was kann L-Support für Dich tun?

Wir bieten kostenlos telefonische Beratung, persönliche Beratung sowie Online-Beratung an. Gerne vermitteln wir bei Bedarf an andere Projekte der Berliner Hilfelandschaft weiter.

Auf der Webseite von L-Support können anonym Fälle gemeldet werden. Bei Bedarf kann eine Beratung nach Fallmeldung erfolgen. Die Fälle werden von uns anonymisiert ausgewertet und die Statistik an Politiker_innen, Journalist_innen und weitere gesellschaftliche Akteur_innen weitergeleitet. Wir möchten damit lesbenfeindliche Gewalt in den politischen Diskurs einbringen. Wir unterstützen von lesbenfeindlicher Gewalt betroffene Personen dabei, ihr Selbstbewusstsein zu stärken und stellen bedarfsgerechte, niedrigschwellige und unbürokratische Hilfe zur Verfügung.

Ab wann wird von einem „homophoben Übergriff“ gesprochen?

Uns ist es wichtig, keine feste Definition von homophoben Übergriffen oder Gewalt vorzugeben. Frauen, nicht-binäre, trans* oder

inter* Menschen können sich mit allen Ereignissen an uns wenden, die sie als homophoben Übergriff empfinden. Das können ein Spruch oder eine Beleidigung sein, eine Geste, verbales oder körperliches Anpöbeln, Anspucken oder ein körperlicher Übergriff. Also negative Reaktionen, die geschehen können, wenn jemand als lesbisch/bi/queer erkannt oder wahrgenommen wird. Wir wollen Menschen ermutigen, auch „kleinere“ Ereignisse ernst zu nehmen und zu melden, da auch diese Spuren hinterlassen und dazu führen, dass Betroffene sich wütend, traurig, hilflos etc. fühlen.

Kontakt

L-Support e.V.

Potsdamer Str. 139, 10783 Berlin

Homepage: www.l-support.net

Online Vorfall melden: <https://l-support.net/meldeformular>

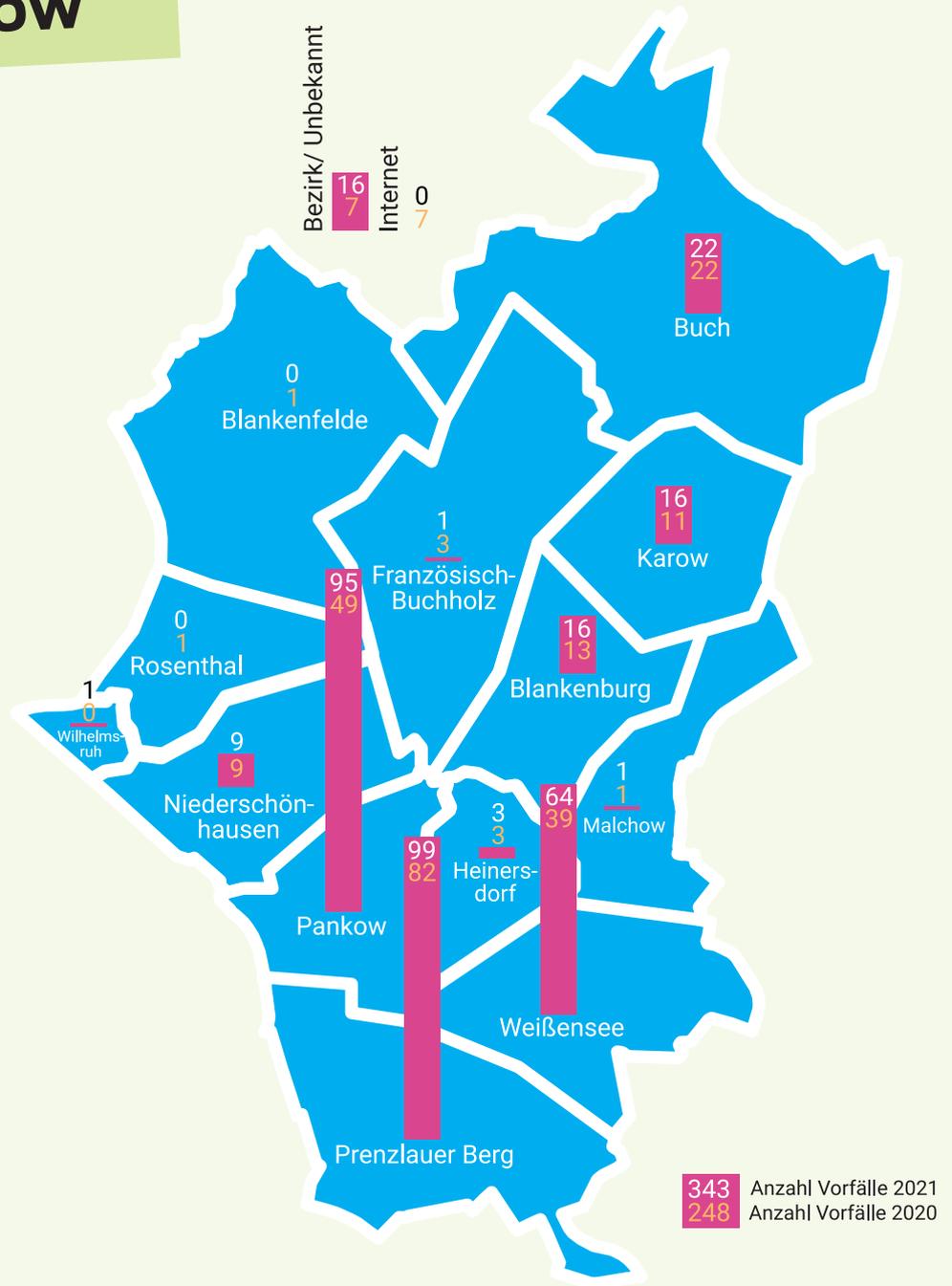
Hotline: 030 459 618 65 (Sa + So 17–19 Uhr)

Email: office@l-support.net



Pankow

Der Bezirk Pankow ist mit mehr als 410.000 Einwohner*innen der aktuell einwohner*innenstärkste Bezirk von Berlin. Der Prenzlauer Berg ist hierbei der Ortsteil mit der höchsten Bevölkerungsdichte im ganzen Bezirk. Insgesamt wohnen knapp 165.000 Menschen hier, während im Ortsteil Pankow 65.375 Menschen und in Weißensee 54.750 Menschen leben. Zum Norden hin umfasst der Bezirk weitere zehn Ortsteile und eine relativ große Fläche, sodass im Schnitt 3.985 Einwohner*innen pro Quadratkilometer im Bezirk leben. Die S-Bahnstationen entlang der Ringbahn (Schönhauser Allee, Greifswalder Straße etc.), aber auch der S-Bahnhof Pankow sowie der Antonplatz in Weißensee und die U-Bahnstationen entlang der U2 sind zentrale Umsteigeplätze, an denen viele Menschen aufeinandertreffen.



„Kommies kremieren“-Aufkleber in Alt-Pankow

Rassistischer Aufkleber in Blankenburg



Kontakt:

Pankower Register

[moskito] Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt
Fehrbelliner Straße 92
10119 Berlin

Mobil: 0176 - 10 01 14 56

Mail: pankow@berliner-register.de

Twitter: @RegisterPankow

Insgesamt 343 Vorfälle sind im Jahr 2021 für den Bezirk Pankow verzeichnet worden. Im Vergleich zum Vorjahr sind das knapp 100 Vorfälle mehr (2020: 248; 2019: 236). Trotz schwacher organisierter Neonazi-Szene gab es einen starken Anstieg an Propaganda-Vorfällen: Seien es Shoa-relativierende Sprühereien, Aufkleber aus rechten Onlineversandhandeln oder von neonazistischen Parteien. Auch im zweiten Pandemie-Jahr hat sich gezeigt, dass eine Vielzahl von Menschen politische Botschaften in den öffentlichen Raum getragen hat.

Neben der Propaganda sind auch Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien 2021 gestiegen. Der Grund: Im Laufe des Jahres wurden vermehrt Anti-Schwarze Beleidigungen und rassistische Diskriminierungen in Schulen gemeldet. Ebenfalls gab es einen Anstieg bei struktureller Benachteiligung, oft wegen Verweigerung von Transfer-Leistungen durch Ämter. Das Motiv mit den meisten Vorfällen war Rassismus (2021: 102; 2020: 105; 2019: 93). Wie in den Jahren zuvor, ist es das Hauptmotiv bei Angriffen und Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien. Beunruhigend ist der Anstieg antisemitischer Vorfälle im Jahr 2021. Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich die Zahl mehr als verdoppelt (2021: 47; 2020: 21; 2019: 21). Der Anstieg resultiert aus dokumentierten, selbstgemachten Aufklebern mit antisemitischem Inhalt und Bezug zum Nationalsozialismus in Weißensee und Pankow-Zentrum. Hinzu kommt eine Vielzahl an Shoa-relativierenden Sprühereien, in denen „Ungeimpfte“ mit Jüd*innen im Nationalsozialismus gleichgesetzt wurden.

Spaziergänge, Kundgebungen oder Demonstrationen, die sich mit den Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie beschäftigten, wurden nicht

pauschal aufgenommen. Wenn Veranstaltungen dieser Art aufgenommen wurden, dann nur, wenn es zu Vorfällen kam, die als Grundlage die Kategorien der Register hatten. Dies konnte sein, wenn z.B. antisemitische Verschwörungsideologien verbreitet wurden oder „Ungeimpfte“ mit Jüd*innen gleichgesetzt und somit der Nationalsozialismus verharmlost wurde.

Bedrohungen und Beleidigungen gestiegen – Hauptmotiv bleibt Rassismus

Die Zahl der Angriffe ist im Jahr 2021 gesunken (2021: 27; 2020: 35; 2019: 28). Die Entwicklung ist mit Vorsicht zu betrachten: Für das Jahr 2021 gibt es eine Unterfassung. In allen vorangegangenen Jahren wurden Daten über Gewalttaten aus dem Themenbereich Hasskriminalität vom LKA an zivilgesellschaftliche Stellen übermittelt, die in die Chronik aufgenommen wurden. Für das Jahr 2021 wurden diese Daten aufgrund von Datenschutzbedenken nicht mehr übermittelt. Aus diesem Grund gibt es in ganz Berlin trotz deutlich gesteigener Anzahl von Meldungen weniger dokumentierte Gewaltvorfälle. Insofern bildet die Zahl nur die öffentlich bekannt gewordenen Angriffe ab sowie diejenigen, die ReachOut, RIAS oder den Registern gemeldet wurden.

Es gab in Pankow im Jahr 2021 insgesamt 18 rassistische (2020: 24), 3 antisemitische (2020: 3), 4 LGBTIQ*-feindliche Angriffe (2020: 6) sowie 3 Angriffe, die sich gegen politische Gegner*innen (2020: 2) richteten.

Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien sind, anders als die Angriffe, gestiegen (2021: 51, 2020: 37; 2019: 39). Das Hauptmotiv war Rassismus: Insgesamt 31 Vorfälle waren rassistische Beleidigungen oder Bedrohungen (2020: 22). Davon waren 13 Anti-Schwarz-rassistisch motiviert (2020: 7) und es gab eine antimuslimisch-

rassistische Beleidigung (2020: 5). 9 waren antisemitisch motiviert (2020: 8), 3 LGBTIQ*-feindlich (2020: 2), 4 richteten sich gegen politische Gegner*innen (2020: 1), eine war sozialchauvinistisch (2020: 0) und 3 Mal wurde der Nationalsozialismus verharmlost oder verherrlicht (2020: 4).

Hohe Anzahl an Angriffen und Bedrohungen im Prenzlauer Berg

In Prenzlauer Berg wurden insgesamt 98 Vorfälle verzeichnet und es setzte sich damit der Anstieg der letzten Jahre fort (2020: 82; 2019: 77). Dieser Ortsteil ist innerstädtisch geprägt. Das bedeutet, dass es Straßen und Parks gibt, in denen nicht nur Anwohner*innen, sondern auch andere Berliner*innen und Tourist*innen flanieren, feiern und essen gehen. Im Mauerpark, am Kollwitzplatz, in der Kulturbrauerei, der Schönhauser Allee und in den umliegenden Straßen sind deutlich mehr Menschen unterwegs als in Karow oder Buch. Die Menschen sind divers hinsichtlich ihrer Herkunft, ihres sozialen Status und ihrer Lebensweisen. Das offene Klima, das alle innerstädtischen Bezirke prägt, führt dazu, dass sich Menschen in ihrer Diversität offen zeigen. Dadurch gibt es häufiger Gelegenheiten im Alltag, bei denen potenziell Betroffene auf Täter*innen stoßen, die ihnen gegenüber ausfallend und gewalttätig werden.

Im Vergleich zum letzten Jahr gab es einen leichten Anstieg bei Propaganda-Vorfällen (2021: 46; 2020: 39) sowie bei Bedrohungen oder Beleidigungen (2021: 27, 2020: 20). Die Hälfte aller Angriffe aus dem ganzen Bezirk ereigneten sich im Prenzlauer Berg (2021: 14; 2020: 17). Hierbei waren 3 antisemitisch motiviert, 2 LGBTIQ*-feindlich, 2 richteten sich gegen den politische Gegner*innen und 7 hatten Rassismus als Motiv.

15. Januar 2021

Im Ortsteil Prenzlauer Berg wurden Menschen, die rechte Aufkleber entfernten, von einem Mann mit den Worten „Antifa H*rensöhne, verpissst Euch“ beschimpft. Eine Kreuzung weiter versuchte der Mann die Menschen zu fotografieren und verfolgte diese weiter.
Quelle: [moskito] Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt

20. Februar 2021

Ein Mann wurde von zwei männlichen Nachbarn rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen. Zuvor wurden auf seine Wohnungstür rassistische Parolen geschrieben, sein Name wurde vom Briefkasten entfernt, Briefe wurden gestohlen und zerrissen, Müll wurde auf seinen Balkon geworfen und er wurde mit Lärm belästigt. Beim zweiten Angriff wurde ihm die Nase gebrochen.
Quelle: ReachOut

12. April 2021

Im Ortsteil Weißensee wurde gegen 6:40 Uhr ein Busfahrer am Pasedagplatz von einem Passagier in einem vollen Bus rassistisch beleidigt. Daraufhin verwies der Busfahrer den Passagier des Busses. Beim Verlassen wiederholte der Passagier seine Äußerungen und entfernte sich. Der Busfahrer konnte den Dienst nicht fortsetzen. Die Polizei ermittelte.
Quelle: Pressemitteilung der Polizei vom 12.04.2021

Verdopplung der Vorfälle in Pankow-Zentrum – mehr rechte Propaganda und Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien

Im gesamten Ortsteil Pankow-Zentrum wurden 95 Vorfälle gemeldet, was ein starker Anstieg zum Vorjahr ist (2020: 49; 2019: 32). Aufgrund der Untererfassung für 2021 wurde ein Rückgang von Angriffen (2021: 5; 2020: 7) verzeichnet. Die Zahl der Bedrohungen und Beleidigungen ist jedoch gestiegen (2021: 13, 2020: 4). Eine Verdopplung der Meldungen gab es bei Propaganda-Delikten, die von 36 im Jahr 2020 auf insgesamt 75 im letzten Jahr stiegen. Gerade im Kissingkiez und angrenzend zum Ortsteil Weißensee wurde immer wieder verschiedenste rechte und neonazistische Propaganda entdeckt und entfernt. Oft waren es Aufkleber von zwei rechten Onlineversandhandeln sowie von neonazistischen Parteien, der NPD und dem III. Weg.

Starker Anstieg antisemitischer und rechter Propaganda in Weißensee – kontinuierliche rassistische Propaganda in Blankenburg

Die Gesamtzahl aller Vorfälle in Weißensee betrug 2021 insgesamt 63 (2020: 39; 2019: 37). Im letzten Jahr gab es zwei verschiedene Sorten antisemitischer Aufkleber, die in Weißensee vor allem in der Nähe zu Pankow-Zentrum, gefunden wurden. In diesen wurden Jüd*innen als Feinde markiert und es wurden Vernichtungsphantasien mit Bezug zum Nationalsozialismus geäußert. Insgesamt hat sich die Anzahl der Propaganda-Delikte in allen Motiven verdoppelt. Die Anzahl stieg von 28 im Jahr 2020 auf 54 im letzten Jahr. Die Anzahl der Angriffe ist leicht gesunken (2021: 3; 2020: 5), Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien sind gleichgeblieben (2021: 3; 2020: 3).

Seit 2020 werden kontinuierlich Aufkleber und Sprühereien aus Blankenburg gemeldet. Hierbei tauchen oft selbstgemachte rassistische Aufkleber auf, die Schwarze Menschen rassistisch beleidigen. Insgesamt sind 16 Propaganda-Delikte im Ortsteil verzeichnet worden, fast alle hatten als Motiv Rassismus.

Rassistische Vorfälle weiterhin auf hohem Niveau

Von insgesamt 102 rassistischen Vorfällen waren 18 Angriffe, 31 Bedrohungen oder Beleidigungen, 43 Propaganda-Delikte und 10 beinhalteten eine strukturelle Benachteiligung. Besorgniserregend sind insgesamt 13 Vorfälle, die sich im Kontext von Schule ereigneten. Diese Vorfälle wurden uns von Kooperationspartner*innen wie EOTO, ADAS sowie Melder*innen im letzten Jahr verstärkt übermittelt. Bei 10 Vorfällen wurden Menschen aufgrund einer rassistischen Diskriminierung durch Behörden von Transfer-Leistungen ausgeschlossen. Diese Vorfälle wurden uns von Amaro Foro e.V. gemeldet. Bei den meisten rassistischen Vorfällen handelt es sich nicht um Erlebnisse, die Betroffene nur einmal machen, sondern um Dinge, die sie im Verlauf ihres Lebens immer wieder erleben und die sie stark belasten. Die Beratungsstellen und Empowermentangebote sind wichtig, um diese Menschen zu unterstützen.

Starker Anstieg antisemitischer Vorfälle

Beunruhigend ist der Anstieg von Vorfällen, die ein antisemitisches Motiv hatten. So gab es einen Anstieg von 21 Meldungen im Jahr 2020 auf insgesamt 47 Vorfälle im Jahr 2021. Davon waren 3 Angriffe (2020: 3), 9 Bedrohungen oder Bedrohungen (2020: 8), 5 Sachbeschädigungen (2020: 2) und auf 3 Veranstaltungen wurden antisemitische bzw. Shoa-relativierende Äußerungen getätigt (2020: 0). Hinzu kommen

26 Propaganda-Delikte (2020: 7). Dies waren Aufkleber, aber auch Sprühereien, die „Ungeimpfte“ mit Jüd*innen im Nationalsozialismus gleichsetzten.

Schwache neonazistische Szene im Bezirk – trotzdem mehr Bezüge zum Nationalsozialismus

Weiterhin kann für den Bezirk eine schwache bis kaum vorhandene neonazistische Szene attestiert werden. Aktuell gibt es keine organisiert agierende Gruppe oder Parteistruktur. Die NPD trat nicht mit einer Bezirksliste zu den Wahlen an. Dementsprechend gab es keinerlei Engagement im Wahlkampf. Es fanden im Laufe des Jahres auch keine anderen Veranstaltungen oder Aktionen der Partei statt.

Gleichzeitig tauchen immer mehr Aufkleber und Flyer der neonazistischen Partei „Der III. Weg“ auf. Eine Entwicklung, die ebenso in anderen Berliner Bezirken beobachtet wird. Auch wenn es aktuell keine Anzeichen für eine bezirkliche Gruppierung gibt, kann davon ausgegangen werden, dass es Sympathisant*innen dieser Partei gibt. Es gab zwei Versuche von einem kleinen Personenkreis von Jugendlichen, Visitenkarten für die Jugendorganisation des „III. Wegs“ vor Schulen im Prenzlauer Berg und Weißensee zu verteilen. Ebenso tauchten zum Ende des Jahres Mini-Flyer der Partei in der Größe von Visitenkarten in Buch und Pankow-Zentrum auf. Es hat den Anschein, als hätte sich das aktionsorientierte Neonazi-Spektrum im Bezirk dem III. Weg angeschlossen.

Fazit

Die Arbeit des Pankower Registers wird getragen von einer Vielzahl von Melder*innen, die tagtäglich Aufkleber und Sprühereien gemeldet haben und immer wieder melden. Diesen regelmäßigen Meldern*innen gilt großer Dank. Denn nur

19. April 2021

Gegen 22:00 Uhr lief ein Mann auf der Berliner Straße mit Kopfhörern. Als er den betrunkenen Mann wild gestikulierend wahrnahm, nahm der Betroffene seine Kopfhörer ab. Er hörte so, dass der Mann ihn rassistisch beleidigte. Anschließend hetzte dieser seinen Hund auf ihn, der ihn in den Fuß biss. Ein Augenzeuge ging dazwischen. Er wurde anschließend ebenfalls beleidigt.

Quelle: Pressemitteilung der Polizei vom 20.04.2021

18. Mai 2021

Im Ortsteil Prenzlauer Berg gingen drei jüdische Personen, darunter auch ein Mann, der eine Kippa trug, die Straße entlang. Ihnen kam ein Mann entgegen. Als der Mann an der Gruppe vorbeiging, streckte er den Arm zum „Hitlergruß“. Der Mann sagte nichts, ging vorbei, drehte sich anschließend nochmal um und lief dann weiter.

Quelle: RIAS

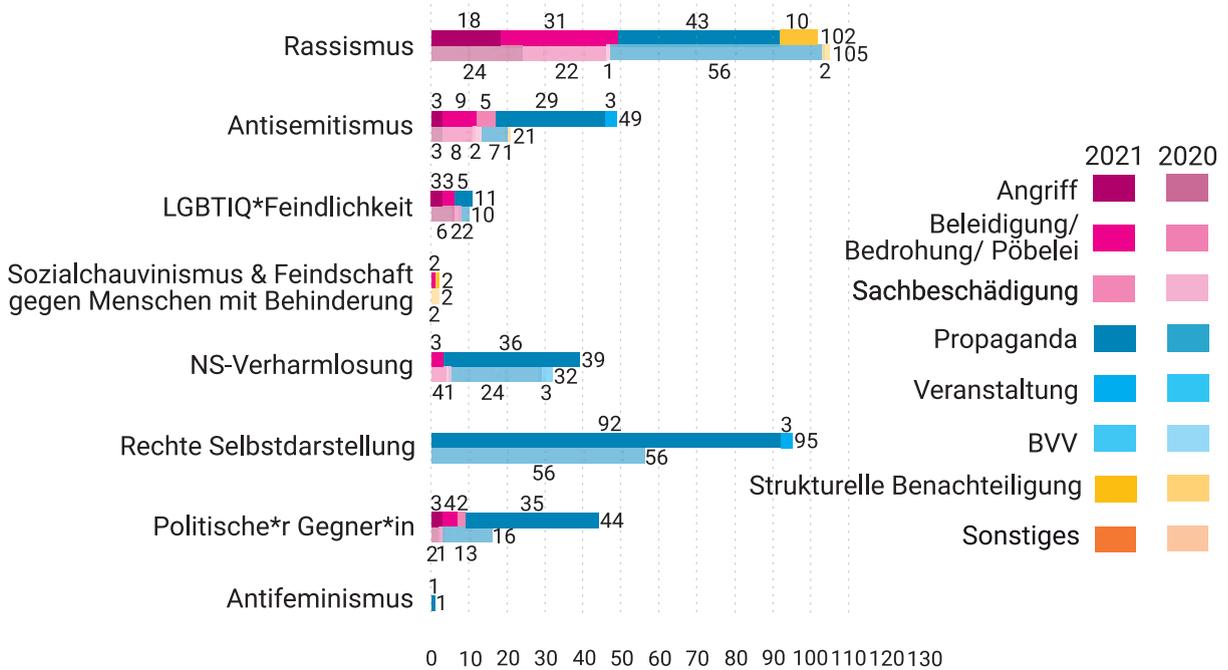
5. August 2021

Eine Schwarze Frau ging am späten Nachmittag in der Berliner Straße in Pankow an einem Spätkauf vorbei, vor dem mehrere weiße Männer saßen. Sie wurde von einem der Männer mit dem N-Wort angesprochen, während die anderen sich darüber amüsierten.

Quelle: NARUD e.V.

22. August 2021

Ein Mann (28 Jahre) verließ gegen 4:45 Uhr eine Bar in der Eberswalder Straße.



durch die Meldungen kann ein gutes Bild vom Bezirk gezeichnet und Entwicklungen in Kiezen und Sozialräumen rechtzeitig erkannt werden. Danke an alle, die im letzten Jahr bei uns Vorfälle gemeldet haben. Gleichzeitig kamen auch 2021 immer wieder Menschen dazu, die zum ersten Mal einen Vorfall meldeten. Sie nutzen die neuen Meldemöglichkeiten über Twitter, Signal oder der Antidiskriminierungs-App. Die Bekanntheit der Berliner Register ist durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit im letzten Jahr gestiegen. Dies zeigte sich auch in den Meldungen beim Pankower Register. Während die Zahl der Quellen über die Jahre nur zaghaft anstieg, waren 2021 viele Meldungen von unterschiedlichen Menschen dabei, die bisher noch keine Vorfälle geschickt hatten.

In Buch und Karow gibt es seit 2014 das „Netzwerk für Demokratie und Respekt Buch-Karow“. Durch die kontinuierliche Arbeit des Netzwerkes konnten in den Sozialräumen viele Menschen für alltägliche Diskriminierung sensibilisiert werden. Dadurch wurden im letzten Jahr von dort Meldungen erfasst, die ohne das Engagement vor Ort nicht sichtbar wären. Auch diesem Netzwerk gilt ein großer Dank.

Im Jahr 2021 konnte einmalig auch die Arbeit mit BIPOC Personen gestärkt werden. Gerade Schwarze Menschen konnten verstärkt angesprochen und über die Arbeit der Register informiert werden. In qualitativen Interviews wurde über rassistische Erfahrungen in Pankow gesprochen. Dies führte nicht unbedingt zur Erfassung von

Vorfällen, zeigte aber, dass es in Kitas und Schulen immer wieder zu rassistischen Diskriminierungen kommt.

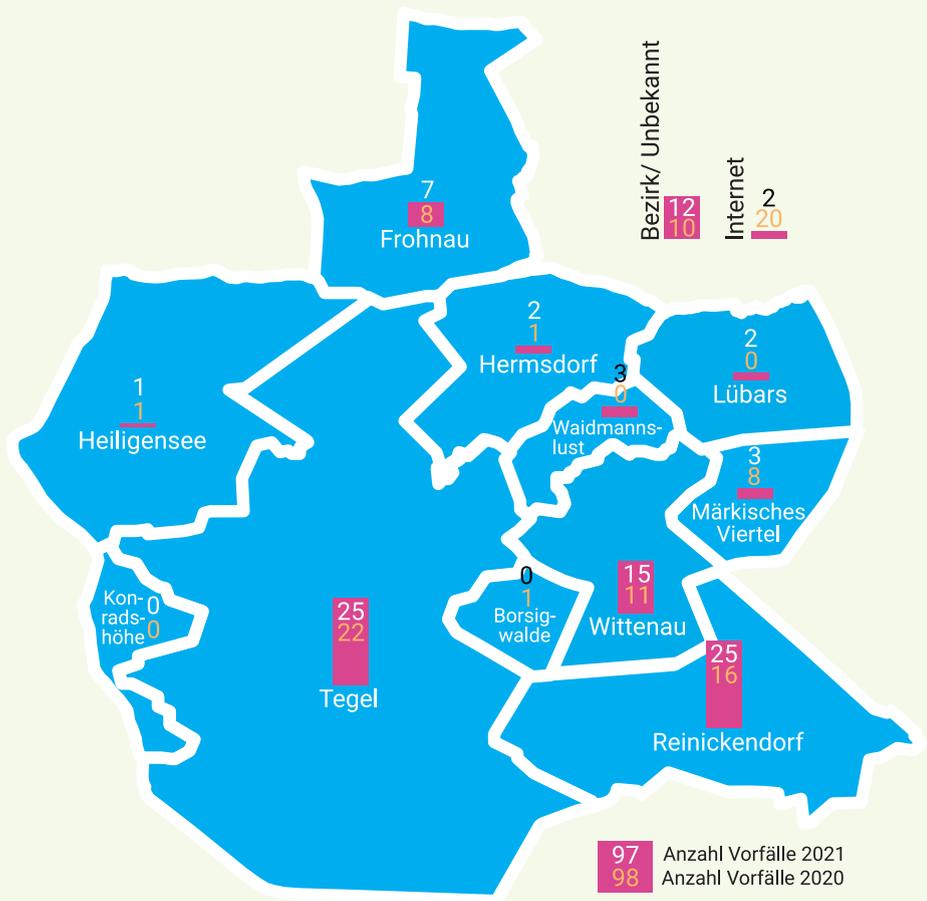
Zwei Männer (ca. 18 Jahre) bedrängten diesen und beleidigten ihn homofeindlich. Anschließend schlugen sie auf den Mann ein und besprühten ihn mit Pfefferspray. Die Angreifer versuchten dem Mann die Handtasche zu stehlen, was ihnen nicht gelang. Sie stahlen ihm das Handy aus der Handtasche. Eine Passantin beobachtete den Vorfall und rannte zur nächsten Polizeiwache, um Hilfe zu holen. Die Täter konnten vor Ort festgenommen werden. Quelle: Pressemitteilung der Polizei vom 22.08.2021

23. August 2021
Ein Jugendlicher war vom S-Bahnhof Buch auf dem Weg zur Schule. Drei ihm unbekannte, männliche Jugendliche zerschlugen eine Glasflasche und attackierten den Jugendlichen damit von hinten und verletzten ihn an der Schläfe, sodass der Jugendliche blutete. Der Jugendliche ist People of Colour und geht von einer rassistischen Tat aus. Eine Anzeige gegen unbekannt wurde bei der Polizei erstattet. Quelle: [moskito] Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt

9. Dezember 2021
In der S-Bahn Höhe Schönhauser Allee tätigte eine Frau mehrfach eine LGBTIQ*-feindliche Morddrohung. Die Frau sagte mehrmals laut und deutlich: „Gebt mir eine Waffe, ich will die Lesben umbringen, die bedrohen uns Heteros. Gebt mir eine Waffe.“
Quelle: [moskito] Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt

Reinickendorf

Der Bezirk Reinickendorf verfügt über eine große Fläche, mit 270.000 aber über wenig Einwohner*innen. Die 11 Ortsteile erstrecken sich vom Ortsteil Reinickendorf an der Grenze zum Wedding bis nach Frohnau am nördlichen Berliner Stadtrand. Im Bezirk liegen neben dem Tegeler See und Forst auch das Naturschutzgebiet Tegeler Fließ. Der Bezirk ist durch ein großes soziales Gefälle geprägt. In Teilen des Ortsteils Reinickendorf und im südlichen Tegel sowie in den Großsiedlungen (Märkisches Viertel, Rollbergesiedlung in Waidmannslust) liegen die Anteile von Kinderarmut und Arbeitslosigkeit sehr hoch. Die Ortsteile an der Havel im Westen (Konradshöhe, Heiligensee) und im Norden (Frohnau, Hermsdorf, Lübars) sind hingegen stark von Einfamilienhaussiedlungen geprägt und zählen zu den wohlhabendsten Gegenden Berlins. Im Mittelfeld der sozialen Bandbreite bewegen sich die Ortsteile Wittenau, Borsigwalde und Teile von Tegel und Reinickendorf. Seit 2021 wird der Bezirk von einer Zählgemeinschaft aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP regiert.



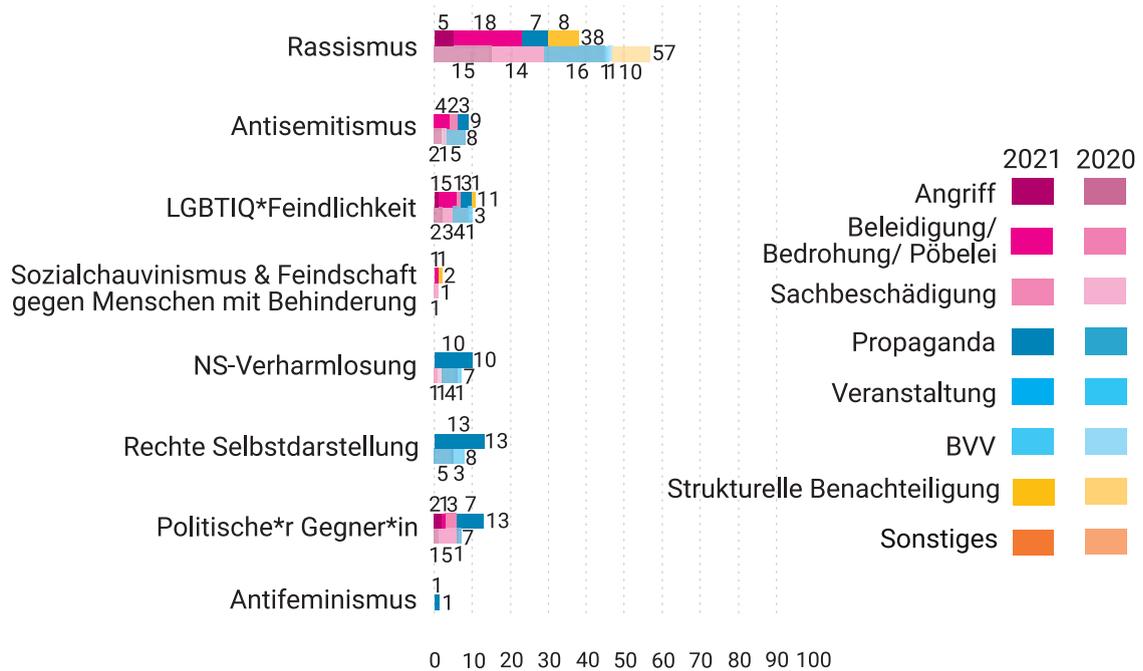
Propagandaaktion des „III. Weg“ in Frohnau

Farbanschlag auf Grünen-Büro in Wittenau



Kontakt:
Register Reinickendorf
 Stiftung SPI
 Frankfurter Allee 35-37, Aufgang C
 10247 Berlin

Tel.: 0152 - 02 82 45 37
 Mail: register-rd@stiftung-spi.de
 Twitter: @RegisterRd
 Instagram: @Register.Reinickendorf



Die Gesamtzahl der diskriminierenden Vorfälle, die im Jahr 2021 vom Register Reinickendorf dokumentiert wurden, lag mit 97 auf dem Niveau des Vorjahres (2020: 98). Allerdings wurden kaum Online-Vorfälle registriert (2021: 2; 2020: 20), weil u.a. weniger diskriminierende Äußerungen in Facebook-Gruppen mit Lokalbezug sowie weniger Online-Bedrohungen gegen einzelne Politiker*innen gemeldet wurden.

Wenn man die Propaganda, die sich online ereigneten, „beiseitelässt“, ergibt sich daher ein deutlicher Anstieg der Vorfälle, die sich auf Straßen, in Schulen und Geschäften ereigneten (2021: 95; 2020: 78). Dieser Anstieg geht vor allem auf die gestiegene Anzahl von Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien sowie von vermehrter Propaganda im öffentlichen Raum in Form von Aufklebern und Schmierereien zurück.

In Reinickendorf gibt es keine sichtbare aktive extrem rechte Szene. Das ist einer der Gründe, weshalb in Reinickendorf weniger Vorfälle erfasst wurden als in allen anderen Bezirken. Während in anderen Bezirken Aktivist*innen der extremen Rechten fast täglich Hakenkreuze sprühten und rassistische Aufkleber anbrachten, lag der Anteil der Propagandafälle in Reinickendorf unter dem Berliner Durchschnitt (45 % Reinickendorf, 61 % Berlin). Dies wirkt sich auch auf den Anteil, der Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien aus, der mit 30 % aller Vorfälle im Bezirk vergleichsweise hoch lag.

Was die Motive betrifft dominieren in Reinickendorf stärker Rassismus (39 % Reinickendorf, 29 % Berlin) und LGBTIQ*-Feindlichkeit (11 % Reinickendorf, 4 % Berlin), während antisemitische Vorfälle weniger stark präsent sind (9 % Reinickendorf, 22 % Berlin).

Körperliche Angriffe und verbale Attacken

Die Zahl der dokumentierten Angriffe hat sich im Jahr 2021 mehr als halbiert (2021: 8; 2020: 20), was nicht mit einer real gesunkenen Zahl, sondern mit einem fehlenden Datenabgleich zusammenhängt (siehe Kasten S. 6). Die Zahl der Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien (kurz BBP), also aggressiver verbaler Akte, die häufig der Gewalt vorausgehen, stieg im gleichen Zeitraum hingegen deutlich an (2021: 29; 2020: 19) und übertraf auch die bisherige Höchstzahl aus dem Jahr 2019 (25). Die meisten Angriffe (5) und verbalen Handlungen (18) waren rassistisch motiviert. Auf den nächsten Rängen folgen Angriffe gegen politische Gegner*innen (2 Angriffe bzw. 1 BBP) und LGBTIQ*-feindliche Taten (1 Angriff bzw. 5 BBP). In den Themenfeldern Antisemitismus (4) und Behinder-tenfeindlichkeit (1) kam es nur zu verbalen Attacken.

Beispielvorfälle

25. Februar 2021

Die extrem rechte Partei „Der III. Weg“ verteilte in Frohnau Postwurfsendungen an Privathaushalte. Darin wurde eine antidemokratische und völkisch-rassistische Kritik an den aktuellen Coronamaßnahmen geäußert sowie mit antisemitischen Bildern gearbeitet, die auf gängige Verschwörungserzählungen rund um die Covid-19-Pandemie anspielen.

12. März 2021

Gegen 21:15 Uhr urinierte ein Fahrgast in der U-Bahnlinie 6 auf Höhe des Bahnhofes Holzhauser Straße auf Sitze und den Boden der U-Bahn. Anwesende Fahrgäste, die den Vorfall bemerkten, forderten den 72-Jährigen zum Verlassen der U-Bahn an der nächsten Haltestelle auf. Am U-Bahnhof Borsigwerke beleidigte der Fahrgast die Zeug*innen in Anwesenheit der herbeigerufenen Polizei antisemitisch. Gegen den Fahrgast wurde ein strafrechtliches Verfahren eingeleitet.

10. September 2021

Ein 19-jähriger Schüler wurde gegen 11:20 Uhr in seinem Klassenraum in einem Oberstufenzentrum an der Cyclopstraße in Wittenau von einer weiblichen und einem männlichen Jugendlichen im Alter von 17 Jahren aus LGBTIQ*-feindlicher Motivation geschlagen und mit dem Tod bedroht.

Wie in den Jahren zuvor waren die Täter*innen fast ausschließlich Einzelpersonen, selten auch Zweiergruppen. Die Angriffe gingen fast ausschließlich von Männern aus und auch bei den Beleidigungen und Pöbeleien waren sie doppelt so häufig vertreten wie Frauen. Bei den Betroffenen überwogen Männer nur leicht gegenüber Frauen und nichtbinären Personen. Die Täter*innen waren zum Teil Personen, die über 60, vereinzelt sogar über 70 Jahre alt waren, während die Betroffenen, soweit ihr Alter bekannt ist, vorwiegend Jugendliche und junge Erwachsene waren. In zwei Fällen waren Kinder anwesend, als ihre Eltern von anderen Erwachsenen beleidigt wurden. Nur in seltenen Ausnahmen kannten sich die Beteiligten. Die überwiegende Zahl dieser Fälle fand hingegen im öffentlichen Raum statt. Täter*innen und Betroffene trafen sich hier zufällig. Am häufigsten fanden die Konfrontationen im ÖPNV (9 Vorfälle), vor allem in U-Bahnwagen (5 Vorfälle), und auf Gehwegen bzw. öffentlichen Plätzen (7 Vorfälle) statt. Aber auch in der Gastronomie (3 Vorfälle) oder beim Einkaufen im Supermarkt waren Menschen in ihrem Alltag diskriminierenden Äußerungen ausgesetzt.

Häufig gingen der Gewalt bzw. den verbalen Anfeindungen Konflikte um angemessenes Verhalten im öffentlichen Raum voraus. Mehrfach eskalierte die Situation nach folgendem Muster: Die Täter*innen verstießen gegen Normen, indem sie beispielsweise in der U-Bahn urinierten oder sich nicht an Corona-Maßnahmen hielten und wurden von Passant*innen, Fahrgästen oder Mitarbeiter*innen gebeten, ihr Verhalten zu ändern. Daraufhin wurden die Angesprochenen aggressiv und beschimpften oder bedrohten die Umstehenden. Besonders Angehörige von Minderheiten wie Schwarze, People of Color oder LGBTIQ*-Personen sind in solchen Situationen gefährdet, da sich die Aggression der Täter*innen auch dann gegen sie wendet, wenn sie gar nicht Teil des ursprünglichen Konflikts waren.

Auffällig ist, wie stark der gesellschaftliche Streit um angemessene Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie verschiedene diskriminierende Vorfälle prägte. In fünf Fällen waren Konflikte um Abstand und fehlende Masken der Auslöser für beleidigende Äußerungen. In zwei Fällen verknüpften Personen ihre öffentliche Kritik an Maßnahmen mit rassistischen bzw. NS-verharmlosenden Bemerkungen. Ein Restaurant bot nur noch

geschlossene Veranstaltungen an, um die 2G-Regeln zu umgehen. In einer Begründung für diesen Schritt, die den Speisekarten beigelegt wurde, verbreiteten die Betreiber*innen Holocaust-relativierende Inhalte. In einem anderen Fall verwendete ein Imbiss-Mitarbeiter Hinweise auf Corona-Schutzmaßnahmen instrumentell, um seine diskriminierende Behandlung eines Schwarzen Pärchens zu bekräftigen.

Bündnis 90/Die Grünen als neuer politischer Gegner der extremen Rechten

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen entwickelt sich zu einem neuen Feindbild der extremen Rechten, weil sie für eine Reihe aktueller Themenfelder eine Projektionsfläche bietet: Antifeminismus, Trans- und Queerfeindlichkeit („Antigenderismus“), Hass auf Migrant*innen und auf Politiker*innen, die sich für Migration und Migrant*innen einsetzen. Neuerdings mündet die Leugnung des von Menschen verursachten Klimawandels im Verschwörungsmythos „Great Reset“. Demnach würden geheime Eliten eine Öko-Diktatur errichten. Im Bezirk richteten sich im Jahr 2021 etwa die Hälfte der Vorfälle, die sich gegen politische Gegner*innen richteten (2021: 13, 2020: 7), gegen die Grünen. Während des Wahlkampfs auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene im Sommer des Jahres wurden in der Nähe des Kreisverband Reinickendorf in Tegel Anti-Grüne Aufkleber verklebt und Wahlplakate zerstört. In der Berliner Straße in Tegel wurde ein großes Plakat angebracht, das zunächst wie ein Wahlplakat von Bündnis 90/Die Grünen wirkte, die Partei aber mit dem Slogan „Verbote / Bevormundung / Steuererhöhung“ im Sinne des Negative Campaigning, eine Art des „schmutzigen“ Wahlkampfes, verunglimpfen sollte.

Am 9. August wurden zwei Büros der Partei Bündnis 90/Die Grünen am Eichbornsdamm in Wittenau und in der Brunowstraße in Tegel attackiert. Unbekannte rissen Wahlplakate der Grünen ab und zündeten sie an. Sie beschmierten Fensterscheiben, Tür, Gehweg und abgerissene Plakate mit schwarzer Farbe. Parolen wie „Mörder von Berlin raus“ und „Ihr tötet Berlin“, das Durchstreichen einer Maske auf einem Plakat sowie frauenfeindliche Beleidigungen deuten darauf hin, dass die Täter*innen aus dem Spektrum rechter Corona-Leugner*innen stammen. Zwei Monate nach der Wahl gingen die Attacken gegen die Büros weiter. Am 20. November schlugen Unbekannte am Eichbornsdamm in Wittenau eine Scheibe des Büros einer

jungen Grünen-Politikerin, die neu ins Abgeordnetenhaus gewählt worden war, ein und beschmierten den Eingang. In der Nacht zum 23. November verübten Unbekannte schließlich einen Brandanschlag auf dasselbe Büro. Nur dem Zufall ist es zu verdanken, dass keine Menschen in dem Haus verletzt wurden.

Diese beiden Schlaglichter zeigen, wie schnell sich Aktionsformen radikalieren können. Waren zu Beginn der Pandemie Demonstrationen und Aufkleber typische Formen, um Protest gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie auszudrücken, wurden 2021 in Reinickendorf Angriffe, Beleidigungen, Sachbeschädigungen und sogar ein Brandanschlag in diesem Kontext verübt. Umso wichtiger ist es, gefährliche Tendenzen wie das Herausbilden neuer Feindbilder zu beobachten und Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Eine Herausforderung in Reinickendorf bleibt weiterhin, dass die Netzwerke, die Vorfälle melden könnten, nicht so stark sind wie in anderen Bezirken. Daher ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer hier noch deutlich höher liegt als anderswo.

Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung, Chronische Erkrankung (ADB)

Die Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung, Chronische Erkrankung (ADB) ist ein Projekt der Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V. Wir beraten und unterstützen Menschen, die aufgrund dieser Merkmale diskriminiert werden.



Das Themenfeld chronische Erkrankung steht seit Inkrafttreten des Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) immer mehr im Fokus und auch uns erreichen regelmäßig Beschwerdefälle zu diesem Merkmal. Insgesamt wird deutlich, dass insbesondere das Gesundheitswesen als auch die Bereiche Arbeit und Bildungswesen noch nicht genügend für die speziellen und gleichzeitig sehr unterschiedlichen Bedarfe von Menschen mit chronischen Erkrankungen sensibilisiert sind.

So erreichte uns bspw. im vergangenen Jahr der Fall einer jungen Frau, der nach Bekanntgabe ihrer Multiple Sklerose-Diagnose von ihrer Schule nahegelegt wurde, die Ausbildung als Altenpflegerin abzubrechen, da sie später aufgrund ihrer Erkrankung voraussichtlich nicht in der Lage sei, eine derartige Tätigkeit auszuüben. Die ADB konnte die Schulleitung zum Umdenken bewegen und die Ratsuchende wird ihre Ausbildung engagiert weiterführen.

Eine eindeutige und allgemeingültige Definition von chronischer Krankheit gibt

es nicht. Auch das Verhältnis von chronischer Erkrankung zu Behinderung ist oftmals nicht trennscharf. So sind chronische Erkrankungen nicht grundsätzlich mit Behinderungen gleichzusetzen, sind aber dann, wenn Wechselwirkungen mit gesellschaftlichen Barrieren zu weitreichenden Einschränkungen aller Lebensbereiche führen, als Behinderung zu werten. Im LADG stehen die Merkmale Behinderung und chronische Erkrankung gleichberechtigt nebeneinander. Im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ist chronische Krankheit nur dann geschützt, wenn sie als Behinderung anerkannt wird. Hier zeigt sich eine noch bestehende Rechtsschutzlücke, für deren Schließung wir uns eindeutig aussprechen und engagieren.

Die ADB ist 2021 mit eigenem Newsletter gestartet. Darin werden Einblicke in aktuelle Entwicklungen zum Thema Antidiskriminierung, Hinweise auf aktuelle Veranstaltungen, sowie interessante Infomaterialien anderer Initiativen geteilt. Die Anmeldung befindet sich auf unsere Webseite: www.diskriminierung-berlin.de

Kontakt:

Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung, Chronische Erkrankung
Littenstraße 108
10170 Berlin

Mail: adb@lv-selbsthilfe-berlin.de

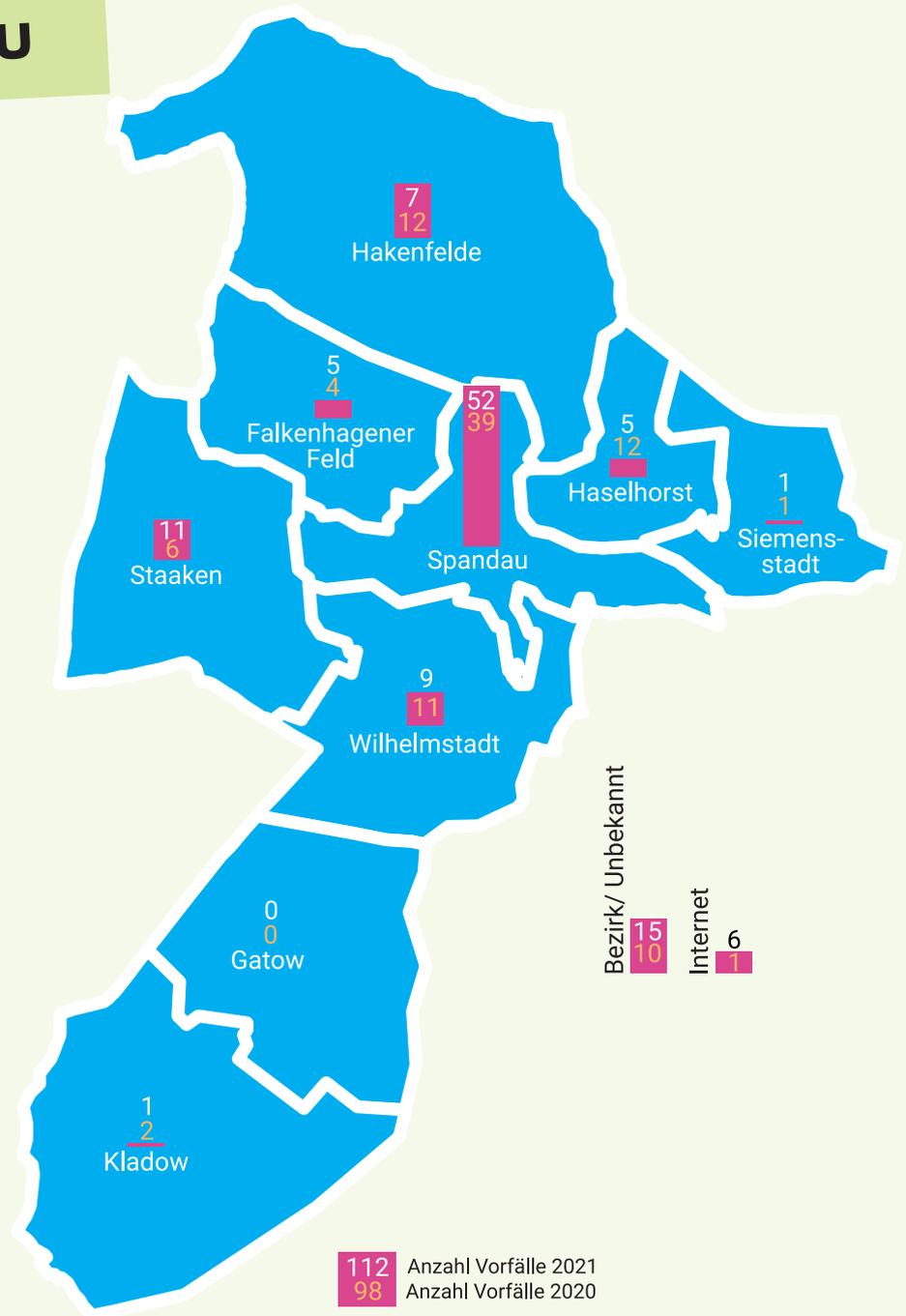
Telefon: 030 27 59 25 27

Website: www.diskriminierung-berlin.de

Wir beraten parteilich, intersektional, unabhängig und kostenlos und unterstützen Sie bei der Durchsetzung Ihrer Rechte!

Spandau

Der Bezirk Spandau liegt am westlichen Stadtrand und hat knapp 250.000 Einwohner*innen. Der Ortsteil, der den gleichen Namen trägt, stellt das Zentrum des Bezirks dar und ist mit der U-Bahnlinie 7, der S-Bahn und der Regionalbahn an die Innenstadtbezirke Berlins angebunden. Hier ist der Sitz der Verwaltung und tagt die Bezirksverordnetenversammlung, auch viele Behörden wie das Jobcenter und Sozialamt befinden sich in diesem Ortsteil. Die größte Fußgängerzone Berlins schafft mit zwei Straßenzügen, dem Marktplatz und Rathausplatz viele Einkaufsmöglichkeiten sowie Begegnungs- und Veranstaltungsorte. Neben der beschaulichen Altstadt verfügt der Bezirk auch über Ortsteile wie Staaken oder das Falkenhagener Feld, die vor allem von ihren Hochhausiedlungen geprägt sind und über solche wie Kladow, in denen Einfamilienhäuser und Grünflächen das Stadtbild dominieren.



NS-Vergleiche auf Querdenken-Demonstration

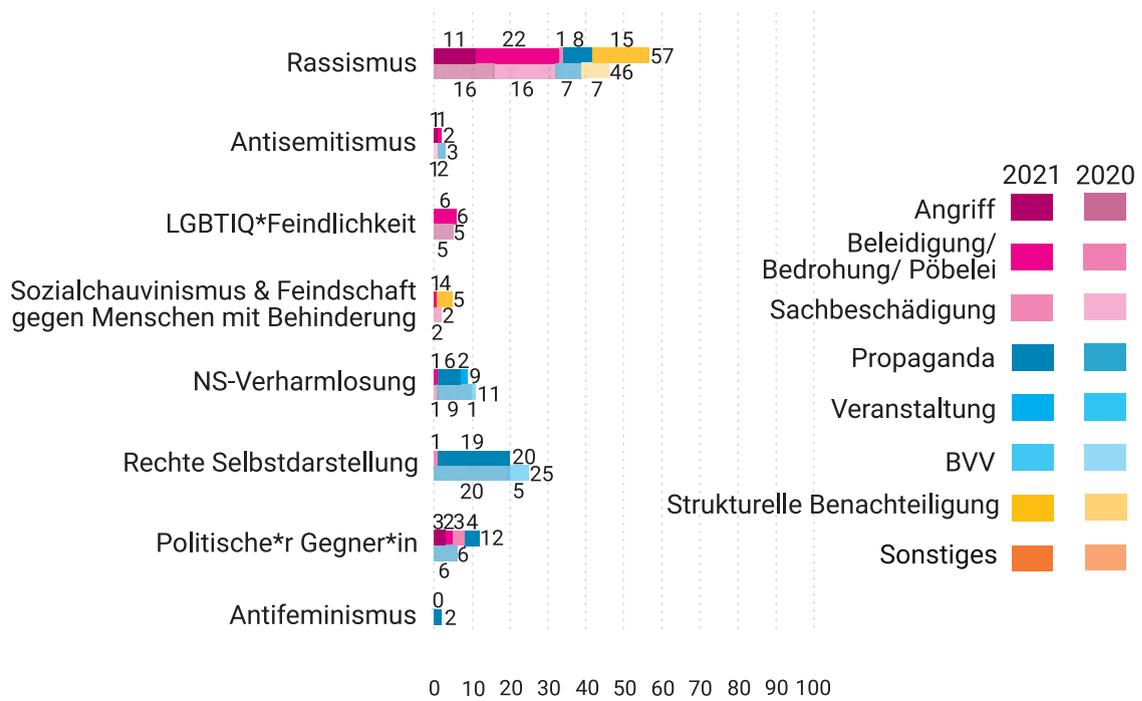
Brandanschlag auf linkes Hausprojekt in Spandau



Kontakt: Registerstelle Spandau

GIZ gGmbH
Reformationsplatz 2
13597 Berlin

Tel.: 0162 - 5781723
Mail: register.spandau@giz.berlin
Twitter: @SpandauRegister



Anstieg von Vorfällen resultiert aus Propaganda und struktureller Benachteiligung

Im vergangenen Jahr wurden mehr Vorfälle an die Registerstelle im Bezirk erfasst. Sie stiegen auf 112 an (2020: 98). 2021 konnten durch zusätzliche Mittel aus dem Fonds zur Unterstützung von Betroffenen politisch-extremistischer Gewalt Stunden und Personal des Registers Spandau erhöht werden. Dadurch war es möglich, auf Social Media präsent zu sein und das bezirkliche Netzwerk zu erweitern. Neue Betroffenenengruppen – Kinder und Jugendliche sowie Schwarze Menschen – wurden erreicht und drei weitere Anlaufstellen konnten gewonnen werden. Außerdem kamen 2021 berlinweit neue Kooperationspartner*innen hinzu, (z. B. die Berliner unabhängige Beschwerdestelle BuBs). Durch die zusätzlichen

Meldungen aus den Beratungsstellen der Antidiskriminierung stieg die Zahl Fälle struktureller Benachteiligung im Vergleich zum Vorjahr (2021: 18; 2020: 7). 15 dieser Fälle waren rassistisch motiviert, in 3 Fällen wurden Menschen mit Behinderung benachteiligt.

Häufigste Vorfallsart mit 39 Vorfällen und 35 % der Gesamtzahl war – wie 2020 – Propaganda (Sticker, Flyer oder gesprühte Botschaften) der extremen Rechten (2020: 45%). Fast die Hälfte dieser Vorfälle diente der rechten Selbstdarstellung und stammte von der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“. Die Aktivitäten der Partei nahmen im Bezirk zu. In der ersten Jahreshälfte konzentrierten sich deren Propaganda-Vorfälle auf die Altstadt Spandau, ab Mitte des Jahres wurden die meisten Sticker aus dem Ortsteil Staaken gemeldet.

Verbalattacken, also Bedrohungen, Beleidigungen, Pöbeleien stellten mit 33 Vorfällen 2021 die zweithäufigste Vorfallsart dar und haben damit fast wieder das „Vor-Corona- Niveau“ erreicht. 2020 ließ sich der Rückgang dieser Vorfälle durch die eingeschränkten Öffnungszeiten bei Beratungs- und Bildungsangeboten infolge des Lockdowns erklären. Entsprechend hatten die Lockerungen 2021 zu mehr Publikumsverkehr und zu erweiterten Öffnungs- und Beratungszeiten von Kooperationspartner*innen und Anlaufstellen geführt. Dies brachte mehr Meldungen.

Während 2020 die höchste Anzahl an Angriffen (21) seit 2014 erfasst wurde, sank ihre Anzahl 2021 auf 15 und lag damit noch hinter den Vorfällen von struktureller Benachteiligung (18). Das Motiv der meisten Angriffe (11) war Rassismus, ein Angriff

Beispielvorfälle

30. März 2021

Sticker der extrem rechten Kleinstpartei „Der III. Weg“, die für eine Demo am 1. Mai mobilisierten, wurden an Mülleimern an der Heerstraße entdeckt, entfernt oder überklebt.

Quelle: Stadtteilzentrum Obstallee/ Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e.V.

14. Mai 2021

Im Kiez um den Lutherplatz in der Neustadt (Ortsteil Spandau) wurden Flyer der neonazistischen Kleinstpartei „Der III.

Weg“ in Briefkästen entdeckt. In einem Flyer wurden Frauen direkt angesprochen, „Sicherheitstipps“ gegeben und es wurde unterstellt, dass Frauen in der Umgebung von Unterkünten für Geflüchtete sexuelle Gewalt durch Asylbewerber drohe. Im zweiten Flyer wurde ein Zusammenhang von erhöhter Kriminalität und der Gewährung von Asyl hergestellt und zur Einrichtung von Bürgerwehren aufgerufen.

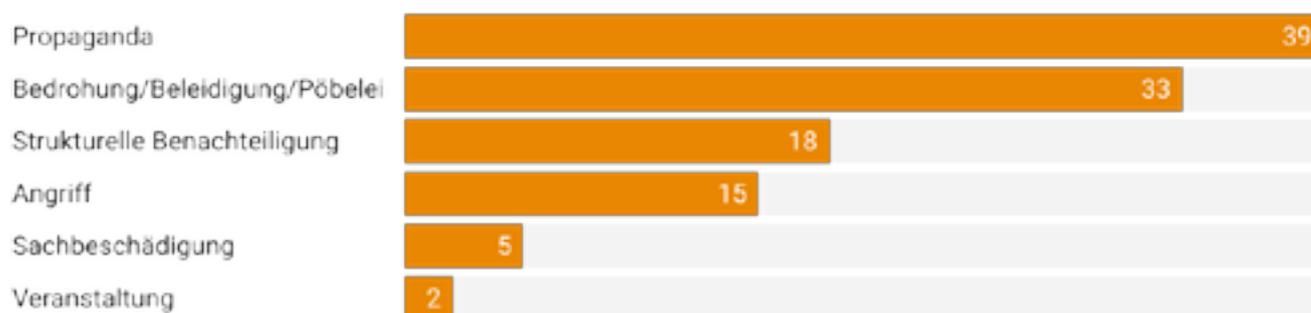
Quelle: Bürger*innenmeldung/ Quartiersmanagement Spandauer Neustadt

1. Juni 2021

Zu einer muslimischen Frau in der U7 machte ein Mann die antimuslimische, rassistische Bemerkung: „Hier ist Deutschland und nicht Kopftuchland.“

Quelle: Outreach Mobile Jugendarbeit in Spandau-Mitte

Arten von Vorfällen in Spandau 2021



war antisemitisch motiviert und 3 Angriffe betrafen politische Gegner*innen. LGBTIQ*-feindliche Angriffe wurden 2021 nicht dokumentiert. Der Rückgang der rassistischen und LGBTIQ*-feindlichen Angriffe ist darauf zurückzuführen, dass es keine Daten der Polizei für 2021 gibt (siehe Kasten S. 6). In ganz Berlin gibt es deshalb weniger dokumentierte Körperverletzungen. Angriffsorte waren der öffentliche Nahverkehr, öffentliches Straßenland sowie das nahe Wohnumfeld oder sogar das eigene Grundstück (s.u. „Jagow 15“). Auch 2021 waren Minderjährige von Angriffen betroffen: So wurden am 23. Dezember eine 41-jährige Frau und ihr 14-jähriger Sohn am späten Abend in einem Bus im Ortsteil Falkenhagener Feld von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt. Als sich der Sohn schützend vor seine Mutter stellte, wurde er vom Täter mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

Unter den Motiven bleibt Rassismus das stärkste

Nicht nur die Angriffe, sondern sämtliche Vorfällearten waren vor allem rassistisch motiviert. Seit Einrichtung der Registerstelle bei GIZ gGmbH 2014 ist Rassismus damit das häufigste Motiv der dokumentierten Vorfälle, mit ansteigender Tendenz (2021: 57, 51 %; 2020: 46, 47 %; 2019: 38, 40 %).

In die Kategorie Rassismus fließen Fälle von Anti-Schwarzem, antimuslimischem Rassismus und antiziganistische Vorfälle ein. 2021 wurden neben Rassismus allgemein erstmals mehr Fälle von Anti-Schwarzem-Rassismus verzeichnet (2021: 14; 2020: 5) als antimuslimischem Rassismus (2021: 11; 2020: 17), was allerdings damit erklärt werden kann, dass einer der Kooperationspartner, der antimuslimischen Rassismus erfasst, keine Vorfälle übermittelt hatte. 6 der rassistischen Vorfälle waren antiziganistisch motiviert.

Nach Rassismus als Motiv folgen rechte Selbstdarstellung (18 %), die leicht zurückging und gegen politische Gegner*innen gerichtete Vorfälle (11 %), die sich im Vergleich zu 2020 von 6 auf 12 Vorfälle verdoppelten. Der Wahlkampf 2021 zu Bundestag, Abgeordnetenhaus und BVV trug zu dem Anstieg bei. 9 Vorfälle, die sich gegen politische Gegner*innen richteten das alternative Hausprojekt „Jagow 15“ (s.u.) im Ortsteil Spandau.

Tatorte der Vorfälle 2021

Die meisten Vorfälle wurden für den Ortsteil Spandau dokumentiert (53, 59 %), der das Zentrum des gleichnamigen Bezirks darstellt. Hier begegnen sich viele Menschen oder haben Kontakt mit Behörden, so dass es zu Beleidigungen und oder strukturelle Benachteiligungen kommen kann. Auch die einzigen größeren Plätze des Bezirks, der Marktplatz und Rathausvorplatz, liegen hier und werden für Demonstrationen und Veranstaltungen (z.B. die „Montagsspaziergänge“) genutzt. Die Fußgängerzone ist die beliebteste Strecke um Sticker der extremen Rechten anzubringen.

Angriffe auf Hausprojekt „Jagowstr. 15“

Neun Vorfälle betrafen das alternative Hausprojekt „Jagow 15“ in der Neustadt. Die Vorfälle begannen im Januar mit einer Schmiererei am Haus und eskalierten zu zwei Brandanschlägen im April, bei dem Menschen Rauchvergiftungen erlitten und es zu erheblichem Sachschaden kam, gefolgt von einer Bombendrohung. Im Juni gab es noch eine Beschädigung an einem Banner am Haus. Der oder die Täter*innen sind bisher nicht bekannt. Die Bewohner*innen der „Jagow 15“ betrachteten die Vorfälle als eine Serie, mit der sie als politische Gegner*innen adressiert wurden. Diese Einschätzung

wurde von vielen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Bezirk geteilt, so dass im Mai 2021 eine bezirksweite Solidaritätskundgebung mit Teilnehmenden aus ganz Berlin veranstaltet wurde.

Querdenker*innen und „Montagsspaziergänge“

Auch in Spandau gab es 2021 eine Querdenker*innen-Demo mit „Captain Future“ und ca. 800 Teilnehmer*innen, auf der NS-verharmlosende Plakate gezeigt und die Pandemie-Maßnahmen mit der Judenverfolgung in der NS-Diktatur verglichen wurden. Ein Mitglied der Kladower Ortsgruppe von „Eltern-stehen-auf“ führte den Demonstrationzug an. In den Lautsprecherdurchsagen wurde der Widerstand gegen die Corona-Maßnahmen mit dem Recht auf Widerstand gegen Diktaturen begründet.

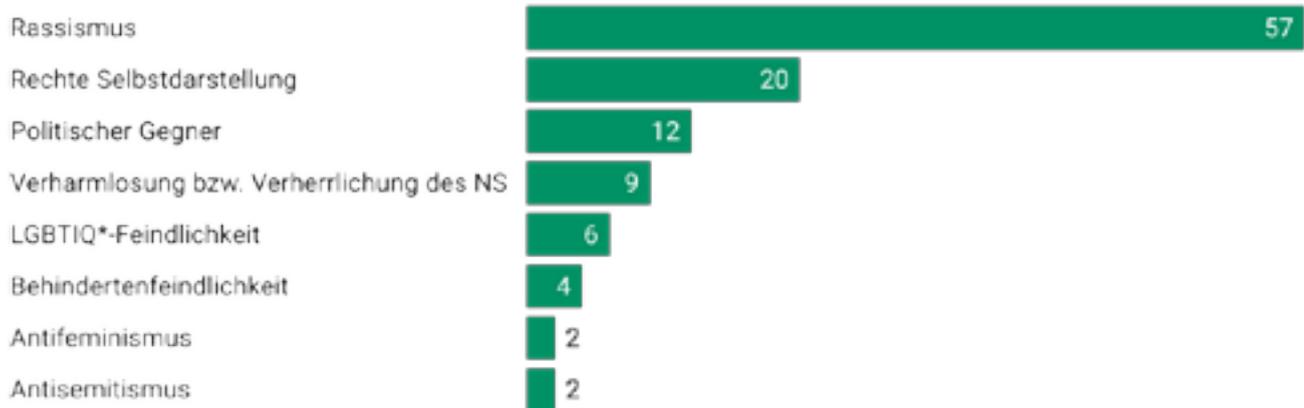
Als Widerstandskämpfer*innen inszenierten sich auch die Teilnehmer*innen der seit November 2021 stattfindenden „Montagsspaziergänge“. Während der Demonstrationen durch die Altstadt Spandau wurde vom Lautsprecherwagen das Geläut der Friedensglocke des Rathaus Schöneberg mit dem Freiheitsschwur abgespielt. Das Glockengeläut stand während des kalten Kriegs in West-Berlin symbolisch für den Kampf gegen Diktaturen.

Nach den „Montagsspaziergängen“ wurden NS-relativierende Sticker mit „Judenstern“ und anderen NS-Vergleichen entlang der Route entdeckt.

Anlaufstellen in Spandau

Anlaufstellen sind soziale Einrichtungen wie Beratungsstellen, Familienzentren, Bürgerbüros oder politische Initiativen, die gut im Kiez vernetzt sind. Betroffene vertrauen den Ansprechpartner*innen dort und berichten von ihren Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen. Mit

Motive der Vorfälle in Spandau 2021



dem Einverständnis der Betroffenen werden diese Vorfälle dann anonym an die Registerstelle weitergeleitet, damit sie Eingang in die Chronik finden und sichtbar werden. Gerade in einem Flächenbezirk wie Spandau mit sehr unterschiedlichen Ortsteilen und einem Zentrum, sind Anlaufstellen wichtig, um Betroffene erreichen und Vorfälle aus allen Ortsteilen erfassen zu können. Die inzwischen 17 Anlaufstellen konnten sich 2021 bei zwei von der Registerstelle initiierten Treffen austauschen und wurden in Workshops zu „Hate Speech“ bzw. „Rechte Codes und Symbole“ qualifiziert, die auch offen für andere Netzwerkpartner*innen waren. Dadurch wurden die Mitarbeiter*innen von Anlaufstellen sensibilisiert und entdeckten selbst Schmierereien und extrem rechte Sticker im Kiez, die sie dann an das Register meldeten.

Das Register Spandau hat 2021 drei neue Anlaufstellen in Hakenfelde und Kladow gewinnen können. Damit gibt es in 6 der 9 Ortsteilen Anlaufstellen, es fehlen noch welche in Haselhorst, Siemensstadt und Wilhelmstadt. Interessierte können sich an register.spandau@giz.berlin wenden.

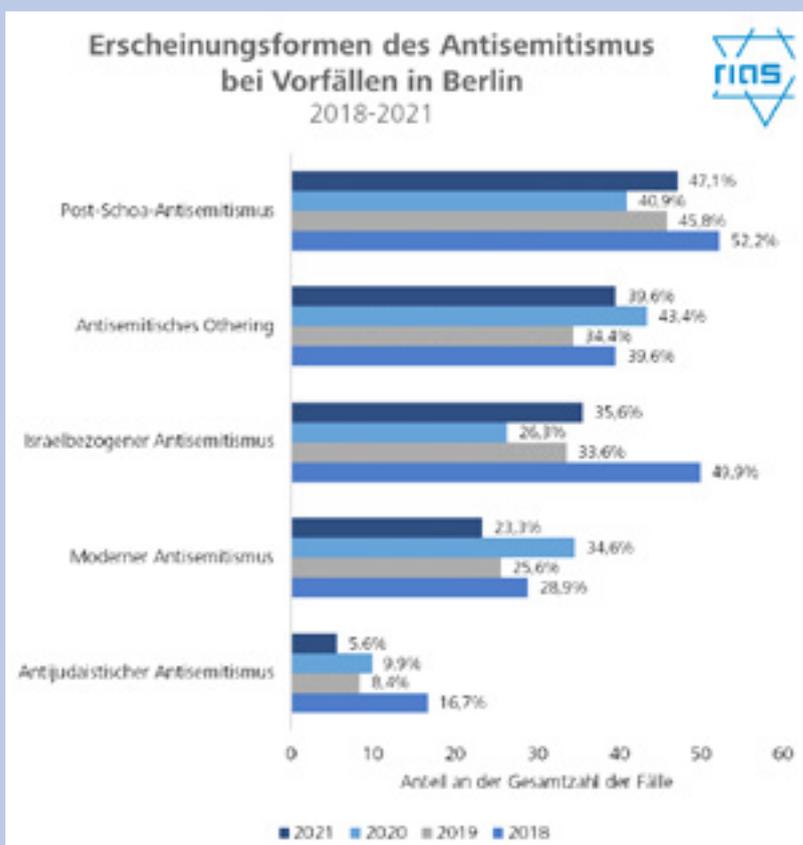
Gründung des Netzwerks Demokratie, Toleranz, Respekt und Vielfalt in Spandau

Als Reaktion auf die „Montagsspaziergänge“ und Querdenker*innen wurde auf Initiative der Partnerschaft für Demokratie Spandau, des Kirchenkreises Spandau, des „Bündnisses für Gesundheit, Solidarität und Demokratie Kladow“ und des Registers Spandau ein Netzwerk für Demokratie, Toleranz, Respekt und Vielfalt in Spandau angeregt, dessen Gründung im Frühjahr 2022 stattfand. Im Bündnis haben sich mittlerweile 20 Akteur*innen aus dem Bezirk zusammengeschlossen.



Zwei neue Anlaufstellen in Hakenfelde

Antisemitische Vorfälle 2021: Ein Überblick von RIAS Berlin



2021 wurden der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin insgesamt 1.052 antisemitische Vorfälle bekannt. RIAS Berlin dokumentierte zwei Fälle extremer Gewalt, 22 Angriffe, 43 gezielte Sachbeschädigungen, 28 Bedrohungen und 895 Vorfälle verletzenden Verhaltens, bei denen es sich in 57 Fällen um Versammlungen handelte. Von den insgesamt 1.052 Vorfällen richtete sich mit 545 etwas über die Hälfte der Vorfälle gegen Institutionen und etwa ein Fünftel (208) gegen Individuen. Insgesamt waren 292 Personen direkt von antisemitischen Vorfällen betroffen, hiervon waren 215 (73,6%) entweder jüdisch und/oder israelisch (170) oder wurden als solche wahrgenommen und angesprochen (45). In 291 Vorfällen wurden keine direkt Betroffenen bekannt.

Zum ersten Mal seit 2015 hat RIAS Berlin zwei Vorfälle als Fälle extremer Gewalt registriert. In die Kategorie extremer Gewalt fallen physische Angriffe, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Dem Projekt wurden zudem 22 weitere Angriffe bekannt. Dabei handelte es sich u.a. um unvermittelte physische Übergriffe, Schläge in der S-Bahn, das Anspucken auf der Straße und den Einsatz von Reizgas gegen Personen. In vierzehn Fällen waren die betroffenen Personen jüdisch und wurden als solche adressiert, in den anderen acht Vorfällen wurden die Angegriffenen während des Übergriffs antisemitisch beleidigt.

Vorfälle physischer Gewalt, die RIAS Berlin bekannt wurden, gab es in allen Berliner Bezirken, ausgenommen Reinickendorf. In Neukölln waren es vier Angriffe, in Charlottenburg-Wilmersdorf, Tempelhof-Schöneberg und Lichtenberg je drei, in Friedrichshain-Kreuzberg, Treptow-Köpenick und Pankow je zwei und in Marzahn-Hellersdorf und Steglitz-Zehlendorf wurde RIAS Berlin je ein antisemitischer Angriff bekannt. Die meisten Angriffe ereigneten sich dabei in der Öffentlichkeit – auf der Straße, im öffentlichen Personennahverkehr oder auch im Fußballstadion. Einige Vorfälle fanden auch im Wohnumfeld der Betroffenen statt. Vorfälle, die sich in oder nahe dem privaten Rückzugsraum ereignen, können das Sicherheitsgefühl der Betroffenen in besonderem Maße beeinträchtigen.

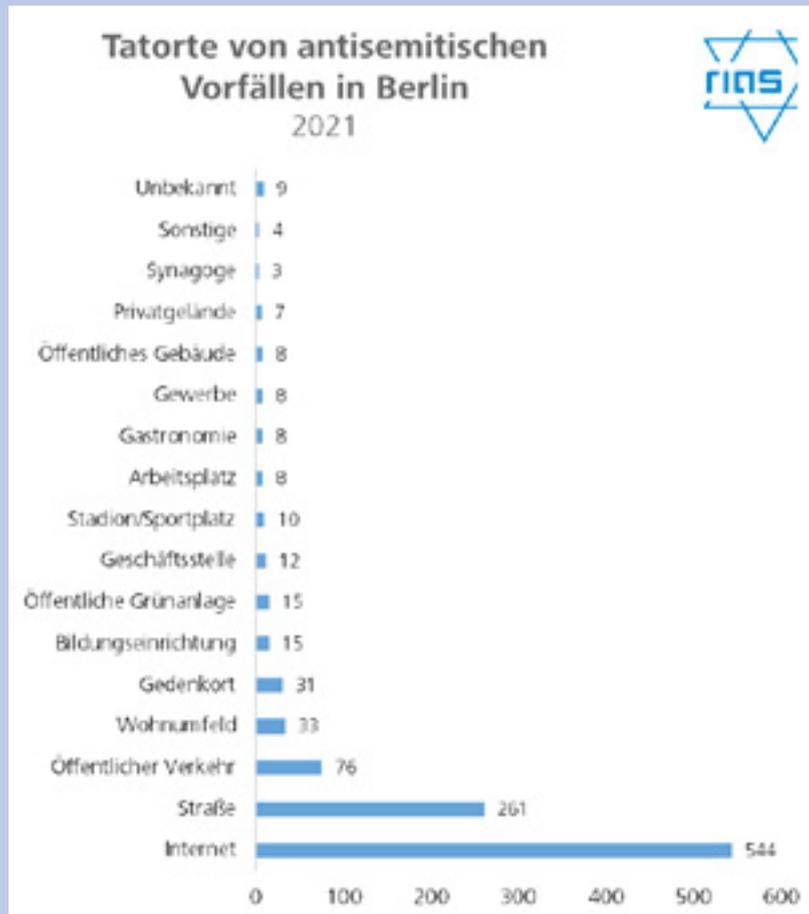
Antisemitische Angriffe sind kein alltägliches Phänomen in Berlin. Dennoch können sie den Alltag von Jüdinnen_Juden in Berlin prägen. Grundsätzlich haben sie nicht nur Auswirkungen auf die unmittelbar Betroffenen, sondern führen auch

zur Verunsicherung bei Angehörigen, Zeug_innen und den jüdischen Communities. Aus den Erfahrungen, die Betroffene RIAS Berlin geschildert haben, geht zudem hervor, dass Antisemitismus für Jüdinnen_Juden in Berlin im vergangenen Jahr insgesamt sehr präsent war.

Die Dokumentation des Projekts zeigt die hohe Kontinuität antisemitischer Vorfälle in der Hauptstadt in den vergangenen Jahren: 2017 wurden dem Projekt 955 Vorfälle bekannt, 2018 registrierte es 1.085 Vorfälle, 2019 insgesamt 886, und im vergangenen Jahr waren es 1.019 Vorfälle, also nur geringfügig weniger, als die in diesem Jahr dokumentierten 1.052 antisemitischen Vorfälle. Daneben beobachtet RIAS Berlin immer wieder antisemitische Dynamiken: temporäre Phasen, in denen eine erhöhte Anzahl antisemitischer Vorfälle mit ähnlichem inhaltlichem Bezug durch das Projekt registriert und dokumentiert wird. Anlässe wie politische Ereignisse – zum Beispiel die Eskalation im palästinensisch-israelischen Konflikt –, bestimmte historische Jahrestage oder Debatten bilden unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen Gelegenheitsstrukturen für antisemitische Äußerungen und antisemitisches Handeln und können so das Aufkommen von antisemitischen Vorfällen begünstigen. Gezielte Mobilisierungen durch Kampagnen in den Sozialen Medien oder auch Versammlungen können solche Entwicklungen verstärken.

So wurden im Mai 2021 insgesamt (inklusive Nachmeldungen) 225 antisemitische Vorfälle bekannt und damit so viele wie in keinem anderen Kalendermonat, seit RIAS Berlin 2015 die Dokumentation antisemitischer Vorfälle begonnen hat. 2021 wiesen insgesamt 181 antisemitische Vorfälle explizite Bezugnahmen auf die erneute Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt auf, davon allein rund 80 % im Monat Mai (145). Jüdinnen_Juden waren in diesen Wochen in Berlin vor dem Hintergrund des Krieges zwischen Israel und der Hamas in erhöhtem Maße mit antisemitischen Anfeindungen und Bedrohungen konfrontiert.

Seit 2020 bilden zudem die COVID-19-Pandemie und die staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung eine Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle. 2021 wurden dem Projekt insgesamt 254 Vorfälle in Berlin mit einem entsprechenden inhaltlichen Bezug bekannt. Im Unterschied zu den Vorfällen im Zusammenhang mit der erneuten Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt kam es hier nicht zu einem nur kurzfristigen



Anstieg, vielmehr kam es zu Vorfällen kontinuierlich über das gesamte Jahr hinweg. RIAS Berlin dokumentierte insbesondere vier Phasen mit einem jeweils höheren Aufkommen antisemitischer Vorfälle mit Bezug zur COVID-19-Pandemie. Dabei korrelierte die Zunahme antisemitischer Vorfälle mit diesem Bezug zeitlich unter anderem mit der Neufassung des Infektionsschutzgesetzes im April (27 Vorfälle) und der Beibehaltung der Einschränkungen für Ungeimpfte während des erneuten Anstiegs der Inzidenzwerte im November (37 Vorfälle) und Dezember (45 Vorfälle). Diese Dynamiken in der Entwicklung antisemitischer Vorfälle in Berlin zeigen die inhaltliche Anpassungsfähigkeit des Antisemitismus und verweisen auf ein großes antisemitisches Potenzial, das durch spezifische Anlässe, wie politische Ereignisse in Israel oder gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland, gleichsam abgerufen werden kann.

Kontakt:

RIAS Berlin
c/o VDK e.V.
Postfach 580 350
10413 Berlin

Web: report-antisemitism.de/rias-berlin

Unterschiede zwischen der Erfassung durch die Berliner Register und RIAS Berlin

- RIAS Berlin benutzt ein Kategoriensystem, das auf der jahrelangen Arbeit der britischen jüdischen Wohltätigkeitsorganisation Community Security Trust (CST) basiert und für den deutschen Kontext angepasst wurde. Als **extreme Gewalt** versteht RIAS Berlin physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Seit Beginn der Erfassung 2015 wurde für Berlin noch kein Fall von antisemitisch motivierter extremer Gewalt dokumentiert. Bundesweit fanden 2019 drei solche Fälle statt, darunter der bereits erwähnte Anschlag auf die Synagoge in Halle (Saale) am Jom Kippur sowie eine versuchte Brandstiftung am Haus eines jüdischen Ehepaares in Niedersachsen. Als **Angriffe** versteht RIAS Berlin Vorfälle, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Diese Kategorie beinhaltet auch den bloßen Versuch eines physischen Angriffs. Die beiden Kategorien „extreme Gewalt“ und „Angriff“ entsprechen weitgehend der Registerkategorie „Angriff“, umfassen im Gegensatz zu dieser jedoch keine massiven Bedrohungen. Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** versteht RIAS Berlin die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern. Dazu zählt auch die Beschädigung oder Beschmutzung von Erinnerungszeichen und -orten für die Opfer der Schoa, also z.B. Gedenkstätten, Gedenktafeln,

Stolpersteinen, sowie von Geschäftsstellen entsprechender Organisationen. Diese Kategorie entspricht in etwa der Registerkategorie „Sachbeschädigung“.

Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und konkret an eine Person bzw. Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalttaten. Vorfälle dieser Art werden von den Registern entweder als „Angriff“ (falls die Bedrohung massiv ist) oder als „Bedrohung/Beleidigung/Pöbelelei“ eingeordnet.

Als **verletzendes Verhalten** fasst RIAS Berlin sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt auch für online getätigte antisemitische Äußerungen, sofern diese direkt an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind. Als verletzendes Verhalten werden ferner antisemitische Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums gewertet. Als eine Unterkategorie des verletzenden Verhaltens erfasst RIAS Berlin Versammlungen – öffentlich zugängliche Veranstaltungen, wenn entweder auf ihnen selbst oder in den Ankündigungen und Aufrufen zur Versammlung antisemitische Inhalte feststellbar sind. Fälle von verletzendem Verhalten erfassen die Berliner Register unter den Kategorien „Bedrohung/Beleidigung/Pöbelelei“, „Propaganda“, „Sachbeschädigung“, „Veranstaltung“ oder (z.B. im Falle einer Diskriminierung) „Sonstiges“.

In der Kategorie **Massenzuschrift** werden schließlich antisemitische Zuschriften erfasst, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten – meistens handelt es sich hier um Online-Vorfälle. Alle diese Vorfälle sind für die Register Fälle von „Propaganda“.

- Im Gegensatz zu den Berliner Registern, die ein Monitoring der Social Media-Aktivitäten einschlägiger Berliner rechtsextremer Einzelpersonen und Gruppen betreiben und Ergebnisse aus diesem Monitoring als Vorfälle in die Chronik aufnehmen, erfasst RIAS Berlin Online-Vorfälle nur dann, wenn diese an Einzelpersonen oder Institutionen adressiert werden, z.B. in Form von E-Mails, Facebook-Kommentaren und weiteren direkt gerichteten Mitteilungen.
- RIAS Berlin erhält vom Kriminalpolizeilichen Meldedienst – Politisch Motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) der Berliner Polizei regelmäßig eine Statistik antisemitischer Straftaten inklusive kurzen Beschreibungen der Sachverhalte. Hieraus übernimmt das Projekt, bereinigt von Dopplungen und nicht zielgerichteten Propagandastraftaten, alle antisemitischen Vorfälle in die eigene Statistik – anders als die Berliner Register, die polizeilich bekannte Straftaten nur dann aufnehmen, wenn diese auf einem sonstigen Wege bekannt wurden (z.B. durch eine separate Meldung, eine polizeiliche Veröffentlichung oder durch die Opferberatungsstelle Reachout).
- Antisemitische Vorfälle können eine oder mehrere weitere zusätzliche Motivationen wie rechte Selbstdarstellung, NS-Verharmlosung, Rassismus u.w. aufweisen. Da die Berliner Register die Vorfälle thematisch jeweils einfach zuordnen, kann es dazu kommen, dass ein Vorfall mit auch antisemitischer Motivation von den Berliner Registern statistisch unter einem anderen Phänomen verzeichnet wird, weil diesem im konkreten Fall eine größere Rolle als Antisemitismus zugemessen wird. RIAS Berlin erfasst auch solche Vorfälle in der eigenen Statistik antisemitischer Vorfälle. Durch den Abgleich soll sichergestellt werden, dass möglichst viele Fälle dem gleichen Phänomen zugeordnet werden.

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN 2021

Eine Auswertung der Recherche- und
Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

Antisemitische Vorfälle in Berlin 2021

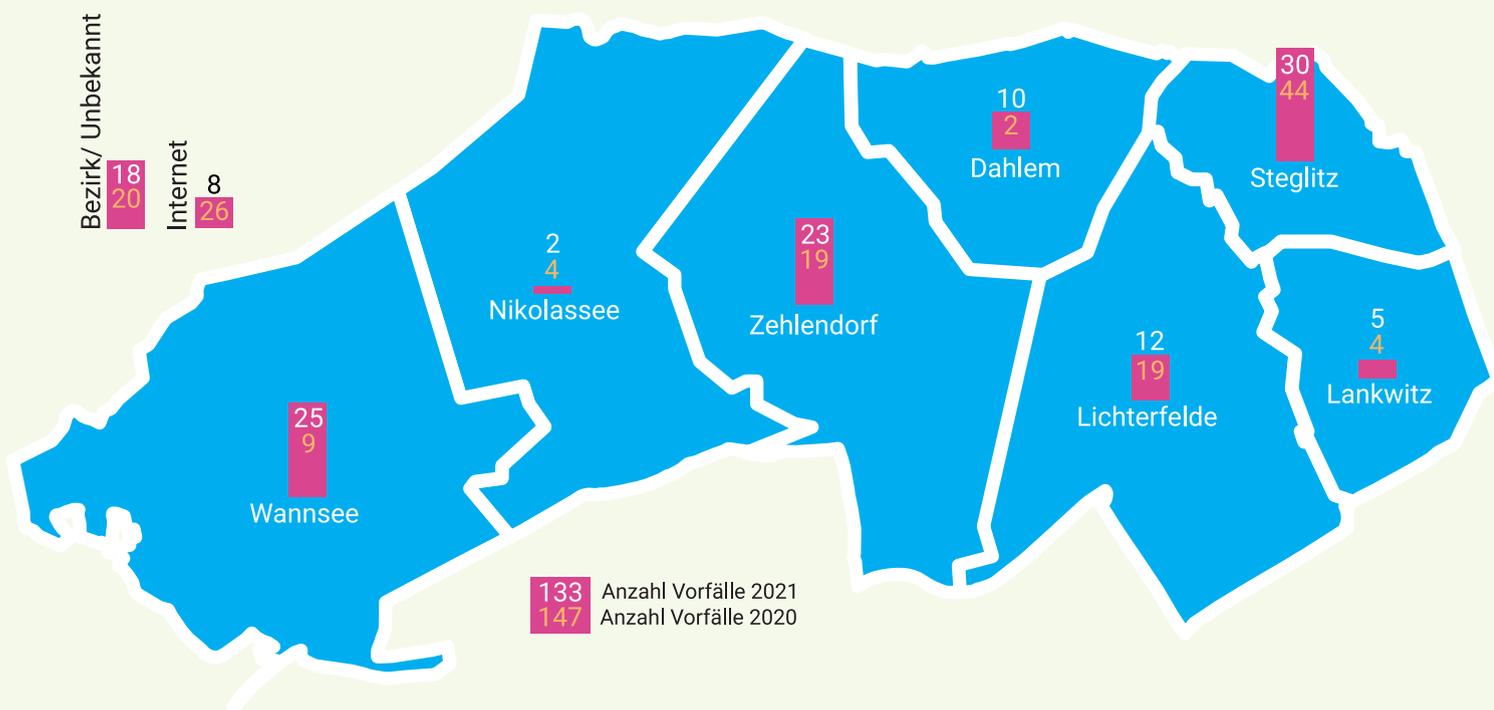
Eine Auswertung der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

Digital unter:
report-antisemitism.de/annuals

Steglitz-Zehlendorf

Steglitz-Zehlendorf ist ein Randbezirk, der im Südwesten von Berlin liegt. Von der Fläche her ist Steglitz-Zehlendorf der drittgrößte Bezirk Berlins. Es leben dort etwa 310.000 Menschen. Sowohl von der Nutzung und Landschaft her, als auch von seiner Einwohner*innenstruktur ist der Bezirk sehr vielfältig. Sehr grün und wasserreich mit dem Wannsee oder dem Schlachtensee auf der einen Seite und große Einkaufsstraßen wie die Schloßstraße auf der anderen. Es gibt bekannte Villenviertel und gleich-

zeitig Hochhaussiedlungen, auf denen viele Menschen eng zusammenleben. Steglitz-Zehlendorf ist ein Wissenschaftsstandort mit einer Universität, einer Hochschule (Freie Universität und Evangelische Hochschule) und weiteren Forschungseinrichtungen wie dem Max-Planck-Institut oder dem Campus der Charité Benjamin Franklin. Seit der Wahl im September 2021 hat der Bezirk eine Bürgermeisterin aus der Partei Bündnis 90/ Die Grünen. Vorher wurde der Bezirk 20 Jahre von der CDU regiert.



Rechter Sticker in Nikolassee

Verschiedene extrem rechte Aufkleber in Lichterfelde



Kontakt:
Register Steglitz-Zehlendorf
 Mittelhof e. V.
 Königstraße 42-43
 14163 Berlin

Mobil: 0177 - 4731717
 Mail: sz@berliner-register.de
 Facebook: ReginaStegendorf
 Twitter: @RegisterBSZ
 Instagram: @RegisterBSZ

Im Bezirk Steglitz-Zehlendorf wurden 2021 insgesamt 133 Vorfälle erfasst. Das sind 14 Vorfälle weniger als im Jahr 2020.

66% dieser Vorfälle waren Propaganda, in Form von Aufklebern, Flyern und Sprühereien, 12% Beleidigungen, Pöbeleien und Bedrohungen und 11% Strukturelle Benachteiligung. Die Zahl der Propagandavorfälle unterscheidet sich nicht groß von den Vorfällen im Jahr 2020. Die Zahl der Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien sank leicht um sechs Vorfälle, wohingegen an Struktureller Diskriminierung acht Vorfälle mehr gemeldet wurden als 2020.

Rassismus bleibt, wie auch 2020 mit 38% der Vorfälle das häufigste Motiv für Diskriminierung. Dahinter folgt das Motiv der Rechten Selbstdarstellung mit 29% und Antisemitismus mit 11%.

In den Ortsteilen Steglitz und Zehlendorf wurden wie auch 2020 die meisten Vorfälle gemeldet. In Steglitz sank die Zahl von 44 auf 30 Vorfälle, in Zehlendorf stieg sie leicht von 19 auf 23. Steglitz bleibt mit 23% der

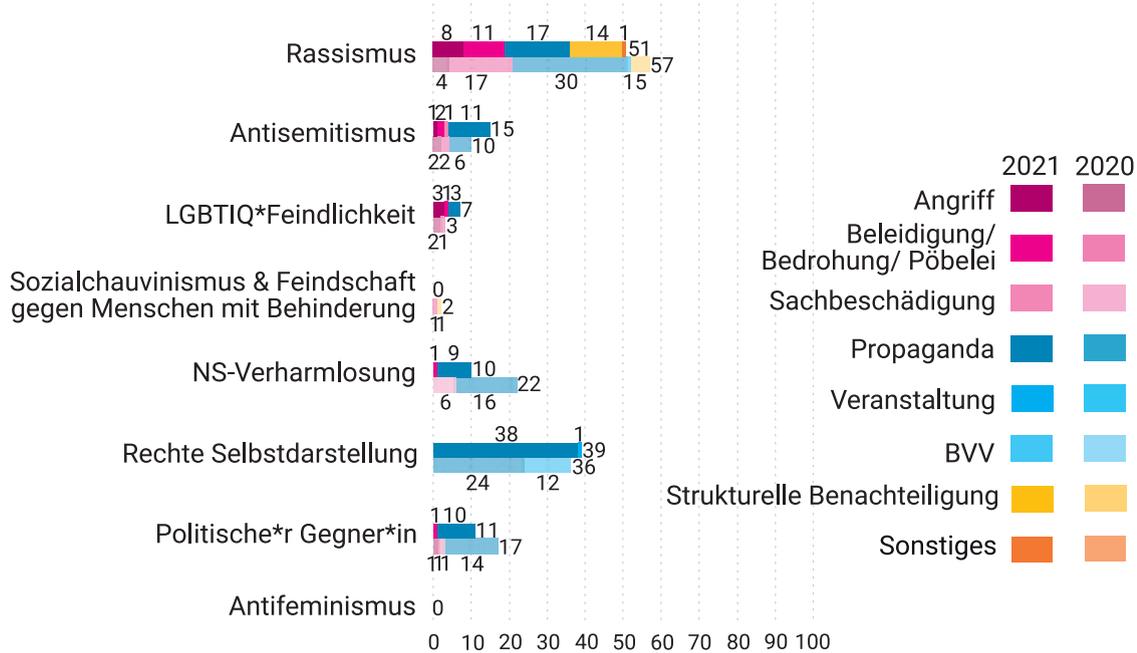
Ortsteil mit den meisten Vorfällen im Bezirk. Besonders oft passieren Vorfälle dort, wo viele Menschen aufeinandertreffen, z.B. an und in Öffentlichen Verkehrsmitteln und Einkaufsstraßen. Dort, wo viele Menschen zusammenkommen, gibt es mehr Gelegenheiten bei welchen potenzielle Täter*innen auf Menschen treffen, die sie attackieren können. Hinzu kommt, dass Aufkleber dort geklebt werden, wo sie viel Aufmerksamkeit erhalten. Vom S- und U-Bahnhof Steglitz werden deshalb immer wieder Vorfälle gemeldet.

Seit Dezember 2020 hat Steglitz-Zehlendorf insgesamt acht Ortsteile, durch die Ernennung von Schlachtensee als Ortsteil. Dieser war bisher im Ortsteil Wannsee integriert und wird erst in den folgenden Jahren einzeln ausgewertet. Für 2021 wurde dort nur ein Vorfall erfasst. In Wannsee sind die Vorfallszahlen im Jahr 2021 gestiegen mit 25 gezählten Vorfällen im Vergleich zu 9 im Jahr 2020. Die gemeldeten Vorfälle kommen dabei hauptsächlich von einer meldenden Person (18 der Vorfälle). Es handelt sich

hierbei zum größten Teil um Propaganda in Form von Aufklebern und Schmierereien. Die meldende Person hat im Jahr 2021 und in den Jahren davor regelmäßig rechte, rassistische und teils antisemitische Sticker und Schmierereien entdeckt und entfernt.

Entwicklungen im Jahr 2021

Der Rückgang der Zahlen im Gesamtbezirk lässt sich durch die Dynamiken im Zusammenhang mit der Pandemie erklären und damit, dass die ohnehin wenigen Akteur*innen der extremen Rechten kaum in Erscheinung getreten sind. Laut Melder*innen und Netzwerkpartner*innen waren vorwiegend verschwörungsideologische Vorfälle zu finden. Die konnten vom Register aber nur dann erfasst werden, wenn sie in die inhaltlichen Kategorien passten. Das bedeutet, dass sie antisemitisch, NS-verharmlosend oder extrem rechts sein müssen. Durch die Pandemie haben sich außerdem Öffnungszeiten von Anlaufstellen geändert oder sie waren ganz geschlossen. Auch deswegen kann es zu weniger Meldungen gekommen sein.



Beispielvorfälle

26. Januar 2021

In Zehlendorf erhielt eine Seniorin an ihre Privatadresse einen Brief mit antisemitischen Beleidigungen. Es soll sich sogar ein „Reisegutschein nach Auschwitz“ im Brief befunden haben. Die Polizei ermittelt.
Quelle: Berliner Zeitung

28. April 2021

Am S-Bahnhof Mexikoplatz wurde ein 1,50m großer Schriftzug mit der Parole „Kill Merkel“ sowie Corona und #alles-

dichtmachen entdeckt und entfernt.

Quelle: Initiative „Hass vernichtet“

28. Mai 2021

In der Schloßstraße Ecke Grenzbürger Straße wurde abends eine 22-jährige Frau aus queerfeindlichen Motiven erst beleidigt und dann mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Die Polizei ermittelt.
Quelle: Polizeimeldung

15. Juni 2021

Im Stadtpark Steglitz kam es zu einer

rassistischen Diskriminierung eines Mädchens auf einem Spielplatz. Ein anderes Kind beleidigte sie mehrfach rassistisch. Die Erzieherin, die auf die rassistischen Aussagen durch das Kind aus ihrer Gruppe angesprochen wurde, wies die Kritik ab.

Quelle: Bürger*innenmeldung

18. Juni 2021

Am S-Bahnhof Schlachtensee kam es zu einer anlasslosen Kontrolle aufgrund mutmaßlich rassistischer Vorurteile (Ra-

Bekannte rechte Akteur*innen des Bezirks hatten sich 2021 mehr ins Private zurückgezogen. Es fanden weniger öffentliche Veranstaltungen statt (2021: 1; 2020: 13). Einige haben die Nähe zu Verschwörungsgläubigen und Querdenker*innen gesucht und im Rahmen dessen Veranstaltungen mitgestaltet, die nicht in der Registerchronik erfasst wurden (siehe oben).

Rassismus blieb das Hauptmotiv unter den Vorfällen (51). Darunter fielen Propagandavorfälle (2021: 17; 2020: 30), Beleidigungen, Pöbeleien und Bedrohungen (2021: 11; 2020: 17) und vermehrt strukturelle Diskriminierung (2021: 14; 2020: 5). Körperliche und verbale Gewalt kommen dabei von Bürger*innen des Bezirks und geschehen im Alltag, bei Einkäufen, bei Bahnfahrten oder Besuchen von Parks.

Corona und Antisemitismus

Die Corona Pandemie und damit verbundene Phänomene wie Querdenker*innen oder Impfgegner*innen zeigten sich auch in einzelnen Vorfällen. Besonders die Vergleiche der Impfgegner*innen mit Jüd*innen während des zweiten Weltkrieges verharmlosen die NS-Zeit und führen zu antisemitischen Vorfällen. Auch in Steglitz-Zehlendorf haben solche Vorfälle im Jahr 2021 stattgefunden (insgesamt 12 von 15 Vorfällen). In Wannsee beispielsweise tauchten Sticker und Sprühereien mit dem Spruch „Bargeldlos nach Auschwitz“ auf und im Gästebuch des Hauses der Wannsee-Konferenz fanden sich Einträge, welche die Shoa relativierten und sich auf die COVID-Impfung bezogen.

Strukturelle Benachteiligung und Schulen

Die Vorfälle von struktureller Benachteiligung sind gestiegen (2021:14; 2020: 6). Darunter finden sich antiziganistische Vorfälle, bei denen Menschen im Jobcenter Leistungen verweigert wurden und rassistische Vorfälle an Schulen. Insbesondere unser Netzwerkpartner ADAS hat im Jahr 2021 elf

Vorfälle gemeldet, die an Schulen im Bezirk stattgefunden haben. Zwei weitere Vorfälle an Schulen sind von den Registern gemeldet worden.

Was Vorfälle struktureller Diskriminierung auszeichnet ist das hohe Maß an Abhängigkeit der Betroffenen gegenüber denjenigen, die sie diskriminieren. Eine Person, die auf Leistungen des Jobcenters angewiesen ist und deren Existenz von diesen Leistungen abhängt, überlegt es sich gut, ob sie eine Diskriminierung meldet. Dazu kommen Unsicherheiten und Nicht-Wissen über eigene Rechte. Gleiches gilt für Menschen, die Diskriminierung an Schulen erfahren, sowohl auf Schüler*innen-, als auch auf Lehrer*innen-Seite. Die meisten Betroffenen an Schulen im Jahr 2021 waren Schüler*innen, die entweder durch andere Schüler*innen oder durch Lehrkräfte diskriminiert wurden. Auch hier gibt es Abhängigkeiten durch die Enge und die Gruppendynamik im Klassenraum, sowie durch Notengebung des Lehrpersonals und damit verbunden die Weichenstellung für das weitere Berufsleben. Um Betroffene zu schützen und auf deren Wunsch, werden Vorfälle struktureller Benachteiligung von den Berliner Registern zum größten Teil anonymisiert dokumentiert. Das Melden von Diskriminierung sollte keine negativen Konsequenzen für die Betroffenen oder die Melder*innen haben.

Dunkelfelder 2021

Obwohl ein großer Teil der Vorfälle rassistisch ist, gibt es ein großes Dunkelfeld an Alltagsrassismus. Aus Gesprächen mit Betroffenen geht hervor, dass ihnen Rassismus in so vielen Situationen begegnet, durch Worte, Beleidigungen, Gesten etc., dass sie nicht jeden Fall melden. Es werden eher Fälle bekannt, die mit Angriffen oder schweren Bedrohungen enden und somit u.a. durch Polizei- oder Pressemeldungen in die Öffentlichkeit gelangen.

Weiterhin gibt es im Bezirk Steglitz-Zehlendorf keine Beratungs- oder Anlaufstelle für LGBTIQ*-Personen. Dabei machen die Vorfälle von 2021 deutlich (2021: 7; 2020: 3), dass Menschen aus der LGBTIQ* Community auch in Steglitz-Zehlendorf von Diskriminierung betroffen sind, wie z.B. der Angriff auf eine queere Person im Mai 2021 oder Pöbeleien gegen die Teilnehmer*innen des CSD vor dem Rathaus Zehlendorf im Juli des Jahres 2021.

Feindlichkeit gegenüber Menschen mit Behinderungen oder Erkrankungen gehen im Bezirk ebenfalls unter. 2021 wurde keine Diskriminierung gemeldet, was nicht bedeutet, dass Menschen mit Behinderungen keine Diskriminierung erfahren. In Steglitz-Zehlendorf gibt es verschiedenste Einrichtungen, Arbeits- und Wohnangebote für Menschen mit Behinderungen. Hier wird es 2022 Aufgabe des Registers sein, sich in diesen Einrichtungen bekannt zu machen und für das Problem des Ableismus zu sensibilisieren.

Dunkelfelder, also die Zahl der Vorfälle, die nirgendwo erfasst werden, bedeuten demnach nicht, dass im Bezirk Steglitz-Zehlendorf die genannten Diskriminierungsformen und Motive nicht vorkommen oder geschehen. Es bedeutet lediglich, dass diese Diskriminierungen zu wenig bekannt sind, dass es vor Ort keine sicheren Ansprechpartner*innen und Beratungsstellen gibt, an die Betroffene, Zeug*innen und Interessierte sich wenden können.

Aufgabe der Registerstelle, der Lokalpolitik und der Verwaltung sowie zivilgesellschaftlicher Initiativen muss es zukünftig also sein, Orte für Betroffene von Diskriminierung zu schaffen, an denen über die Erfahrungen mit Rassismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit, Ableismus und weitere Diskriminierungsformen offen und sicher geredet werden kann.

cial Profiling). Auf einem vollen Bahnhof wurde lediglich ein junger Mann von der Polizei herausgegriffen und kontrolliert. Ein Grund war nicht zu erkennen.

Quelle: Bürger*innenmeldung

28. Juni 2021

In einer Ausgabe des Magazins von Andreas Wild ging es um den Weltuntergang. Eine Artikel-Überschrift lautete: „Balkanisierung Deutschlands und der Multikulturalismus als kommunistische Ersatzideologie“. Wild war in der Vergangenheit

durch Kontakte zur extremen Rechten aufgefallen.

Quelle: Koordinierung der Berliner Register

14. September 2021

Während einer Veranstaltung im JugendKulturBunker kam es durch eine Person mehrfach zu rassistischen Pöbeleien und Störungen. Die Beleidigungen setzten sich auch vor dem Gebäude fort, bis die Person das Gelände verließ.

Quelle: Bürger*innenmeldung

26. September 2021

In Lichterfelde wurden diverse Wahlplakate demokratischer Parteien mit „Islamisierung mit uns ja gerne“ überklebt.

Quelle: Register Steglitz-Zehlendorf

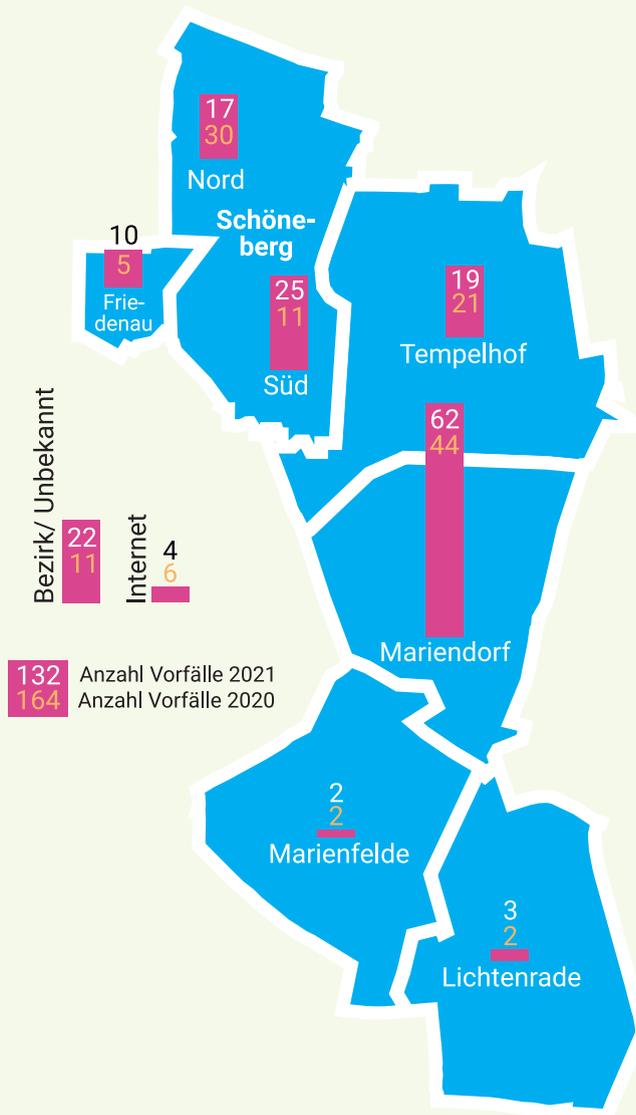
3. November 2021

Gegen 19.30 Uhr wird ein Taxifahrer in der Göttinger Straße von einem bekannten Neuköllner Neonazi aus rassistischer Motivation beleidigt, mit einem Teleskop-Schlagstock geschlagen und verletzt.

Quelle: ReachOut

Tempelhof-Schöneberg

Tempelhof-Schöneberg ist mit seinen knapp 350.000 Einwohner*innen der drittgrößte Bezirk Berlins nach Einwohnerzahl. Die sieben Ortsteile des Bezirks (Schöneberg-Nord, Schöneberg-Süd, Friedenau, Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade) sind in ihrer Struktur sehr unterschiedlich. Vom großstädtisch geprägten Schöneberger Wittenbergplatz über den Regenbogenkiez rund um den Nollendorfplatz und die Stadtvillen in Friedenau bis hin zu dörflichen Strukturen mit der alten Dorfanlage in Marienfelde und Hochhausanlagen am Stadtrand in Lichtenrade. Dementsprechend sind die Netzwerkstrukturen und Gegebenheiten für die Erfassung von Vorfällen sehr unterschiedlich und somit auch die Anzahl der Meldungen aus den verschiedenen Regionen.



Neonazi-Schriftzug im Bezirk



Neonazi-Aufkleber in Friedenau



Kontakt:

Register Tempelhof-Schöneberg

NUSZ in der UFA-Fabrik e. V.
 Viktoriastraße 13
 12105 Berlin

Tel.: 0176 - 58 85 57 15
 Mail: ts@berliner-register.de
 Facebook: [TSRegisterBerlin](https://www.facebook.com/TSRegisterBerlin)
 Twitter: [@TSRegister](https://twitter.com/TSRegister)
 Instagram: [@TSRegister](https://www.instagram.com/TSRegister)

Tempelhof-Schöneberg

Berlinweit wurden 4841 Vorfälle im Jahr 2021 dokumentiert (2020: 3822). In Tempelhof-Schöneberg erfasste die Registerstelle im Jahr 2021 insgesamt 164 Vorfälle (2020: 132). Damit entfallen gerade einmal drei Prozent aller von den Berliner Registerstellen erfassten Vorfälle auf den Bezirk. Gegenüber dem Vorjahr (2021: 133) sind dies 30 Meldungen mehr. Im Berliner Vergleich ist Tempelhof-Schöneberg damit ein Bezirk mit wenigen dokumentierten Vorfällen. Dabei ist trotz einer sensibilisierten Zivilgesellschaft und engagierter Anlaufstellen vor Ort von einer Dunkelziffer und lokalen Blindstellen auszugehen.

Mehr Propaganda und Diskriminierung, weniger Angriffe und Bedrohungen

Der Anstieg der Vorfälle im Bezirk hat seine Ursache in Propagandavorfällen (2021: 96; 2020: 56). Im Wahlkampf (Bundestagswahl, Abgeordnetenhauswahl, Wahl für die Bezirksparlamente) warben extrem rechte Parteien für ihre Wahlprogramme. Ein Teil der Propagandafälle hatte einen Bezug zur Covid-19-Pandemie und war antisemitisch und verharmloste den Nationalsozialismus. Im Gegensatz zu anderen Bezirken sind die Parolen, die in Tempelhof-Schöneberg geschmiert wurden, hemmungslos menschenfeindlich. Hakenkreuze oder die Parole „Nazi-Kiez“, die öfter geschmiert wurden, waren ebenfalls in anderen Bezirken zu finden. Aber in Mariendorf standen dort Vernichtungsfantasien wie „Das Dreckspack von Neukölln vergasen“ oder „Alles was nicht rein deutsch geboren ist nach Sachsenhausen ins Gas“.

Angestiegen sind neben der Propaganda die Fälle von struktureller Benachteiligung (2021: 14; 2020: 5). In 5 Fällen wurden Menschen aus rassistischen Gründen benachteiligt, in 9 Fällen waren Menschen behindertenfeindlich behandelt worden.

In 5 dieser Fälle fanden die Diskriminierungen in der Schule statt. Die übrigen Vorfälle fanden im Jobcenter oder an Laden-Geschäften statt. Mangelnde Barrierefreiheit von Fußgängerbereichen und Bahnhöfen spielten ebenfalls eine Rolle. Eine Frau mit Rollstuhl teilte mit, dass es am Südkreuz kein Taxi gab, das Personen mit Rollstuhl befördern konnte. Die Frau hatte zuvor acht Taxiunternehmen angerufen.

Die Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien sanken (2021: 21; 2020: 37), ebenso wie die körperlichen Angriffe (2021: 17; 2020: 21). In beiden Kategorien fehlen für das Jahr 2021 Daten, zum einen von der Berliner Polizei (siehe Kasten zu Untererfassung S. 6) und zum anderen von Inssan, einem Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit. Es sind vor allem rassistische Vorfälle, die weniger dokumentiert wurden. Durch die fehlenden Daten muss davon ausgegangen werden, dass der Rückgang auf die Untererfassung zurückzuführen ist und das Dunkelfeld wieder größer geworden ist.

Blick in die Ortsteile

Die meisten Vorfälle und der größte Anstieg gegenüber dem Vorjahr wurden für den Ortsteil Mariendorf verzeichnet (2021: 62; 2020: 44). Diese hohe Zahl ist auf Propagandavorfälle zurückzuführen (55). Sie waren NS-verharmlosend, rassistisch, antisemitisch, häufig mit Edding geschriebene Parolen und sie befanden sich an den Bushaltestellen Neumarkplan, „Goldes Horn“ und am U-Bahnhof Alt-Mariendorf. Es scheint sich in der Region um sehr wenige Einzelpersonen zu handeln, die für eine Vielzahl der Schmierereien verantwortlich sind.

Schöneberg-Süd lag mit 25 Vorfällen (2020:11) an zweiter Stelle. Der Anstieg

gegenüber dem Vorjahr ist ebenfalls auf Propaganda zurückzuführen. Auffällig in Schöneberg-Süd sind 5 Sachbeschädigungen, bei denen eine Regenbogenfahne an einer Kirchengemeinde zerstört, Türschlösser der Integrationsbeauftragten im Rathaus und der SPD-Fraktion in der Crellestraße verklebt wurden. Stolpersteine, ebenfalls in der Crellestraße, wurden zerkratzt und ein Channuka-Leuchter am Bayerischen Platz beschädigt.

Im Ortsteil Schöneberg-Nord (2021:17; 2020: 30) waren in den Jahren vor der Corona-Pandemie LGBTIQ*-feindliche Gewaltvorfälle dokumentiert worden. Sexarbeiter*innen, die trans sind, und Besucher*innen des Regenbogenkieses wurden attackiert. Mit der Pandemie kam ein Arbeitsverbot für Sexarbeiter*innen und Kneipen und Restaurants waren weniger geöffnet. Waren es 2019 noch 15 LGBTIQ*-feindliche Angriffe im Schöneberger Norden, sank die Zahl 2020 auf 6 und 2021 auf 5 LGBTIQ*-feindliche Angriffe. Hierbei ist bedeutend, dass aufgrund eines fehlenden Abgleichs mit den bei der Polizei angezeigten Straftaten von einer Untererfassung der Gewalttaten für 2021 auszugehen ist.

Im Ortsteil Tempelhof wurden mit 19 Vorfällen ungefähr so viele wie 2020 erfasst (2020: 21). Hervorzuheben sind hier zwei Vorfälle. Im August und im Juni wurden in der Zentralbibliothek des Bezirks Bücher beschädigt, die sich kritisch mit rechten Tendenzen in der Gesellschaft beschäftigten.

Im Ortsteil Friedenau wurden 10 Vorfälle (2020:5) erfasst, alles Propaganda, die mehrheitlich aus Hakenkreuzen oder antisemitischen Aufklebern bestand.

Lichtenrade mit 3 und Marienfelde mit 2 Vorfällen sind unauffällige Ortsteile. In Lichtenrade handelte es sich ebenso wie in Friedenau nur um Propagandavorfälle.

Beispielvorfälle

22. März 2021

In der Nähe des U-Bahnhofs Alt-Mariendorf wurden zwei Hakenkreuze entdeckt und entfernt.

Quelle: Initiative „Hass vernichtet“

6. September 2021

Vier Arbeitskolleginnen, von denen drei als Menschen mit Migrationsgeschichte wahrgenommen werden, waren in einem Bus in Marienfelde unterwegs. Sie saßen am Ende des Busses in einer Sitzgruppe und unterhielten sich in ge-

wöhnlicher Lautstärke. Darauf wies sie eine ältere Frau, die ebenfalls im Bus saß, aus rassistischer Motivation zu recht, dass sie sich nicht so laut unterhalten sollten und sagte, dass sie AfD-Wählerin sei.

Quelle: Berliner Register

30. April 2021

Drei Stolpersteine für Mitglieder der Familie Davidsohn wurden in der Crellestraße zerkratzt und mit Säure besprüht. Die Steine waren erst am Tag

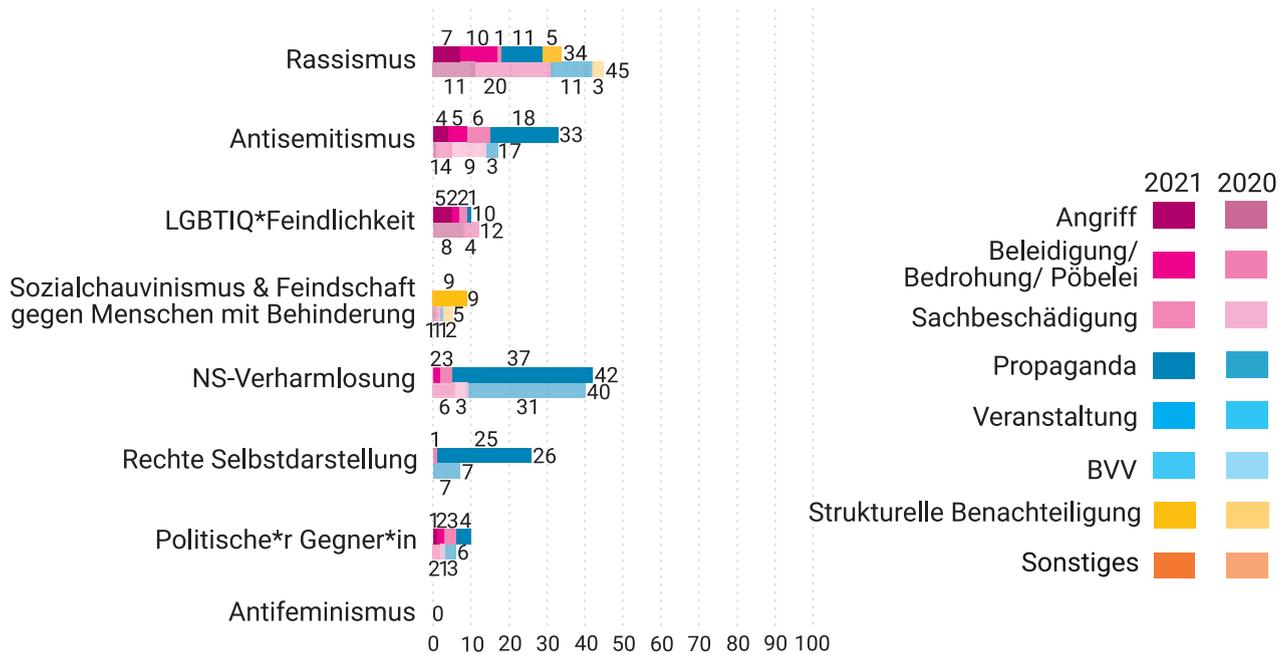
zuvor verlegt worden.

Quelle: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

24. Oktober 2021

Nachdem sich ein schwules Paar umarmt und geküsst hatte, wurde einer der Männer in der Kleiststraße von einem Jugendlichen aus einer Gruppe heraus mit einer Schusswaffe bedroht.

Quelle: queer.de und rbb24.de



In Marienfelde wurde eine Gedenktafel, die an jüdische Persönlichkeiten erinnerte, besprüht. Und an den Briefkasten des Kiezbüros von Harald Gindra, der für Die Linke im Abgeordnetenhaus sitzt, wurde ein Aufkleber der neonazistischen Partei „Der III. Weg“ geklebt.

22 Vorfälle konnten zwar dem Bezirk, aber keinem Ortsteil, zugeordnet werden und wurden unter der Kategorie „Unbekannt/ bezirkswweit“ erfasst. Bei ihnen handelt es sich um Diskriminierungsfälle in Ämtern oder an Schulen, die von Beratungsstellen an die Register gemeldet werden. Hervorzuheben sind dabei 7 Vorfälle, die Menschen mit Behinderung stark einschränkten. Ihnen wurde entweder der Schulunterricht, der Schulwechsel oder der Zugang zu Geschäften verweigert, weil sie z.B. keine Maske tragen konnten.

4 Vorfälle ereigneten sich online. Im März und April erhielten mehrere Adressat*innen der Zivilgesellschaft aus dem Bezirk E-Mails, in denen rassistische Klischees über Menschen muslimischen Glaubens verbreitet wurden. Im Februar waren im Online-Unterricht eines Mariendorfer Gymnasiums Hakenkreuze und durchgestrichene Regenbogenfahnen im Notizbereich geteilt worden. Am Ostersonntag wurde zudem der Online-Gottesdienst der Evangelischen Gemeinschaft Alt-Schöneberg mit dem Einblenden von Hakenkreuzen und Geschlechtsteilen gestört.

Verstärkung der Netzwerkarbeit des Registers Tempelhof-Schöneberg

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Registerarbeit im Jahr 2021 war die Kampagne „nicht nur Held*innen melden!“ im Bezirk Tempelhof-Schöneberg. Ziel der Kampagne war, Menschen im Bezirk zu erreichen, die Vorfälle erleben, diese aber aus unterschiedlichen Gründen nicht melden. Die Kampagne wurde in sozialen Netzwerken beworben und mit Plakaten, Flyern, Aufklebern und Postkarten begleitet.

Es konnten zwei neue Anlaufstellen gewonnen werden: das MaLi - Flexibles Beratungsteam Marienfelde-Lichtenrade sowie das Kreisbüro von Bündnis 90 / Die Grünen Tempelhof-Schöneberg. Bei der Netzwerkarbeit nahm die Registerstelle als aktives Mitglied am Bündnis gegen Antisemitismus Tempelhof-Schöneberg teil. Und es nahm Kontakt zum Beirat von und für Menschen mit Behinderung Tempelhof-Schöneberg auf, um die Realität von Menschen mit Behinderung im Bezirk verstärkt in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Diese Bemühungen trugen dazu bei, dass die Meldungen von behindertenfeindlichen Vorfällen im Bezirk stiegen. Des Weiteren wurde in Kooperation mit anderen Organisationen und Initiativen ein Flyer für Sexarbeiter*innen entwickelt mit dem Titel „Was zu tun ist bei Rassismus, Transfeindlichkeit und anderen Arten von Diskriminierung – ein Ratgeber für Sexarbeiter*innen“. Im August 2021 wurde ein Kiezspaziergang in Marienfelde in Zusammenarbeit mit dem BENN-Team und

dem MaLi-Projekt umgesetzt. Dabei wurden Stolpersteine aufgesucht sowie Orte, an denen Vorfälle passiert sind. Während der Veranstaltungsreihe „Crosskultur“ im November organisierte die Registerstelle Tempelhof-Schöneberg mit dem „Jugend Museum“ eine Veranstaltung, bei der die Videodokumentation „Betroffene berichten, Erzählungen leben“ gezeigt und im Anschluss eine Podiumsdiskussion veranstaltet wurde.

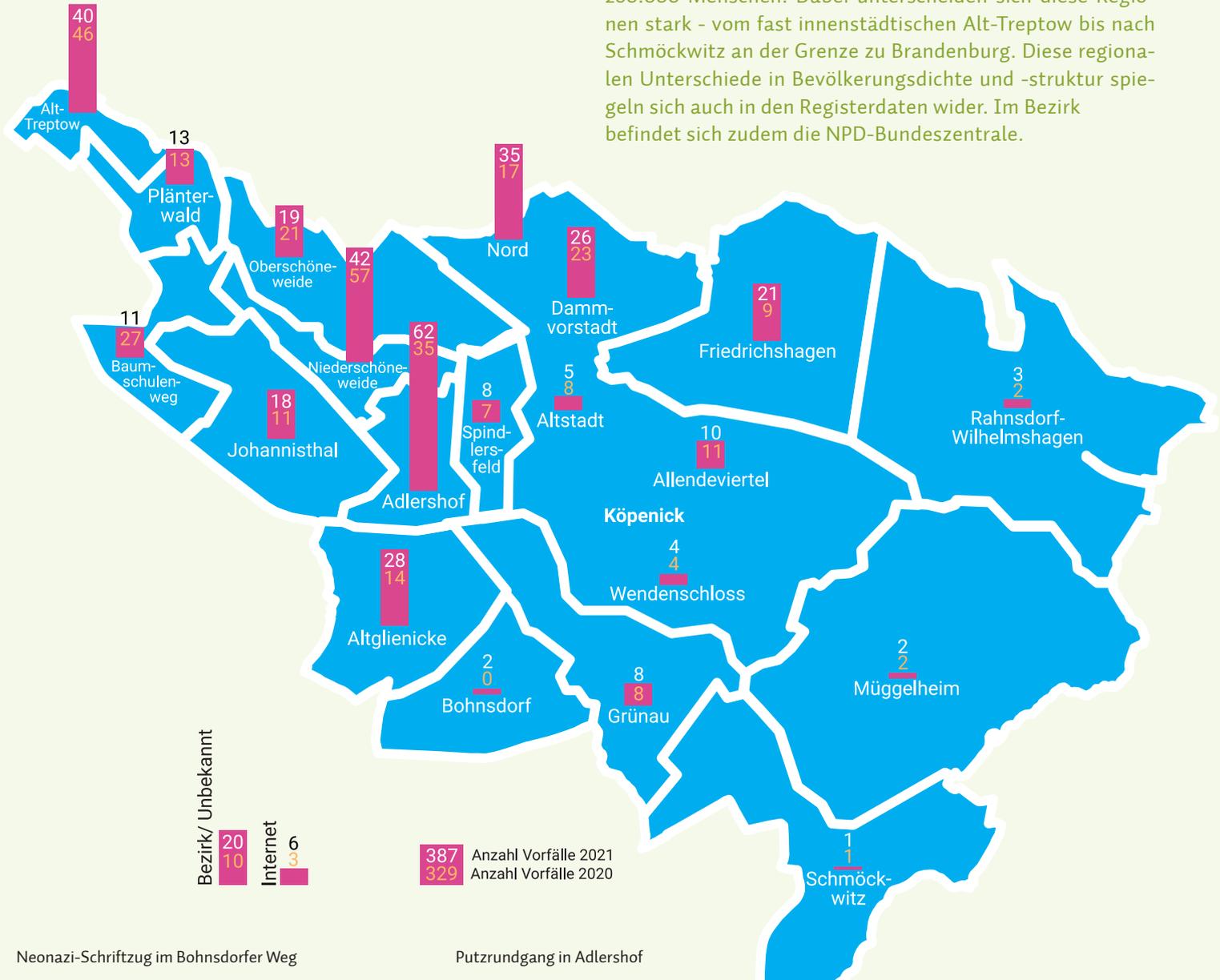
Das Register Tempelhof-Schöneberg war im Jahr 2021 verstärkt in den sozialen Netzwerken Twitter und Instagram aktiv. Dort wurden durch kontinuierliche Präsenz mehr Follower*innen gewonnen und die Reichweite des Registers ausgebaut.

Ob die Netzwerk-Aktivitäten des Jahres 2021 und die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit langfristig zu mehr Meldungen im Bezirk führen, wird sich in der Zukunft zeigen. Die neuen Kontakte, die vielen engagierten Menschen in Vereinen, in Initiativen, in der Lokalpolitik und der Verwaltung machen Hoffnung, dass Diskriminierung und Ausgrenzung aktiv entgegengetreten werden wird.



Treptow-Köpenick

Treptow-Köpenick ist der flächengrößte Bezirk Berlins und einer der grünsten. In seinen 15 Bezirksregionen wohnen fast 280.000 Menschen. Dabei unterscheiden sich diese Regionen stark - vom fast innenstädtischen Alt-Treptow bis nach Schmöckwitz an der Grenze zu Brandenburg. Diese regionalen Unterschiede in Bevölkerungsdichte und -struktur spiegeln sich auch in den Registerdaten wider. Im Bezirk befindet sich zudem die NPD-Bundeszentrale.



Neonazi-Schriftzug im Bohnsdorfer Weg

Putzrundgang in Adlershof



Kontakt:

Register Treptow-Köpenick

offensiv'91 e. V.
Hasselwerder Str. 38-40
12439 Berlin

Tel.: 030 - 65 48 72 93

Mail: tk@berliner-register.de

Facebook: Register Treptow-Köpenick

Twitter: @TKRegister

Im Jahr 2021 wurden 387 Vorfälle dokumentiert (2020: 329). Das entspricht einer Steigerung um ca. 18 % und ist eines der höchsten Ergebnisse seit der Erfassung durch das Register im Bezirk (Ausnahme 2018: 448). Der Zuwachs spiegelt sich in allen Kategorien wider, außer im Bereich der Angriffe, in dem es dieses Jahr zu einer Untererfassung kam. Inhaltlich war das Jahr durch den Wahlkampf geprägt, was einen starken Anstieg des Motivs der (extrem) rechten Selbstdarstellung zur Folge hatte.

Untererfassung der Angriffe – Anstieg der Bedrohung, Beleidigungen, Pöbeleien

Die Angriffe sind 2021 stark gesunken. Es wurden mit insgesamt 13 Angriffen nur halb so viele dokumentiert wie im Vorjahr (2020: 27). Dies ist darauf zurück zu führen, dass es im Jahr 2021 eine Untererfassung gab. Aus diesem Grund gibt es in ganz Berlin trotz deutlich gestiegener Anzahl von Meldungen, weniger dokumentierte Gewaltvorfälle. Dagegen sind die Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien wieder stark gestiegen (+ 14) und mit insgesamt 51 dokumentierten Vorfällen nahe dem Niveau der Jahre vor Beginn der Corona-Pandemie (2018: 55; 2019: 52). Es zeigt sich zum einen, dass die durch die Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie eingeschränkte Mobilität durch andere Orte ersetzt wurde, beispielsweise durch den Aufenthalt in Parks (starker Anstieg der Vorfälle im Treptower Park). Zum anderen gab es aufgrund des Wahlkampfes eine Verschiebung der Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien hin zu politischen Gegner*innen (+ 9). Zudem wurden vermehrt NS-verherrlichende Pöbeleien gemeldet (+ 7), was sich bereits im Vorjahr durch eine stark gestiegene Propaganda in diesem Bereich abzeichnete. Obwohl immer noch die meisten Übergriffe rassistisch motiviert waren, gab es bei diesem Motiv einen starken Rückgang. Dies lässt sich sowohl durch

die Untererfassung der Angriffe erklären (sie waren in der Vergangenheit zu ca. 70 % rassistisch motiviert), als auch durch die Konzentration auf die Corona-Pandemie und den Wahlkampf, der in diesem Jahr weniger rassistisch aufgeladen war als in anderen. Die meisten Übergriffe wurden in Alt-Treptow (12) dokumentiert, gefolgt von Niederschöneweide (8).

Vorfallarten: Alltagsrassismus und aktive rechte Szene

Aufgrund des Wahlkampfes haben sich die Veranstaltungen im Jahr 2021 verdoppelt. Allein 14 Veranstaltungen dienten dem Wahlkampf der NPD, hinzu kamen weitere fünf Veranstaltungen der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“. Im Gegensatz zu vielen anderen Bezirken hat Treptow-Köpenick eine aktive rechte Szene. Die dokumentierten Sachbeschädigungen (20) und Strukturellen Benachteiligungen (18) sind sogar noch stärker gestiegen. Auch die Sachbeschädigungen fanden mehrheitlich im Kontext des Wahlkampfes statt. Dagegen stiegen die Strukturellen Benachteiligungen durch den Ausbau der Kooperationen. So wurden mehr Vorfälle von Beratungsstellen aus dem Antidiskriminierungsbereich aufgenommen und damit rassistische Alltagsdiskriminierung besser dargestellt. Auch die Propaganda ist leicht gestiegen (+ 26), jedoch ist dabei ihr Anteil an der Gesamtzahl der Vorfälle um 4 % gefallen. Inhaltlich standen die Themen Rassismus, NS-Verharmlosung/Verherrlichung und (extrem) rechte Selbstdarstellung mit jeweils ca. 25 % der Propaganda im Vordergrund. Über die Hälfte der Propaganda (hauptsächlich Aufkleber) stammte von den extrem rechten Parteien NPD und III. Weg, die auf diese Weise ihren Wahlkampf ergänzten. Nach dem starken Hoch von NS-verherrlichender Propaganda im Vorjahr ist diese zwar rückläufig (- 33), was sich jedoch nur durch einen

massiven Rückgang von neonazistischen Zahlencodes zeigt, wogegen die Menge der Hakenkreuze weiter stieg.

Inhaltliche Zuordnung: Wahlkampf beeinflusst die Motive

Auch in der inhaltlichen Verteilung der Vorfälle spiegelt sich der Wahlkampf im Jahr 2021 wider. So nahm das Motiv der (extrem) rechten Selbstdarstellung stark zu (+ 252 %). Dies zeigt sich insbesondere in den Kategorien Veranstaltungen und Propaganda. Zwar auf einem geringeren Vorfallsniveau, aber trotzdem deutlich, stiegen die Motive Antisemitismus (+ 92 %) und LGBTIQ*-Feindlichkeit (+ 100 %). Im Themenfeld Antisemitismus hat vor allem die Propaganda zugenommen (+ 9), was durch den starken Anstieg der Aktivitäten der neonazistischen Kleinstpartei III. Weg im Bezirk zu erklären ist. Bei den LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen sind es insbesondere die Übergriffe, die weiter gestiegen sind. So wurden 5 Angriffe (+ 2) und 5 Beleidigungen /Bedrohungen/ Pöbeleien (+ 3) dokumentiert. Das ist der höchste Stand seit Erfassung durch das Register im Bezirk und das trotz der bereits genannten Untererfassung. Das Hauptmotiv aller dokumentierten Vorfälle bleibt allerdings Rassismus mit 31 %.

Anders als in allen anderen Bezirken wirken sich Proteste gegen die Maßnahmen der Corona-Pandemie nur in geringem Maß auf die Anzahl und Inhalte der dokumentierten Vorfälle aus.

Verteilung nach Ortsteilen: Adlershof löst Niederschöneweide an der Spitze ab

Adlershof (62) hat im Jahr 2021 erstmals seit vielen Jahren Niederschöneweide (42) als Ortsteil mit den meisten Vorfällen abgelöst. Damit setzte sich der steigende Trend in Adlershof weiter fort (2018: 31; 2019: 37; 2020: 35). Dies ist insbesondere auf die stark gestiegene Anzahl (+ 26) von dokumentier-

24. April 2021

Während die neonazistische Kleinstpartei III. Weg am Marktplatz in Adlershof einen Infostand durchführte, versuchte ein Neonazi am Wohnort eines linken Journalisten in Adlershof, Flyer in dessen Briefkasten zu stecken. Der Betroffene stellte den Neonazi zur Rede. Dieser bedrohte ihn daraufhin: „Hat es nicht schon genug gebrannt?“. Da es sich bei dem Neonazi um den Hauptverdächtigen der Anschlagsserie in Neukölln handelte und dem linken Journalisten bereits im Jahr

2014 zweimal das Auto angezündet wurde muss diese Aussage als Drohung interpretiert werden. Als der Journalist daraufhin den Neonazi zum Gehen aufforderte, reagierte dieser mit der Drohung, mit 10 weiteren Leuten wiederzukommen.

Quelle: Register Treptow-Köpenick

2. Juni 2021

Aus rassistischer Motivation wurde einer Frau im Bezirk Treptow-Köpenick die ärztliche Beratung verweigert.

Quelle: AnDi-App

5. Juni 2021

In der Nacht standen mehrere queere Menschen an der Bushaltestelle am S-Bhf. Treptower Park. Als der Bus eintraf, stieg eine Gruppe junger Männer aus, die die Betroffenen sofort mehrfach als „Schwuchteln“ beleidigten. Die Betroffenen forderten daraufhin die Täter auf, dies zu unterlassen. Anschließend kamen drei der Täter zurück zum Bus, in den die Betroffenen bereits eingestiegen waren. Ein Täter bespuckte eine Person, ein anderer deutete mehrfach Tritte an, sodass

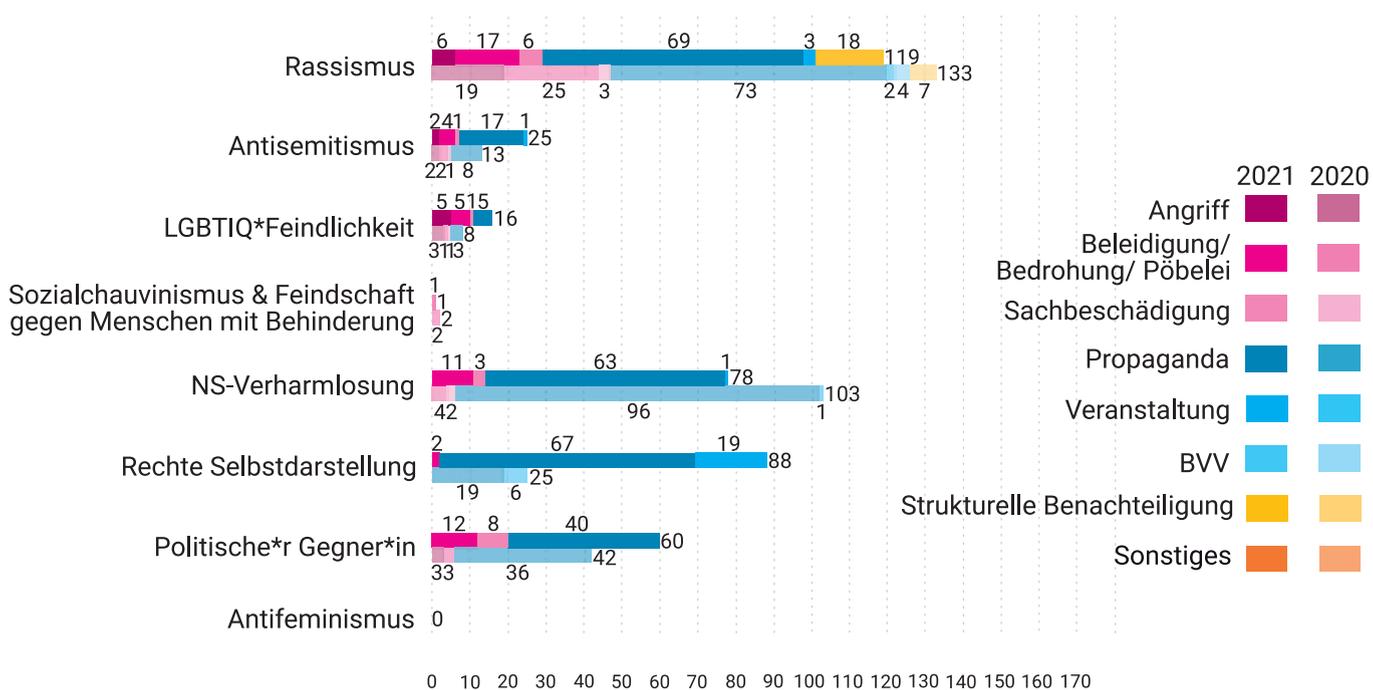
ten Propaganda-Vorfällen zurückzuführen. Hier waren es vor allem die extrem rechten Parteien NPD und III. Weg, die durch teilweise sehr große Aufkleber-Serien (bis zu 100 Stück) auffielen. Hinzu kommt ebenfalls, dass sich aufgrund der steigenden Vorfälle die lokale Initiative „Adlershof gegen Rechts“ gegründet hat und damit die Meldestruktur deutlich verbessert werden konnte. Ein anderer Ortsteil mit einem starken Anstieg (+ 100 %) der Vorfälle ist Altglienicke. Hier ist insbesondere der nördliche Teil von NS-verherrlichender Propaganda wie Hakenkreuzen betroffen. Die größte prozentuale Steigerung der Vorfälle wurde jedoch in Friedrichshagen dokumentiert (+ 133 %). Es sind insbesondere die rassistisch motivierten Sachbeschädigungen und Beleidigungen/ Bedrohungen/ Pöbeleien, die einen Zuwachs verzeichnen. Besonders ist hierbei, dass 11 rassistisch motivierte Vorfälle miteinander in Verbindung gebracht

werden können. Diese Vorfälle fanden am gleichen Ort statt und sind vermutlich auf eine Person zurückzuführen.

Entwicklung der extrem rechten Parteien

Der Anteil der Vorfälle, der auf extrem rechte Parteien zurückzuführen ist, war im Jahr 2021 besonders hoch. Aus diesem Grund wurde eine vertiefte Analyse der Entwicklung von NPD und ihrer Jugendorganisation JN sowie des „III. Wegs“ erstellt. Der Anteil dieser Parteien an den gesamten Vorfällen in einem Jahr lag in den letzten fünf Jahren bei durchschnittlich 21 %. Im Jahr 2021 stieg er auf 34 %. Das hat zum einem mit dem Wahlkampf zu tun. Die Aktivitäten der NPD sind in ganz Berlin in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Die Partei konnte ihre Mitglieder kaum noch mobilisieren und hat wenig eigene Aktionen durchgeführt. Jedoch liegt in der Köpenicker Dammvorstadt ihre Bundeszentrale, die aktuell einer der

letzten Treffpunkte der extremen Rechten in Berlin ist. Von hier aus ist es organisatorisch leichter, in Treptow-Köpenick Wahlkampfstände durchzuführen, auf denen auch viel Material verteilt und so die Aktivität der NPD wieder verstärkt wurde. Zum anderen etabliert sich nun auch in Treptow-Köpenick der III. Weg. Ehemalige Anhänger und Anhängerinnen der NPD wechseln hierhin. Die Partei scheint eine attraktive Alternative zur NPD zu sein. So haben sich die Vorfälle im Zusammenhang mit dem III. Weg in den letzten zwei Jahren jeweils verdoppelt. Dabei kam es im Zusammenhang mit Ständen der Partei in der Vergangenheit mehrfach zu Bedrohungen.



die Bustür sich nicht schloss. Nochmals forderten die Betroffenen die jungen Männer zum Gehen auf, woraufhin ein Täter einer betroffenen Person mit der Faust ins Gesicht schlug, sodass diese verletzt wurde.

Quelle: Meldebogen Berliner Register

14. September 2021

Am Nachmittag warben drei Mitglieder des Kreisverbandes Treptow-Köpenick von Bündnis 90/Die Grünen mit einem Wahlkampfstand an der Ecke An der

Wuhlheide/ Edisonstr. für ihre Partei. Ein Mann auf einem Fahrrad fuhr langsam und nah über den Gehweg am Stand vorbei und sagte dabei an die Wahlkämpfer*innen gewandt: „Euch sollte man alle an die Wand stellen.“ Danach entfernte er sich über die Ampel über An der Wuhlheide.

Quelle: Bündnis 90/ Die Grünen, Kreisverband Treptow-Köpenick

10. Dezember 2021

Der auf dem Marktplatz Adlershof aufgestellte Chanukka-Leuchter wurde massiv beschädigt. Nachdem bereits das Schild am Leuchter verschwunden war, wurden nun auch die Halter der Lichter nach unten gebogen. Auch in anderen Bezirken gab es Sachbeschädigungen an Chanukka-Leuchtern.

Quelle: TKVA - Treptow-Köpenick für Vielfalt und gegen Antisemitismus

Beratungs- & Dokumentationsstellen in Berlin

ADAS

Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen
adas-berlin.de

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB)

Das ADNB ist eine unabhängige Beratungsstelle für Menschen, die rassistische Diskriminierungserfahrungen machen.
www.adnb.de

Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung, chronische Erkrankung

Diese Beratungsstelle ist eine Anlaufstelle für Menschen, die aufgrund ihres Lebensalters, ihrer Behinderung oder chronischen Krankheit diskriminiert werden.
www.diskriminierung-berlin.de

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (Apabiz)

Das apabiz ist ein Archiv und bietet Veranstaltungen und Workshops rund um die Themen der extremen Rechten an. Mehr Informationen unter www.apabiz.de

Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA)

AmaroForo dokumentiert antiziganistisch motivierte Vorfälle in Berlin. Mehr Informationen zum Dokumentationsprojekt gibt es hier: www.amaroforo.de/projekte/dosta.

Dokumentation und Beratung bei Anti-Schwarzem Rassismus

EOTO und die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland dokumentieren Vorfälle von Anti-Schwarzem Rassismus. EOTO bietet eine Antidiskriminierungsberatung an.
www.eoto-archiv.de/antidiskriminierungsberatung

Gewaltschutzambulanz der Charité

(keine Beratungsstelle, sondern Untersuchung und Erstellen von Attesten)
gewaltschutzambulanz.charite.de

GLADT

Beratung von und für Schwarze und of Color Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und queere Menschen in Berlin
<https://gladt.de/>

Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP)

Die Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt dokumentiert rassistische Polizeiübergriffe und Racial Profiling in Berlin.
www.kop-berlin.de

Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V. (KUB)

Die Kontakt- und Beratungsstelle unterstützt Geflüchtete und Migrant*innen aus aller Welt. Sie beraten bei Fragen zum

Asylrecht, zum Aufenthaltsrecht und in psychischen und sozialen Fragen. www.kub-berlin.org

L-Support

L-Support berät und dokumentiert homophobe Gewalt gegen Frauen und weiblich gelesene Menschen.
www.l-support.net/melde-deinen-fall

LesMigraS

LesMigraS bietet Beratung und Vernetzung für queere Frauen, trans und nichtbinäre Menschen, intergeschlechtliche Menschen. Sie bieten gezielte Beratungen an für People of Colour, Schwarze und Indigene Menschen und queere geflüchtete Menschen an.
www.lesmigras.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)

Die MBR bietet allen Menschen Beratung und Unterstützung an, die sich in Berlin für eine menschenrechtsorientierte und demokratische Alltagskultur einsetzen.
www.mbr-berlin.de

Mobiles Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung

www.mbt-berlin.de/mbt

Reachout - Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

ReachOut berät Betroffene, Angehörige und Zeug*innen rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt.
www.reachoutberlin.de

Recherche und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS)

RIAS dokumentiert antisemitische Vorfälle in Berlin, die über die Seite www.report-antisemitism.de gemeldet werden können.

REDAR - Recherche und Dokumentationsprojekt Antimuslimischer Rassismus

REDAR dokumentiert Diskriminierungen gegen Muslim*innen oder als solche gelesene Personen. Sie machen antimuslimischen Rassismus sichtbar. Sie gehören zum unabhängigen Verein Transaidency. www.redar.berlin

StandUp

Antidiskriminierungsberatung der Schwulenberatung Berlin
schwulenberatungberlin.de/wir-helfen/antidiskriminierung

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG)

Auf der Internetseite sind Ratgeber für Betroffene und deren Angehörige in unterschiedlichen Sprachen als PDF zu finden.
www.verband-brg.de/material/#publikationen

www.berliner-register.de

